Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 6/8, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 2.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratenpreis: berechnet für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 20. Freitag, den 24. Januar 1908. 19. Jahrgang.

Säbelhiebe statt Wahlrecht.

Eine Kette von Schutzleuten hatte den Reichstagspalast umschlossen. Im Schutz dieser blauen Mauer reckte sich Bülow zur schönsten Heldenpose empor. Die Interpellation unserer Fraktion wollte er nicht beantworten. Natürlich sprach er wieder von Zuständigkeit. Wenn die Herrenhausjunker, wie Eulenburg-Prassen, über notorische Reichsangelegenheiten interpellieren, ist Oldenburgs Freund zu einer Antwort bereit. Indessen begnügte sich Bülow diesmal mit der Ablehnung. Der nächtliche Straßenredner in unangemeldeten Versammlungen unter freiem Himmel hielt es für gut, eine Pauke über Gesetzlichkeit und andere derartige Dinge zu halten. Dann verschwand er mit seinen Untergebenen Bethmann, Schön und Genossen aus dem Saale. Vielleicht präpariert er wieder eine Rede an nächtliche antisemitische Hurrabrüder.

Bülows Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Ich habe folgendes zu erklären (ein Manuskript entfaltend): Die Beantwortung des ersten Teiles der Interpellation lehne ich ab, weil der Gegenstand der Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe Preußens untersteht. (Lachen b. d. Soz.) Zu Punkt 2 der Interpellation habe ich zu erklären: Die Berliner Polizei hat auf Grund landesrechtlicher Befugnisse die Maßregeln getroffen, welche erforderlich waren, um Ausschreitungen auf den Straßen abzuwehren. (Unruhe b. d. Soz. Lärmende Zustimmung rechts.) In Ausübung der militärischen Kommandogewalt sind Truppenteile in den Kasernen zusammengehalten worden, um jeder Aufforderung zum Schutz der gesetzlichen Ordnung unverzüglich Folge zu geben. (Lärmendes Bravo! rechts.) Ich lehne die Beantwortung der Interpellation ab.

Der Kanzler legt das Manuskript beiseite und fährt fort: Gestern ist es wieder zu Zusammenstößen gekommen, wobei die Polizei von der Waffe Gebrauch machen mußte. (Zuruf b. d. Soz.: „Mußte?“ Lautes Schreien rechts: „Jawohl, jawohl!“ Pfui-Rufe b. d. Soz. Präsident Graf Stolberg läutet heftig.) Angesichts solcher Vorgänge will ich unabhängig von dieser Interpellation, hier ein Wort ernster Mahnung an das Land richten. (Rufe b. d. Soz.: „Richten Sie es lieber an die Polizei!“ — Die Rechte tobt und schreit: „Ruhe!“) Es ist nicht deutsche Art, die Politik auf die Straße zu tragen. (Stürmische Rufe b. d. Soz.: „Siehe Wahlnacht!“ — Heiterkeit.) Die Straße gehört dem freien Verkehr. (Erneute stürmische Rufe: „Wahlnacht! Wahlnacht!“) Dem Gesetze Achtung zu verschaffen und eventuell Achtung zu erzwingen, ist Aufgabe und Pflicht der Behörden. (Fortwährende Zurufe: „Wahlnacht, Wahlnacht!“) Wir werden den Agitatoren nicht die Herrschaft über die Straße überlassen. Durch Demonstrationen einer irre geleiteten Masse (stürmisches Gelächter b. d. Soz.) läßt sich eine pflichterfüllte Regierung nichts abtrotzen. (Lautes Bravo! — Geschreie rechts. Zurufe b. d. Soz.: Abwarten, abwarten!) Hoffentlich werden alle bürgerlichen Parteien einmütig diesen gefährlichen Unfug (tosender Beifall rechts) verurteilen und zurückweisen. Mit den Demonstrationen hat die sozialdemokratische Partei eine abschüssige Bahn betreten. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Ich warne Sie, diese Bahn weiter zu verfolgen und richte namentlich diese Mahnung an die Arbeiterbevölkerung, der ich aus wohlmeinendem Herzen (stürmisches, anhaltendes Gelächter b. d. Soz.) rate, nicht für Parteifanatiker und Hetzer (Beifall rechts) die eigene Haut zu Markte zu tragen. Nicht die Behörden, sondern die Anstifter und Verführer werden sonst die Verantwortung tragen. (Tosender Beifall rechts.)

Die Besprechung der Interpellation wurde trotz abgelehnter Beantwortung beschlossen. Aus einem Rest von Schamgefühl stimmte der Freisinn für die Besprechung. Genosse Fischer begründete in einer wuchtigen Anklagerede die Interpellation. Das dicht besetzte Haus war in stürmischer Bewegung. Durch polterndes Aus- und Eingehen suchten die vereinigten Junker- und Judenschmorer der Rechten unseren Redner aus dem Konzept zu bringen, aber es gelang nicht. Genosse Fischer stellte auf jeden Zwischenruf, ohne irgendwie den Faden seiner Rede zu verlieren. Seine Charakteristik des Dreiklassenhauses erregte den Unwillen diverser landtäglicher Geldsackverlorener, die auf den Zuschauertribünen ihr Domizil aufgeschlagen hatten. Unser Redner vergaß nicht, das Treiben in den vorjährigen Wahlnächten und die Rolle, die Bülow dabei gespielt, gebührend zu beleuchten, und das Verhalten der Polizei an jenen Tagen, als sie singend im Zuge mitzogen, mit dem Blankziehen am 12. Januar in wirksamen Kontrast zu stellen. Damals war es „deutsche Art“, die Politik auf die Straße zu tragen und diese Art wurde mit höchsten Reden gebilligt. In nicht minder wirksamen Gegensatz stellte er das staatsmännische Verhalten der österreichischen leitenden Männer und die brutale zugleich und kurzsichtige Haltung Bülows in der Wahlrechtsfrage. Unter langanhaltendem Beifall unserer Fraktion schloß Fischer seine Ausführungen.

In der Debatte stellte nur ein bürgerlicher Redner, der Pole Korfanty, sich vorbehaltlos auf den Boden der Interpellation. Von den freisinnigen Rednern sprach Träger leidlich, Schrader schwach. Payer, der Sozialdemokrat, setzte einigermaßen kraftvoll ein, schalt dann auf die Straßendemonstrationen und schloß mit der Erklärung, daß trotz alledem und alledem, und trotz des ausdrücklichen Willens ihrer Wähler, das Fähnlein der Siebenschwabendemokraten, allerdings mit Vorbehalt an der Blockpolitik festhalten wird.

Wenn so die Haltung des Freisinns war, so mag man die Haltung der übrigen Parteien ermessen. Immerhin erklärte sich der alte Graf Kanitz namens des Zentrums unumwunden für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Aber die Gelegenheit, hierbei mit Bülow abzurechnen, ließ sich das Zentrum entgehen. Bassermann von den Nationalliberalen hatte den Staatsmannskoller, sprach von Zuständigkeit und weinte über die Demonstrationen. Der weggedemokratisierte Exkolonialdirektor Prinz Hohenlohe tat namens der Reichspartei dasselbe.

Die genannten Redner wahrten die Form und hielten sich von Anpöbeleien fern. Diese besorgte in einem Maße, das nicht übertroffen werden kann, der be...rühmte Kreth. Nichts ist widerlicher, als Bürgerliche, die im Junkertone reden. Dem Kreth ist es gelungen, den Gustav Nataniel Malkewitz zu übertrumpfen, der im Dreiklassenhause seiner junkerlichen Auftraggeber sprach. Die ganze Kreth-Rede war eine Perlenschnur aneinandergereihter Schimpfworte, indessen, was soll man von einem Menschen anders erwarten, der es fertig gebracht hat, nach der Zuchthausstrafe für politische Gegner zu schreien? Die Szenen während der Rede spotteten jeder Beschreibung. Die Rechte brüllte vor Vergnügen bei den billigen antisemitischen Witzeleien des Redners, ohne auf Anstand angeborene Gefühle Rücksicht zu nehmen. Ganz aus dem Häuschen war der junge Antisemit Böhme, der sich wohl in die Versammlungen antisemitischer Radaustudenten zurückversetzt fühlte. Von unserer Seite wurden auf den groben Klotz grobe Keile gesetzt. Mit der Miene des Greises in der berühmten Seestadt Leipzig stand Johannes der Ungeschickte am Präsidententisch und läutete mit verzweifelter Duldermiene, aber gänzlich vergebens, die mit Versagen drohende Klingel.

Am Schluß der Sitzung verübte der Block noch eine Heldentat. Er vertagte die Fortsetzung der Besprechung auf unbestimmte Zeit und machte es somit unserer Fraktion unmöglich, auf die Krethsche Rede unverzüglich zu antworten. Der ganze Freisinn, mit vier Ausnahmen, stimmte für diese Vergewaltigung. Wir wollen die Namen der vier anständigen Freisinnigen nennen: Neumann-Hofer, Gothein, Fetthoff und Dohrn. Der Freisinn ist seines Fischbecks würdig.

* * *

Deutscher Reichstag.

86. Sitzung vom Mittwoch, den 22. Januar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Fürst Bülow, von Bethmann-Hollweg, von Schön.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.):

1. Aus welchen Gründen hat der Reichskanzler am 10. Januar im preußischen Abgeordnetenhause die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet?

2. Billigt der Reichskanzler, daß am 12. Januar in Berlin aus Anlaß der zur Propaganda des Reichstagswahlrechts einberufenen Volksversammlung zum Zweck etwaigen Eingreifens Militär in den Kasernen konsigniert war?

Auf die Frage des Präsidenten Grafen **Stolberg**, ob er bereit sei, die Interpellation zu beantworten, gibt **Bülow** die auf der ersten Spalte befindliche Erklärung ab.

Abg. **Singer** (Soz.) beantragt, die Interpellation trotz ihrer Nichtbeantwortung zu besprechen.

Zur Unterstützung des Antrags erheben sich die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Freisinnigen. (Laute Ahe!-Rufe rechts. Fürst Bülow und Genossen verlassen den Saal.)

Abg. **Richard Fischer**-Berlin (Sozialdemokrat):

(Die Rechte verläßt unter absichtlichem Gepolter den Saal und kehrt ebenso geräuschvoll nach und nach zurück.) Ueber die Nichtbeantwortung unserer Interpellation wundern wir uns nicht. Wir kennen das. Immerhin will ich erwähnen, daß selbst die „Kreuzzeitung“ eine Reihe von Gründen für die Beantwortung der Interpellation angeführt hat. Daß noch so manchem Recht die Konsignierung der Truppen gestattet war, wissen wir ja. Unsere Anfrage ging aber dahin, ob der Reichskanzler diese Maßregel billige. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Reichskanzler sprach von den gestrigen Demonstrationen. Diese gingen übrigens nicht von der sozialdemokratischen Partei aus. (Lärmende Unterbrechungen rechts.) Wenn Sie (nach rechts) die Verantwortung für alle Polizeibrutalitäten übernehmen, so sind wir bereit, die moralische Verantwortung für alle Demonstrationen zu übernehmen, für die die sozialdemokratische Partei auch nur in etwas die moralische Verantwortung trägt. — Die Arbeitslosen-Versammlungen waren nach den übereinstimmenden Urteilen der Presse und der Polizei vollkommen ruhig verlaufen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber die Polizei kam wieder mit ihrer alten Methode, den Zug von zwei Seiten zusammenzutreiben und dann einzuhauen. Dieser Verlauf ist u. a. auch von dem „Berliner Tageblatt“ konstatiert worden. (Zuruf b. d. Natl.: „Ist ja ein sozialdemokratisches Blatt.“ — Lautes Gelächter b. d. Soz.) Ueber den Unsinn dieses Zwischenrufs sind keine Worte zu verlieren. (Sehr gut! b. d. Soz.) In Gewerkschaftshause der Metallarbeiter hat die Polizei die Beamten mißhandelt, die ihr Hausrecht wahren wollten. Fürst Bülow sagte: Die Straße gehört dem freien Verkehr. Aber wer hat denn am 25. Januar und 5. Februar vorigen Jahres die Politik auf die Straße getragen? (Sehr gut! bei den Soz.) Der Kanzler und der Kaiser haben in mitternächtlicher Stunde Reden an Straßen-Demonstranten gehalten und somit die Politik auf die Straße getragen. (Lebh. Beifall! bei den Soz.) Wer so im Glashause sitzt, wie der Kanzler, sollte nicht mit Steinen werfen, und wer selbst eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten hat, sollte hier nicht Moral predigen. (Lebh. Zustimm. bei den Soz.) Der Mann ist am wenigsten geeignet, zur Gesetzlichkeit aufzufordern, der die Offiziere aufgefordert hat, im Falle des Duells das Gesetz zu brechen. (Sehr gut! bei den Soz., andauernde Unruhe rechts und bei den Natl., Präsident Graf **Stolberg** bittet um Ruhe.) Wenn der Reichskanzler, der Militär in den Kasernen konsignieren läßt, von seinem wohlmeinenden Herzen spricht, so werden die Arbeiter wissen, was sie von dieser Heuchelei zu halten haben. (Stürm. Zustimm. bei den Soz.)

Präsident Graf **Stolberg**: Sie dürfen dem Kanzler keine Heuchelei vorwerfen! (Lautes Lachen bei den Soz.) Ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravorufe rechts.)

Abg. **Fischer** (fortfahrend): Sein wohlmeinendes Herz für die Arbeiter hat der Kanzler mit seiner Ablehnung des gleichen und geheimen Wahlrechts für den preußischen Landtag gezeigt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir haben in unserer Interpellation ausdrücklich vom Reichstagswahlrecht gesprochen. Mit Absicht. In dem freisinnigen Antrag im Landtage war der Ausdruck nicht gebraucht. Wohl aber hat der Kanzler in seiner Ablehnung dieses Antrags den Ausdruck gebraucht. (Hört, hört! bei den Soz.) So viel ich weiß, ist Fürst Bülow Diplomat. (Heiterk.) Diplomaten pflegen ihre Worte sorgfältig zu erwägen. Oder ist etwa die Erklärung des Kanzlers am 10. Januar ihm in die Feder diktiert worden? (Heiterkeit b. d. Soz.) Das kann ich doch nicht annehmen. Der Ministerpräsident des größten Bundesstaates hat das verfassungsmäßige Wahlrecht des Reiches als

unvereinbar mit dem Staatswohl

bezeichnet und der Reichskanzler hat somit das Wahlrecht des Reiches herabgesetzt. (Stürm. Zust. b. d. Soz. u. i. Zentr.) Durch diese seine Erklärung hat der Reichskanzler alle offenen und geheimen Feinde des Reichstagswahlrechts ermutigt (Stürm. Zust. b. d. Soz.) Und wir wissen doch, wie einflußreich jene Feinde des Reichstagswahlrechts sind. Wir haben noch nicht vergessen, wie Graf Mirbach unter dem Beifall der Herrenhausjunker zu dem Staatsstreich und zum Durchhauen des gordischen Knotens aufforderte. (Hört! hört! links.) Der Reichsanwalt ist nicht wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeschritten und er ist auch nicht eingeschritten, als zu wiederholten Malen die Bismarckischen „Hamburger Nachrichten“ mit dürren Worten die Aufforderung zum Staatsstreich wiederholten. (Lebh. Hört! hört! b. d. Soz.) Nach den Memoiren des Fürsten Hohenlohe hat Fürst Bismarck die Absicht gehabt, das Reichstagswahlrecht durch einen Staatsstreich zu beseitigen und mit blutigen Kämpfen im Gefolge dieses Vorgehens ausdrücklich gerechnet. (Lautes Hört! hört! b. d. Soz.) Der Kaiser hat selbst zu dem Fürsten Hohenlohe von dieser Absicht Bismarcks gesprochen und erklärt, er wolle seine Regierung nicht damit anfangen, seine Untertanen totzuschießen. Professor Delbrück hat die Absicht Bismarcks ausdrücklich bestätigt. Bismarck hoffte, daß das durch Straßenkämpfe erschreckte Bürgertum dann sich der Regierung in die Arme werfen würde. Fürst Bülow hat es leichter gehabt: ihm hat der bloße Anblick des Zentrums die bürgerlichen Parteien in die Arme getrieben. (Gr. Hkt. und Sehr gut! b. d. Soz. u. im Zentr.) So lange Fürst Bismarck im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte war, hat er über das Reichstagswahlrecht ganz anders gedacht. Er hat an den Botschafter in London geschrieben, daß er

das Klassenwahlrecht gefährlich für den Staat

halte. (Hört! hört! b. d. Soz.) und hat dem Generalfeldmarschall v. Manteuffel gegenüber erklärt, daß er nicht daran denke, das Reichstagswahlrecht anzutasten. Wir wissen durch Herrn Müller-Fulda, daß Herr Miquel an eine Abschaffung des Reichstagswahlrechts dachte und nur auf einen Kartellreichstag wartete, um seine Pläne auszuführen. (Hört! hört! b. d. Soz. u. im Ztr.) Unter solchen Umständen bedeutet die neuliche Erklärung des Reichskanzlers ein Hallali für alle Wahlrechtsfeinde. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Noch im vorigen März erklärten sich preußische Konservative im Herrenhause nur deshalb gegen eine Reichswahlrechtsänderung, weil sie augenblicklich inopportun sei, und selbst auf der Tagung der nationalliberalen Jugend erklärte ein Redner, er ziehe den Staatsstreich im Reiche einer Einführung des Reichswahlrechts in Preußen vor. (Hört! hört! bei den Soz.) Der Reichskanzler bezeichnet das Reichstagswahlrecht als unvereinbar mit dem Staatswohl.

Was heißt Staatswohl?

Wäre der Kanzler ein liberaler Staatsmann, so würde er gerade die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf alle Bundesstaaten als eine Hauptaufgabe des Staatswohls erachten. Aber wir wissen ja, das alle Redensarten von der liberalen Aera nichts sind, als Schminke. In Preußen wird das Staatswohl als identisch mit dem Junkerwohl betrachtet. (Unruhe rechts, lebh. Zust. b. d. Soz.) Um ihre krassen Standesinteressen durchzusetzen, hüllen sich die Junker in die Patriotentoga. (Sehr wahr! b. d. Soz. Andauernde Unruhe rechts.) Der Kampf gegen dieses Junkertum wäre Aufgabe des liberalen Bürgertums. Dieses aber ist seiner historischen Aufgabe untreu geworden und hat der Arbeiterklasse die Vertretung der altliberalen Forderungen überlassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die preußische Junkerpolitik hat die Reichsverdrossenheit erzeugt und befördert, über die gerade in der linken Blockhälfte so beweglich geklagt worden ist. Die liberale Hoffnungslosigkeit erwartete vom „liberalen" Fürsten Bülow eine Wandlung. Hier sind die Früchte dieser Hoffnung!

Der Ministerpräsident schmäht das Wahlrecht,

das Bayern, Baden und Württemberg eingeführt haben. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn die süddeutschen Bundesvertreter nicht so lammfromme Leute wären, so würde Fürst Bülow gewiß von ihnen derbe Worte zu hören bekommen. (Hik. und sehr gut! b. d. Sozialdemokr.) Fürst Bülow schilt das Wahlrecht, das der Prinz Ludwig von Bayern rühmt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Er kann sich freuen, daß er kein gewöhnlicher Keim (Heiterkeit b. d. Soz.) und Prinz Ludwig kein Rupprecht ist, sonst hätten wir vielleicht ein interessantes Zwischenspiel für die nächste Zeit zu erwarten. Es ist ja Sache der süddeutschen Vertreter, zu erwägen, ob sie unter solchen Umständen noch die Bülow-Politik unterstützen können. — Es ist bekannt, daß Fürst Bismarck schon 1867 das preußische Wahlrecht als das unsinnigste, elendeste Wahlgesetz bezeichnet hat. (Hört! hört! b. d. Soz.) 314 000 sozialdemokratische Urwähler bringen nicht einen Abgeordneten, 342 000 konservative Urwähler bringen 143 Abgeordnete durch. (Hört! hört! b. d. Soz.) Jeder Wähler erster Klasse in Preußen hat

260 mal so viel politischen Einfluß

als ein Wähler dritter Klasse (Hört, hört! bei den Soz.), und immer noch 25 mal mehr Rechte als ein Wähler zweiter Klasse, ein Wähler zweiter Klasse 17 mal mehr Rechte als ein Wähler dritter Klasse. In einigen Wahlbezirken wählt man bei 3 Mark schon in der ersten Klasse, in anderen bei 3000 Mark noch in der dritten Klasse. Berlin 3 hat 90 000, Sigmaringen 6400 Urwähler. (Hört, hört! bei den Soz.) Berlin leistet den fünften Teil der direkten Einkommensteuer und hat 9 Abgeordnete. Das Schock ländlicher Wahlkreise, das zusammen so viel Steuern zahlt als Berlin, hat 142 Abgeordnete. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Reichskanzler wählt in der dritten Klasse. Der Besitzer des Huren-Cafés Keck wählt in der ersten Wählerklasse.

Das ist das höhere Gewicht der Bildung.

(Ang. Hkt. links.) Man muß wirklich ein sehr moderner Mensch sein, um die Schönheiten dieses Wahlrechts zu vertreten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Hier im Reichstag hat sich Fürst Bülow mehrfach gerühmt, durch das Klosettgesetz das Wahlgeheimnis für den Reichstag gesichert zu haben, für Preußen kann er die geheime Wahl nicht in Aussicht stellen. Selbst Sachsen hat das geheime Wahlrecht, und außer Preußen haben nur noch Braunschweig, Waldeck und Sondershausen das öffentliche Wahlrecht. (Hört! hört! links.) Und dieselbe Regierung, die das öffentliche Wahlrecht verteidigt, wirft die Arbeiter aus den Staatswerkstätten, die den Mut haben, sozialdemokratisch zu wählen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Friedrich Wilhelm der Dritte von Preußen hat das geheime Wahlrecht als das einzige bezeichnet, bei dem die Herzensmeinung der Wähler unbeeinflußt zum Ausdruck gelangen konnte. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das war vor ungefähr hundert Jahren. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Konservativen lieben aber das offene Wahlrecht, weil sie, wie sie gelegentlich mit zynischer Offenheit zugegeben haben, in dem offenen Wahlrecht eine Handhabe

zur Beeinflussung ihrer Untergebenen

und der mit ihnen in Verbindung stehenden Geschäftsleute benützen, und dieselben Leute haben die Stirn, sich über sozialdemokratischen Terrorismus zu beklagen. (Sehr wahr b. d. Soz.) Wir werden bei den nächsten Landtagswahlen ihrem Beispiel folgen. Wird der Liberalismus noch immer Hoffnungen auf den Freund des Herrn v. Oldenburg und dem Herold der nationalen Schweinepolitik setzen!? Aber der Freisinn ist ja so furchtbar bescheiden; Herr Fischbeck wußte noch Erfreuliches aus der ablehnenden Erklärung Bülows herauszulesen; ihm ging es, wie dem kleinen Moses, der jubelnd zum Vater gelaufen kam und ausrief: „Tateleben, Tateleben, der Fersicht hat mit mir gesprochen und hat gesagt: „Geh weg, du dreckiger Judenjunge" — (Schallende Heiterkeit im ganzen Hause und auf den Tribünen.) Immerhin haben weite Kreise des Freisinns noch ein gewisses Verständnis für die Würde der Partei und protestieren gegen die schwächliche Haltung der Fraktion. Das Zentrum hat bekanntlich gegen den Teil des freisinnigen Antrages gestimmt, der gleiche Wahlkreiseinteilung forderte. (Abg. Dr. Spahn: Wir hatten dazu unsere Gründe.) Das glaube ich schon, ohne Gründe tut man nichts. Jedenfalls hat die Zentrumspartei keine ernsthafte Agitation für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen getrieben.

Nun zu den Vorgängen am 12. Januar.

Die Tatsache der Konsignierung des Militärs hat ja auch der Reichskanzler zugegeben. Wo war denn Ruhe und Sicherheit bedroht. Wir wissen, daß Ihnen (nach rechts) die Demonstration unangenehm war, aber, was bleibt denn den vom Landtage ausgeschlossenen Massen anders übrig, als zu demonstrieren. Herr Naumann hat erklärt: überall in der Welt hat die Ausschließung vom Wahlrecht solche Folgen gezeitigt. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Das „Berliner Tageblatt" hat zwar die Demonstrationen gemißbilligt; aber in demselben Blatte sind Stimmen von Liberalen laut geworden, die sich ausdrücklich für die Demonstrationen erklärt haben. — Haben die Arbeiter weniger Anrecht an der Straße, als die Handlungsgehilfen und Studenten, die in den Wahlnächten unter der Zustimmung des Kanzlers und des Kaisers demonstrierten? Damals

wollte der Kaiser mehr Volk

zu sehen bekommen; diesmal hat die Polizei die Erfüllung dieses seines Wunsches gehindert. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Soz.) Aber die verschiedene Behandlung der Demonstranten in diesem und im vorigen Jahre beweist, daß wir eben in keinem Rechtsstaate leben. Am 10. und 12. Januar ging es friedlich und würdevoll zu, bis die Polizei eingriff. Wo sie unter besonnenen Offizieren stand, wurde die Ruhe nicht gestört, aber wo nervöse und brutale Offiziere das Kommando führten, da kam es zu Zusammenstößen. — Am 5. Februar, am Wahltage, vorigen Jahres zog die Polizei mit im Zuge und sang wacker mit. Am 12. Januar dieses Jahres zog sie blank. — Am 21. Januar 1906 sprach der Kaiser der Schutzmannschaft seinen Dank aus. Wir konnten uns diesem Danke durchaus anschließen. Ebenso wenig, wie an jenem Tage wäre es diesmal zu Zusammenstößen gekommen, wenn die Polizei sich benommen hätte wie damals. Im „Berliner Tageblatt" ist die verhängnisvolle Rolle gekennzeichnet worden, die die Nervosität des Hauptmanns Stephan am 12. Januar gespielt hat. Die Polizei sagt, die Massen hätten gejohlt. Johlen ist ein relativer Begriff.

Der eine nennt Singen, was der andere Johlen nennt.

Es gibt auch Leute, die da sagen, daß die Antisemiten in der Weihnacht gejohlt haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dann müssen auch die zwei Schüsse herhalten, die an der Gertraudtenbrücke gefallen sind. So lange die Polizei nicht ermittelt, wer diese Schüsse abgegeben hat, glaube ich nicht, daß sie von Demonstranten gefallen sind. Nicht die Sozialdemokratie hat Interesse an solchen Schüssen. Wo das System der Lockspitzel und Agentprovocateure zur Staatsweisheit erhoben wird und die Polizei

Redaktionsboten des „Vorwärts" besucht,

wo der Polizeikommissar Schöne durch Androhung von Ausweisung Russen zu Militärspionen pressen will, da kann man der Polizei auch zumuten, daß sie einen Agenten vorschickte, der schoß. (Heftiger Widerspruch rechts.) Für Sie auf der Rechten heißt es allerdings: „Dies Kind, kein Engel ist so rein." Unter den Demonstranten befanden sich verkleidete Schutzmänner. So war der Schutzmann Traber einer der lautesten Sänger. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kriminalbeamte Kassube

hatte sich unter falschem Namen in eine Arbeiterorganisation eingeschlichen, befand sich im Auge und hatte das Pech, an der Gertraudtenbrücke einen Säbelhieb von der Polizei abzubekommen. Ich bitte Sie, diese Tatsache mit der anderen zusammenzuhalten, daß die vielerwähnten Schüsse gerade an der Gertraudtenbrücke gefallen sind. — **Wir werden diese friedlichen Demonstrationen auch in Zukunft veranstalten,** im Interesse der Erziehung der Polizei und der Regierung. Wenn wir das Demonstrationsrecht in Deutschland noch nicht haben, so ist das um so mehr Grund, es sich zu erkämpfen. In Oesterreich hat der Ministerpräsident v. Gautsch sich ausdrücklich gegen die Ungehenerlichkeit verwahrt, auf die Demonstranten schießen zu lassen. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) So etwas ist nur noch in Rußland möglich. Ich erinnere an die Vorgänge des blutigen Sonntags und an den

feigen Mord der friedlichen Arbeiter,

die der Zar wie tolle Hunde niederschießen ließ. Wenn die Konservativen die friedlichen Straßendemonstrationen nicht wollen, so mögen sie im preußischen Landtage die Forderungen des Volkes bewilligen. Sonst werden die Demonstrationen weiter stattfinden. (Lebh. Zustimm. b. d. Soz.) Je länger die Regierung sich sträubt, um so heftiger wird das Verlangen der Arbeiter nach einem vollen Anteil am Wahlrecht werden. Der Reichskanzler hat in seinem Silvesterbrief mit Recht die deutschen Arbeiter als

die intelligentesten der Welt bezeichnet.

Warum soll denn den intelligenten preußischen Arbeitern das Recht vorenthalten bleiben, das die französischen, die englischen, die bayerischen und die badischen Arbeiter haben, jetzt sogar die ungarischen und slowenischen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die österreichischen Staatsmänner haben eingesehen, daß sie dem Verlangen des Volkes nach dem allgemeinen Wahlrecht ohne Gefährdung des Staatswohls nicht länger widerstehen könnten. — Was soll das Ausland von unseren innerpolitischen Zuständen denken, wenn die stärkste Partei des Landes friedlich auf den Straßen demonstriert und die Regierung kein anderes Mittel dagegen weiß, als das Militär in den Kasernen zu konsignieren, als ob wir unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution ständen. Es ist doch schon genug über Deutschlands diplomatische Isolierung geseufzt worden! Kann von den Arbeitern verlangt werden, daß sie sich für den Staatsgedanken begeistern, wenn man sie als Heloten betrachtet? Der Selbsterhaltungstrieb soll den Herrschenden gebieten, den Arbeitern ein Recht zu gewähren, das sie so lange fordern werden, bis sie es bekommen. (Stürm. langanhaltender Beifall, Zischen rechts.)

Präsident Graf **Stolberg** ruft den Redner nachträglich wegen eines im Anfang der Rede gefallenen Ausdrucks über Polizeiinfamien zur Ordnung. (Bravo! rechts, Lachen bei den Soz.)

Abg. Kreth (konservativ):

Die Sozialdemokraten verstehen vom preußischen Staatsrecht nichts, sie dürfen den Reichskanzler als preußischen Ministerpräsidenten hier nicht zur Verantwortung ziehen. (Oho! links.) Herr Fischer sprach von einem würdigen Verlauf der Demonstration und dem spontanen Ausbruch der kochenden Volksseele. Nun, nach dem „Vorwärts" haben in den Versammlungen referiert die jüdischen Genossen Herzfeld, Hirsch, Waldeck und Manasse. Der Zusammenhang mit der russischen Revolution ist also ganz offensichtlich. (Lachen links. Zuruf bei den Soz.: Kreth ist doch auch ein jüdischer Name. Schallende Heiterkeit.) Das lehne ich ab. — Die angeblich „spontane" Volkskundgebung war im Geheimen vor langer Zeit vorbereitet. Auch die Arbeitslosenversammlungen waren sozialdemokratische Veranstaltungen, warum hätten sonst die Teilnehmer zu rufen: Gebt uns Arbeit und ein besseres Wahlrecht! Fortwährend wird von der Sozialdemokratie auf die Vorgänge in der Walpurgisnacht verwiesen. Man muß aber auf den Unterschied in der Gesinnung achten. (Laute Rufe: Aha! aha! bei den Soz.). Ich meine, es ist ein großer Unterschied, ob man dem leitenden Staatsmann eine Ovation bringt, oder auf ungesetzlichem Wege Verfassungsänderungen erzwingen will. (Lachen bei den Soz.) — Die abgegebenen Schüsse werden von den Sozialdemokraten jetzt als Spitzelwerk bezeichnet. Was den Sozialdemokraten unbequem ist, heißt Spitzelwerk. Wollen die Sozialdemokraten hier auch die russische Sitte einführen, Schuljungen, die einfach Straßendemonstrationen ihre Pflicht tun, niederzuschießen? (Unruhe bei den Soz.) Wo waren die Führer bei den Unruhen. (Stürmische Zustimmung rechts; Stürmische Unterbr. bei den Soz.) Die Führer haben nach alter Demagogensitte Vorsicht für den besten Teil der Tapferkeit gehalten. (Stürmische Zustimmung rechts, stürmische Zurufe bei den Soz.) Meine Herren (zu den Soz.), ich betrachte es als eine Auszeichnung, von Ihnen beschimpft zu werden. (Stürm. Beifall rechts.) Die preußischen Junker haben nie versagt, wenn die Stunde der Gefahr schlug; aber Sie (zu den Soz.) nehmen sich kein Beispiel daran. (Stürm. Zustimmung rechts, Lachen bei den Soz.) Nur ein Abgeordneter war dabei: Herr Ledebour, bei der einsamen Pappel. (Anhaltende stürm. Heiterkeit.) — Diese Interpellation war nichts als eine Rückzugskarnevalsszene. (Lachen bei den Soz., Beifall rechts.) Das eine sage ich Ihnen, meine Herren Sozialdemokraten: wenn Sie etwa nach italienischer Sitte Frauen und Kinder als Schild gegen die Polizei gebrauchen wollen, dann wird sich die Entrüstung des gesamten deutschen Volkes gegen Sie wenden. (Jubelnder Beifall rechts. Tosender Lärm bei den Soz. Zurufe der Abgg. Stadthagen, Zubeil usw. Minutenlanger Lärm im ganzen Hause. Die Worte des Redners gehen verloren. Endlich dringt seine Stimme wieder durch.) Man hat mir Feigheit vorgeworfen. Ich glaube, Herr Stadthagen rief mir zu: Sie verkriechen sich heute hinter die Polizei! Herr Stadthagen, falls Sie ein Renkonter mit mir wollen, ich brauche die Polizei nicht. (Brausende Zustimmung und Händeklatschen rechts, Zuruf bei den Soz.: Raufbold!) Nochmals: es ist mir nur eine Ehre, von Parteibanditen beschimpft zu werden. (Stürm. anhaltender Beifall rechts, Zischen bei den Soz.) Ich erwarte von der Regierung, daß sie auch in Zukunft energisch allen Demonstrationen entgegentritt. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **Hompesch** (Zentr.):

Das Reichstagszentrum steht auf dem Boden des gleichen, geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrechts. (Zurufe b. d. Soz.: Nur das Reichstagszentrum?) Ich kann doch hier nur im Namen des Reichstagszentrums sprechen (Sehr gut! i. Zentr.) Wir betrachten die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf den größten Bundesstaat als eine politische Notwendigkeit. (Beif. i. Zentr.)

Abg. **Bassermann** (natlb.):

Wir müssen es ablehnen, hier im Reichstag über die Ausgestaltung des preußischen Wahlrechts zu debattieren. (Bravo! rechts.) Als hier im Reichstage von konservativer Seite gegen die Wahlrechtserweiterung in Süddeutschland protestiert wurde, hat sich die süddeutsche Presse auch diese Einmischung Preußens auf das entschiedenste verbeten. (Hört, hört! rechts.) Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. (Sehr gut! bei den Natl.) Wir können uns auf den ruhigen Verlauf der Demonstrationen schon deshalb nicht verlassen, weil bei solchen Aufläufen nicht nur Sozialdemokraten, sondern der ganze großstädtische Janhagel dabei ist. Dazu kommt die Siedehitze, die durch das fortwährende Predigen des Klassenhasses erzeugt wird. (Sehr richtig! links und bei den Natl.) Man kann es verstehen, daß schließlich auch einmal die Polizei nervös wird. (Sehr richtig! rechts.) Die Straßendemonstrationen verschlechtern auch die Aussichten des Vereinsgesetzes. (Lachen bei den Soz.) Vorsichtsmaßregeln waren geboten und die Konsignierung des Militärs gehörte zu den Vorsichtsmaßregeln. Wir sind mit dem Verhalten der Staatsregierung zufrieden. (Lebh. Bravo! bei den Natl. und rechts.)

Abg. **Träger** (Freisinnige Volkspartei):

Es stimmt nicht, daß mein Fraktionsgenosse Fischbeck die Erklärung des Reichskanzlers erfreulich gefunden hat. Er hat nur die Erklärung immer noch besser gefunden, als die konservative Rede. Wir sind nach wie vor für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. (Lebh. Beifall links) und halten mit dem ehrwürdigen Kaiser von Oesterreich die Einführung dieses Wahlrechts für unvermeidlich und unaufschiebbar. (Lebhafter Beifall links.) Wir halten auch den Reichstag für zuständig. Man muß in Zuständigkeitsfragen nicht so penibel sein. Die Parteien behandeln die Zuständigkeitsfrage so, wie es ihnen gerade in den Kram paßt. Im preußischen Landtage wird auch sehr viel über das Reich geredet. (Sehr wahr! links.) Der Zuständigkeitseinwand ist meist nur ein Verlegenheitseinwand. (Sehr wahr! links.) Wir haben ja vom Reichskanzler nicht erwartet, daß er uns gleich das Reichstagswahlrecht für Preußen gewährte, aber seine Erklärung blieb auch hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, und war dabei so furchtbar unverbindlich in der Form, während er doch sonst so hübsch versteht, Verbindliches zu sagen. Gutmütige Gemüter haben ja in der Erklärung noch etwas Tröstliches gefunden. Ich für meine Person gehöre nicht zu diesen Gutmütigen. (Hkt.) So weit, wie Herr Fischer gehe ich freilich nicht, in der Aeußerung eine Gefährdung des Wahlrechts für das Reich zu sehen. Mit Straßendemonstrationen wird allerdings die Sozialdemokratie die Zahl der Anhänger der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nicht mehren. (Sehr wahr! b. d. Freis.) Ich erachte die Zeit für nicht fern, da die Verhältnisse selbst die preußische Regierung dann zur Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen Wahlrechts nötigen werden. (Lebh. Beif. b. d. Freis.)

Abg. Prinz **Hohenlohe-Langenburg** (Reichsp.):

Preußen muß seine Angelegenheiten selbst regeln; nur in den Fällen dringendster Gefahr, die hier nicht vorliegt, darf sich das Reich in die innerstaatlichen Verhältnisse der Einzelstaaten einmischen. Die törichten Straßendemonstrationen machen es uns unmöglich, auf die Interpellationen einzugehen. Wir begnügen uns, der Polizei für ihr besonnenes Vorgehen zu danken. (Zust. rechts.)

Abg. **Kölle** (Wirtsch. Vgg.)

protestiert gegen die Einmischung in die innerlichen Angelegenheiten Preußens, verliert den Faden seiner Rede und verläßt unter stürmischer Heiterkeit der Linken und des Zentrums die Tribüne. Es stellt sich jedoch nachher heraus, daß er von einem Unwohlsein befallen ist.

Abg. **Schrader** (Freis. Vgg.)

tadelt die Erklärung des Reichskanzlers im preußischen Abgeordnetenhause, aber auch die Straßendemonstrationen. Wir verlangen Aenderung des preußischen Wahlrechts, wenn auch vielleicht nicht ganz im Sinne des Reichstagswahlrechts. (Bravo! bei den Freis.)

Abg. v. **Payer** (Süddeutsche Volkspartei)

mißbilligt scharf die Erklärung Bülows, die in Württemberg geradezu als Hohn empfunden sei. (Sehr richtig! links.) Bei dem großen Einfluße Preußens auf das Reich ist die Frage des preußischen Wahlrechts durchaus keine rein preußische. (Sehr wahr! links.) Straßendemonstrationen sind bedenklich. Was sie auf der einen Seite nützen, schaden sie auf der anderen. Viele Personen sind durch sie geschreckt worden. Die Konsignierung des Militärs können wir nicht tadeln. Unsere Wähler wünschen eine grundsätzliche Bekämpfung des Reichskanzlers. Wir lehnen eine solche aber in Anbetracht der Schattenseiten einer rein negativen Tätigkeit ab. (Lautes Lachen bei den Soz.) Immerhin ist unser Interesse an der Fortführung der Blockpolitik ein sehr geringes geworden und bei künftigen Abstimmungen werden wir unsere Erfahrungen in die Wagschale werfen. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. **Korfanty** (Pole):

Im Kampfe um das Wahlrecht werden wir stets an der Seite der Sozialdemokratie zu finden sein.

Abg. **Zimmermann** (Ant.):

Als Anhänger des Reichstagswahlrechts bedauern wir die Haltung Bülows, aber mehr noch tadeln wir die turbulenten Straßendemonstrationen.

Abg. Wetterle (Els.) verlangt die Einführung des Reichstagswahlrechts in Elsaß-Lothringen.

Hierauf wird ein **Vertagungsantrag** angenommen.

Abg. **Singer** zur Geschäftsordnung beantragt als **ersten Punkt** auf die morgige Tagesordnung die Fortsetzung der heutigen Beratung zu setzen. Wir haben den Wunsch, bald die gegen uns gerichteten **Angriffe** zu beantworten. Auch die Beratung der Interpellation über den Bankdiskont ist auf zwei Tage ausgedehnt worden.

Für den Antrag Singer erheben sich Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und 4 Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung: Neumann-Hofer, Gothein, Potthoff und Dohrn (Stettin).

Der Antrag wird **abgelehnt** und es bleibt somit bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung: Scheckgesetz, Majestätsbeleidigungsparagraph, Haftung der Tierhalter, Maß- und Gewichtsordnung. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

* * *

Polizeileutnant von Bülow.

Unter dieser Spitzmarke schreibt uns ein Berliner Mitarbeiter:

Unter dem Druck der Wahlrechtsbewegung schrumpft die Rednerwürde des deutschen Reichskanzlers immer mehr zusammen. Ein Reichskanzler und Ministerpräsident, der in einem Augenblick wie dem gegenwärtigen nichts anderes zu sagen weiß, als daß er „die Ruhe und Ordnung" aufrechterhalten werde, wird in der ganzen politischen Welt einen Sturm des Gelächters erregen.

Um eine Politik zu treiben, wie sie gegenwärtig in Preußen-Deutschland getrieben wird, eine Rede zu halten, wie sie Herr Bülow am Mittwoch im Reichstag gehalten hat, dazu bedarf es keines Reichskanzlers und keines Ministerpräsidenten, dazu genügt ein preußischer Polizeileutnant, wenn nicht gar ein gewöhnlicher Schutzmann. Die gesamte deutsche und ausländische Oeffentlichkeit wird daher mit der sozialdemokratischen Fraktion übereinstimmen, wenn sie bei der zweiten Lesung des Etats die Streichung des Gehalts des Reichskanzlers aufs Nachdrücklichste befürworten wird.

Fürst Bülow unternimmt seit einigen Tagen den Versuch, den Eisernen zu spielen. In dieser Rolle nehmen wir ihn nicht ernst, nimmt ihn kein Mensch auf der Welt ernst!

Wie kläglich ist diese Hoffnung des bürgerlichen Liberalismus zusammengeschmolzen. Von der ganzen Staatsphilosophie des Reichskanzlers ist nur der eine Satz übrig geblieben: „Meine Herren, ich fordere Sie auf, auseinanderzugehen!"

* * *

Der Zweck der Wahlrechtsdebatte, die am Mittwoch von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags auf dem Wege der Interpellation erzwungen wurde, war zunächst, den Massen des Volkes klaren Einblick in die politischen Verhältnisse zu eröffnen, die durch die Erklärung des Fürsten Bülow vom 10. Januar und die folgenden Ereignisse neu geschaffen wurden, in zweiter Linie aber auch, den Parteien des Reichstages Gelegenheit zu geben, sich in diesen umgestalteten Verhältnissen neu zu orientieren.

Die erste Absicht ist durch die Reichstagsverhandlungen vom 22. Januar vollständig erreicht. Im Protokoll bleibt ein geschichtliches Dokument der Borniertheit herrschenden Preußentums, ein nie versagendes Agitationsmittel der Aufreizung. Wie weit aber die zweite Absicht erreicht ist, nämlich die Parteien zu einer klaren Stellungnahme zu nötigen, darüber können die Meinungen geteilt sein.

In einem Lande parlamentarischer Sitte würde Bernhard Bülow unter gleichen Umständen zur Stunde **aufgehört** haben, Reichskanzler zu sein. Er hat die Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation **abgelehnt**, der Reichstag hat die Besprechung beschlossen. Mit der sogenannten „schwarz-roten Koalition" stimmte auch der Freisinn geschlossen für die Besprechung, und das alte nationalliberal-konservative Kartell blieb in der Minderheit. Die polizeilichen Ausfälle, die der Reichskanzler im Kommandoton hervorstieß, fanden auf der äußersten Rechten tobenden Beifall, alle anderen bürgerlichen Parteien hüllten sich in Schweigen.

Es war keine Stimmung für Bülow, man will mit ihm Geschäfte machen, aber man schämt sich doch ein wenig, offen zu diesem Manne zu stehen, der für die Forderungen des Volkes keine andere Antwort weiß als rüpelhafte Drohungen der brutalen Gewalt.

Der Zusammenhang der Mehrheit (man sprach scherzhaft vom neuen Block) war aber nicht bloß ein formaler, er war auch **sachlich** begründet. Eine Mehrheit des Hauses, bestehend aus Sozialdemokraten, Freisinnigen und Zentrum nahm gegen die Behauptung Bülows, daß das Reichswahlrecht mit dem preußischen „Staatswohl" nicht vereinbar sei, sachlich in unzweideutiger Weise Stellung. Waren diese sachlichen Erklärungen des Zentrums und des Freisinns so gemeint, wie sie vorgetragen wurden, dann ergibt sich daraus die Tatsache, **daß sich der Reichskanzler in der Grundfrage unseres politischen Lebens in schärfstem Gegensatze befindet zur Mehrheit des Reichsparlaments.**

In jedem europäischen Staat, Preußen-Deutschland, Rußland und die Türkei ausgeschlossen, würden unter solchen Umständen nicht bloß die Tage, sondern auch die Stunden eines Ministers gezählt sein.

Im deutschen Reichstag freilich ist es nicht so gemeint. Fragt man sich, wo am 22. Januar der berühmte Bülow-Block war, so muß man sagen, er war nicht zu bemerken. Aber er war nur unter die Oberfläche getaucht, und wird morgen wieder oben schwimmen. Er ist kein eherner Felsen, sondern ein ungeschlachtes Stück Kork.

Zum zweiten Mal hat der Freisinn unterlassen, die Stunde zu nützen, wie er sie nützen mußte. Er hat sich am Mittwoch zwar nicht mehr auf den schändlichen und schmählichen Standpunkt der Pachnicke und Fischbeck gestellt, aber noch weniger auf den energischen und ehrenvollen der Barth und Potthoff; er blieb in der weinerlichen Mittellage des Herrn Naumann, und während er in allen Tonarten die politischen Grundsätze des Ministerpräsidenten Bülow mit denen des freisinnigen Reichstags unvereinbar erklärte, hütete er sich doch, ein letztes Wort über den Block zu sprechen und das Vertrauensvotum vom 5. Dezember ausdrücklich zu widerrufen.

Das ist offenbar auch die einzige Sprache, die ein Mann wie Fürst Bülow noch verstehen würde. So wie er als geschmeidiger Höfling auch zeitweilig die Ungnade seines Herrn erträgt, sich auf bessere Zeiten vertröstend, so harrt er auch in den Ungewittern des Volkszornes unter den ihn — trotz aller Höflichkeit und Vorsicht — doch sachlich verurteilenden Mehrheitsvoten der Volksvertretung geduldig aus — als der Typus eines politischen Klebers.

Der deutsche Reichstag hat sich in seiner Mehrheit am 22. Januar dieser Forderung des Augenblicks **nicht** gewachsen gezeigt. Die bürgerlichen Parteien haben, indem sie den Reichskanzler schonen wollten, dessen Niederlage nicht verhindern können, sondern nur sich selber eine Niederlage zugefügt. Das gilt ganz besonders von den Nationalliberalen, deren Redner Bassermann ganz auf die Seite des Herrn Kreth fiel, das gilt aber auch vom Zentrum und dem Freisinn. Die Sozialdemokratie wird ihre harte Aufgabe, diese bürgerlichen Parteien zur Pflicht-Erfüllung zu erziehen, in verschärftem Maße fortsetzen müssen, sie wird aber auch nach dem **stolzen Erfolg** dieses Tages dabei noch mehr als bisher mit der wirksamen Hilfe des **Volkes** rechnen dürfen.

* * *

Polizeischutz für den Reichstag.

Die bürgerlichen Bureaus melden anscheinend von der Polizei unterrichtet:

Berlin, 22. Januar. Der Polizeipräsident hatte Maßnahmen getroffen, um **Zusammenrottungen und Szenen**, wie sie sich Tags zuvor in der Nähe des Reichstagsgebäudes abgespielt haben, unmöglich zu machen. Aus Anlaß der bevorstehenden Besprechung der **Wahlrechtsinterpellation** war das Gebäude schon seit 8 Uhr von Polizei garniert, die auch die Zufahrtsstraßen besetzt hielt. Von Stunde zu Stunde rückten Verstärkungen ein, und besonders an den Zugängen vom Tiergarten nach dem Königsplatz, von Moabit und der Friedrichstadt her nahmen stärkere Kommandos berittener Schutzmannschaft Stellung. Die **Schutzleute befinden sich am Ende ihrer Kraft**, man spricht davon, daß das **Militär** herangezogen werden müsse, wenn die Demonstrationen nicht aufhören. Bis gegen Mittag hatten sich irgendwelche Zwischenfälle von Bedeutung **nicht ereignet**. Kleinere Trupps von zehn bis zwanzig Personen sammelten sich zwar hie und da an, gaben aber der Aufforderung der Polizei, sich zu zerstreuen, sofort Folge.

Der Verkehr wurde in **keiner Weise** behindert, auch der Zugang zu Portal 5 am Reichstagsufer, wo sich der Kartenschalter und die Wartehalle für den Verkehr mit den Abgeordneten befindet, war für das anständig gekleidete Publikum (!) frei, jedoch gelate eine Tafel an, daß sämtliche Karten vergriffen seien. Die Kartenkontrolle ist sehr streng.

Berlin, 22. Januar. Ebenso wie das Reichstagshaus waren auch die **Linden** und der **Schloßplatz** Gegenstand der polizeilichen Fürsorge. Unter den Linden war die Passage frei, irgendwie „verdächtige Personen" werden jedoch fortgesetzt mit größter Strenge zurückgewiesen. Für die Umgebung des Schlosses waren ähnliche Vorsichtsmaßregeln getroffen. Hier standen überall starke Polizeiaufgebote in den Nebenstraßen. Der Straßenverkehr freilich zeigte keine Veränderungen gegen das gewohnte Alltagsleben. Die Folgen des gestrigen Tumults werden für die Beteiligten sehr traurig sein. Wegen der gestrigen Zusammenrottung am Schiffbauerdamm sind heute Mittag vier Personen im Alter von 18 **bis 20 Jahren**, zwei Arbeiter, ein Tischler und ein Bäcker, als Rädelsführer, und weil sie von dem Neubau am Schiffbauerdamm Steine auf die Schutzleute geworfen haben sollen, dem Staatsanwalt vorgeführt worden.

* * *

Wahlrechtsdemonstration in Braunschweig.

Große Straßendemonstrationen veranstaltete die Arbeiterschaft Braunschweigs. Als bekannt wurde, daß in der heute vom Herzog-Regenten verlesenen **Thronrede** das Wahlrecht nicht bedacht wurde, beschloß man in den großen Fabriken **nach Schluß der Arbeitszeit vor das Schloß des Herzogs** zu ziehen. Dies war um so leichter möglich, als sich allein von der Mühlenbauanstalt von Amme, Giesecke u. Genossen ein Zug von 2000 Arbeitern in Bewegung setzte. Dieser Zug hat zur Folge gehabt, daß eine Unmenge anderer Arbeiter sich demselben anschloß und gemeinschaftlich vor das Schloß zog. Lieder sang und Hochs auf das **allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht** ausbrachte. Nach diesen Kundgebungen zog die Arbeiterschaft vor das **Landtagsgebäude**, wo gerade eine Kommission tagte. Von hier aus setzte sich der Zug nach **allen Gegenden der Stadt in Bewegung**, überall singend, Hoch's auf das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht ausbringend. Der Stein- und der Bohlweg zeigten gegen ½7 Abends vielleicht ein noch nie dagewesenes Bild, denn diese Hauptverkehrsadern waren polizeilich abgesperrt und war auch nicht eine Person auf den großen breiten Straßen zu erblicken.

* * *

Ein Brief.

Aus einer Stadt Westfalens ging dem Herausgeber der sozialdemokratischen „Preußen-Korrespondenz" von einem der **Freisinnigen Volkspartei** angehörigen Manne ein Brief zu, dem wir folgendes entnehmen:

Geehrter Herr Doktor! Unser gemeinsamer Bekannter M. machte mir vor einigen Tagen die Mitteilung, daß Sie zur Belebung der Agitation für Erringung eines besseren Wahlrechts in Preußen eine besondere Korrespondenz gegründet haben. Gestatten Sie einem bisher Ihnen fremden Manne, der noch dazu einer anderen Partei angehört, Ihnen dazu einiges zu schreiben. Ich will vorausschicken, daß ich Ihren Plan schon um deswillen freudigst begrüßt habe, weil ich, soweit es in meinen Kräften steht, alles unterstütze, was zur Aufrüttelung des preußischen Volkes beitragen kann.

Ich bin unter dem Einfluß der Agitation **Eugen Richters** groß geworden und habe der freisinnigen Volkspartei angehört, solange ich überhaupt politisch denken kann. Daraus ergibt sich daß ich stets in Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie gestanden bin: mich trennt auch heute von Ihrer Partei noch die Ueberzeugung, daß ihre wirtschaftlichen Ideale nicht zu verwirklichen sind. Ich habe mir aber auch so viel westfälisches Demokratengefühl bewahrt, daß ich niemals vergessen habe: „Ohne die Sozialdemokratie ist in Deutschland keine Freiheit möglich". Das hat mein alter verehrter Freunde der leider zu früh verstorbene **Lenzmann** mir manches liebe Mal gesagt und mich dadurch in dieser Auffassung noch bestärkt. Wenn ich trotzdem den Block im Reichstage zu Anfang unterstützt habe, so geschah es ausschließlich in der Hoffnung, daß er uns in Preußen Ellenbogenfreiheit verschaffen werde. Nach dem Verhalten der freisinnigen Führer im Landtage kann ich aber nur mit Beschämung gestehen, daß meine Hoffnungen elend zu Schanden gegangen sind. Ein Verweilen im Block ist ein **Opfer persönlicher Ehre**, das ich niemals gebracht hätte, und das wir im Lande draußen einfach nicht verstehen. Und damit komme ich zu dem Zwecke dieses Briefes. Ich möchte Ihnen sagen, daß die Sozialdemokratie unrecht tut, wenn sie das Kind mit dem Bade ausschüttet. Daß sie gegen die Führer meiner Partei mit den schärfsten Ausdrücken vorgeht — ich kann es leider nicht für ungerechtfertigt erklären. Aber wir im Lande draußen, die wir darüber nicht weniger schroff urteilen, haben einen Anspruch darauf, daß man nicht jeden einzelnen von uns für dieses Verhalten haftbar macht. Ich komme schon meines Geschäftes wegen mit weiten Kreisen der Bevölkerung dauernd in Berührung und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß hier bei uns eine **helle Entrüstung** besteht. Ob sich diese Entrüstung politisch brauchbar machen läßt, das kann ich Ihnen nicht sagen; aber soviel scheint mir gewiß, daß die einzige Partei, die jetzt ungehindert und frei in der preußischen Wahlrechtsfrage vorgeht, nämlich die Sozialdemokratie, alle Ursache hätte, wenigstens einen **Versuch** zu machen, diese Kräfte in den Dienst der Wahlreform zu stellen, wie das zu geschehen hat — ich weiß es nicht, mache auch keinen Vorschlag. Aber ich habe das Empfinden und teile es mit vielen anderen, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, wo die wirklich liberalen Elemente des Bürgertums nötigenfalls über den Kopf der Bangebüchsen von Fraktionchenführern den Anschluß an eine große Volksbewegung suchen müssen. Ich halte das für möglich, auch ohne daß man der eigenen Partei untreu zu werden braucht. Vielleicht bedarf es nur des Signales dazu.

Wenn Sie wollen, mögen Sie von dieser meiner Meinung öffentlichen Gebrauch machen. Ich habe das Bewußtsein, daß ich jedes Wort vertreten kann. Ihrem Unternehmen alles gute wünschend und in der Hoffnung, daß der Wahlrechtskampf zu einem gedeihlichen Ende führt

G..... T.....

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie jedem Freisinnigen, der ehrlich für das freie Wahlrecht kämpft, gern die Hand reicht. Daß die freisinnigen Führer dazu nicht gehören, gibt der Schreiber selbst zu.

Neueste Nachrichten.

Der Bülow Rußlands.

Berlin, 22. Januar. Nach Privattelegrammen, die an der hiesigen Börse aus Petersburg eingegangen sind, soll der russische Ministerpräsident **Stolypin** beabsichtigen, von **seinem Posten zurückzutreten**. Als sein wahrscheinlicher Nachfolger wird der jetzige Finanzminister Kokowzew genannt, der vorerst neben Stolypins Posten sein Portefeuille behalten soll.

Bülows Gang nach Kanossa!

Rom, 23. Januar. (H. T.-B.) Der päpstlichen Kreisen nahestehende vatikanische Korrespondent des „Corrie della Sera" sendet seinem Blatte ein **Telegramm**, wonach **die deutsche Regierung eine Versöhnung mit dem Zentrum wünsche**. Eine solche würde im Vatikan mit lebhafter Freude begrüßt werden.

Den Demonstranten aus dem Wege gegangen.

Braunschweig, 22. Januar. Der Herzog **verließ** gegen 7½ Uhr das **Hoftheater und begab sich nach dem Schloß**, da beabsichtigt war, nach Schluß des Theaters eine Kundgebung gegen den Herzog zu veranstalten.

Ganz wie bei uns!

Petersburg, 23. Januar. (H. T.-B.) Der gestrige dritte Jahrestag des „blutigen Sonntags" **verlief vollkommen ruhig**. Die Fabrikviertel waren von Polizisten besetzt. Von der Polizei wurden **viele Verhaftungen** vorgenommen.

Agrar-Aufstand in Irland.

London, 23. Januar. (H. T.-B.) **Ernste Agrarunruhen** sind in Irland in dem Bezirke Gecvat infolge Weigerung eines Großgrundbesitzers, seinen Pächtern Land zu verkaufen, ausgebrochen. **Die Pächter beschlossen, keinen Pachtzins mehr zu bezahlen.** 200 Polizeiagenten wurden beauftragt, die unbotmäßigen Pächter zu verhaften. Es erfolgten 20 Verhaftungen. Diese haben in dem ganzen Bezirke große Erregung hervorgerufen.

Die englischen Arbeiter und der Sozialismus.

Hull, 23. Januar. (H. T.-B.) In der gestrigen Sitzung der Arbeiterpartei wurden von den Vertretern mit 514,000 gegen 469,000 Stimmen eine Resolution angenommen, die feststellt, daß die Zeit gekommen ist, in der sich die Arbeiterpartei zum Sozialismus, als dem Ziele der Organisation bekennen müsse. Die Sozialisten gaben ihrer Freude über die Annahme dieser Resolution Ausdruck.

Riesenstreik und Aussperrungen in England.

London, 23. Januar. Der Streik der **Schiffbauer** an der englischen Nordostküste ist nunmehr, wie schon unter „Arbeiter-Bewegung" gemeldet, eingetreten. **46,000** Mann befinden sich im Ausstand. Die Trade Unions erklären, daß sie mit finanziellen Mitteln genügend ausgerüstet seien, um einen Streik aushalten zu können. Da ein gütlicher Vergleich zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern so ziemlich ausgeschlossen erscheint, so erwartet man die Aussperrung der streikenden Arbeiter.

Die Situation im Gebiete der **Baumwollindustrie von Manchester ist unverändert**. Die Verhandlungen werden weiter geführt; wenn sie in den nächsten Tagen aber nicht zum Abschluß gelangen, werden am nächsten Montag bereits 10,000 Spinner ausgesperrt, wodurch auch 60,000 Weber brotlos werden. Vorläufig beschränkt sich die Streikbewegung auf das Gebiet von Lancashire, sie dürfte aber auch auf das übrige Gebiet der Baumwollindustrie übergreifen.

Marokko.

Paris, 23. Januar. (H. T.-B.) **Kaum nach Casablanca zurückgekehrt, erhält General d'Amade die Kunde von der Wiedereinnahme Setlas** durch eine starke Maballa Muley Raschids. Die Durchführung der von d'Amade zu treffenden Maßnahmen ist um so schwieriger, da die Transportmittel durchaus unzureichend sind. In Paris erwartet man mit Spannung die Nachricht von der Wiedereinnahme Setlats.

Paris, 23. Januar. (Hirschs Telegr.-Bureau.) „Petit Parisien" berichtet aus Tanger: Nach einer Meldung aus Casablanca hat der deutsche Konsul drei von den 34 Gefangenen, welche die **Expeditionskolonne** bei der Einnahme von Sellat machten, als deutsche Schutzangehörige reklamiert.

Mannheim, 23. Januar. (H. T.-B.) Der Generalagent Bruckner aus Ludwigshafen wurde vom Schwurgericht nach dreitägiger Verhandlung wegen 10 Fällen vollendeter und 5 Fällen versuchter Notzucht davon in vier bezw. zwei unter Ausschluß mildernder Umstände zu 9 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Budapest, 23. Januar. (H. T.-B.) In der Fabrik von Ganz fand gestern eine **Explosion** eines Trockenofens statt. Hierbei wurde ein Arbeiter getötet, mehrere tödlich verletzt. Der durch die Explosion entstandene Brand richtete großen Schaden an.

Rom, 23. Januar. (H. T.-B.) Der sozialistische Parteiführer **Ferri** hat die Leitung des Blattes „**Avanti**" wegen Differenzen innerhalb der Partei niedergelegt.

Verantwortlicher Redakteur: **Gustav Wolff**. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz**. — Druck von **Th. Schatz** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Unglaublich wird es jedem erscheinen, aber wahr ist es. Das **Garderobenhaus „Blitz“** wird wegen **vollständiger Geschäftsauflösung total ausverkauft.**

827

Die großen Vorräte in

Herren- u. Knaben-Garderoben

sollen schnellstens zu **allerbilligsten** Preisen **total ausverkauft** werden, deshalb beeile sich jeder, ob **arm oder reich,** so schnell wie möglich für den weitgehendsten Bedarf einzukleiden, **solten günstige Gelegenheit** für **Wiederverkäufer.** In diesem Angebot befinden sich ein **großer Posten Kinder-Anzüge** einzelne **Berliner Modelle** durchschnittlich Größe 1—6 . Mk. **3.90.**

Das noch vorhandene Winterlager **Paletots und Joppen zirka 50% unter Preis.**

Ohlauerstr. 83 I. Etage Ecke Schuhbrücke.

Garderobenhaus „Blitz“

Ohlauerstr. 83 I. Etage Ecke Schuhbrücke.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Am 21. Januar verstarb unser Kollege, der Metallarbeiter

Otto Ludwig.

Sein Andenken werden in Ehren halten 349

Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Verwaltung Breslau).

Beerdigung: Freitag, den 24. Januar, nachm. 1 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital nach Gräbschen.

Stadt-Theater.

Donnerstag, Anfang 7½ Uhr:
„Hoffmanns Erzählungen“.
Freitag 7½ Uhr:
„Der Wildschütz“.
Sonnabend nachmittag 3 Uhr:
„Wilhelm Tell“.
Abends 7½ Uhr:
„Der fliegende Holländer“.

Lobe-Theater.

Donnerstag, 7½ Uhr:
„Ein Walzertraum“.
Freitag 7½ Uhr:
„Die lustige Witwe“.
Sonnabend 7½ Uhr:
„Ein Walzertraum“.

Thalia-Theater.

Freitag 7½ Uhr:
Volks-Vorstellung.
Entree II, 1. Vorstellung.
„Eine lustige Doppel-Ehe.“
Sonnabend:
Humboldt-Verein.
Abonnements-Vorstellung
Dritte Vorstellung.
7½ Uhr:
„Der Sonnwendhof“.
Sonntag, abend 7½ Uhr:
„Der letzte Funke“.
Billettverkauf Freitag und Sonnabend von 10—2 Uhr im Thalia-Theater.

Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr:
„Der Opernball.“
Freitag 8 Uhr:
„Der Dieb“.

Liebichs Etablissement.
BROTHERS BOLLER
und das phänomenale
Januar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Bellini
und das phänomenale
Januar-Programm.
Anfang präzis 7½ Uhr.
Kaus an Wochentagen gültig.

Möbel, Spiegel.
Polsterwaren
in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95
Kein Abzahlungsgeschäft
gewähre aber gern Teilzahlung.
Preise enorm billig.

Bettgestelle	100 Mk.
Sofaecke	18 „
Trumeau mit verb. Aufsatz	60 „
Schrank „ „	60 „
Vertikos „ „	45 „
Spiegel mit Schränken	35 „
Divan in gutem Stoff	36 „
Bettstelle mit Matratze	26 „
Nachtisch mit hoher Lehne	4 „

Teppiche, Läufer, Uhren, Pianos, erstkl. Fabrikat auch kleinste Ratenzahlungsbriefe nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Hosennäh. l. f. m. Stolper. Nebengasse 7. 325

Anzüge
Ueberzieher!
Möbel
auf Teilzahlung
billiger und für die Hälfte Anzahlung als in den „sogenannten“ Kassegeschäften, wo Teilzahlung gestattet.
Max Biermann,
Breslau
Ring 52, erste Etage
neben der Stockgasse.
Filiale: 845
Waldenburg i. Schl.
Auch nach auswärts.

Höchst wichtig für Hausfrauen.
Feine Vanille-Stücken-Schokolade
garantiert rein, pro Pfund 1.— Mk.
Kakao-Pulver
garantiert rein, pro Pfd. 1.40, 1.60, 2.20 und 2.60 Mk.
Kandierter Kakao-Tee
immer frisch, pro Pfund 25 Pfg.
Gef. Kakaoschalen
pro Pfund 10 Pfg.
Tee neuer Ernte
feine Mischungen, pro Pfd. 1.—, 1.20, 1.40, 1.60, 2.— bis 3.60 Mk.
Grus-Tee
pro Pfund 1.— bis 1.20 Mk.
Sämtliche Sorten Hustenbonbons
pro Pfund 40, 60 bis 70 Pfg.
ff. Konfekte
pro Pfd. 0.80 bis 3.— Mk.
Kinder-Konfekte
pro Pfund 36 bis 80 Pfg.
empfiehlt 6247
Wilhelm Boese
Schokoladen-Haus
Breslau I, Dorotheenstrasse 3
Schokoladen-, Kakao- und Zuckerwaren-Fabrik

Hosennähterinnen sucht **Gensch** Weißenburgerstr. 9, I. 278

Hosennähterinnen
auf Feiskreiben wie auf Lagerarbeit können sich bei **Reimann,** Hildebrandtstraße 26, Hth. IV, Etg. melden. 346

Zu Tee und Grog

ff. Jamaika-Rums, Batavia-Araks, französische Kognaks und deutsche Verschnitte, feinste
Weinpunsche,
Burgunder-Punsch, Rotwein-Punsch, Sherry-Punsch, Schwedischer Punsch,
Ananas-Punsch, Schlummer-Punsch, Kaiser-Punsch, ff. Tafel-Liköre
Spezialitäten:
Annaberger Klosterbitter, Mandarin-Ginger, Nektar, Curaçao, Maraschino etc. etc.
f. alter Breslauer Korn, f. alter Weinkorn,
offeriert 6120
Seidel & Co.
Breslau, Ring 27, Altbüßerzeile 13, Tiergartenstraße, auch Lutherstraße.

Breslauer Gewerkschaftshaus

Margaretenstrasse 17.

Sonntag, den 26. Januar 1908, nachm. 3½ Uhr

16. Volks-Konzert (Solisten-Konzert)

42 Mann unter Leitung des Dirigenten Herrn P. RÜSTER
arrangiert vom
Sozialdemokratischen Verein.

PROGRAMM:

I. Teil.
1. Ouvert. z. Optt. „Die schöne Galathee“ . . . . . Fr. v. Suppé
2. Menuett aus einem Streichquintett . . . . . L. Boccherini
3. Fant. brill. f. Cornett a. Piston P. Urban
Herr H. Wuttke.
4. Fant. a. d. Op. „Troubadour“ G. Verdi

II. Teil.
5. Ouvert. z. Op. „Euryanie“ . C. M. v. Weber
6. a) Andante a. d. A-moll-Konzert G. Goltermann
b) Tarantella für Violincello D. Popper
Herr Karl Hessberger.
7. „Die Solisten“, Potpourri . A. Schreiner-

III. Teil.
8. Türkischer Marsch aus der Sonate in A-dur . . . . W. A. Mozart
9. Grosse Fant. f. Klarinetten-Solo a. d. Op. „Rigoletto“ . R. Bassi
Herr F. Born.
10. a) „Der schönste Engel“, Lied . . . . . Graben-Hoffmann
b) „Wilde Rosen“, Valse lento f. Streichinstrum. u. Glocke L. Wagner
11. „Dorfschwalben aus Oesterreich“, Walzer . . . . . Jos. Strauss.

Nächstes Konzert: **Wagner-Konzert.**

Entree 40 Pfg. Programme sind zu haben im Gewerkschaftshaus, Parteisekretariat, Neue Graupenstr. 5, II, sowie in der Expedition der Volkswacht und bei sämtlichen Kolporteuren, Arbeitersekretariat, Nikolaistr. 18|19, Bureau der Holzarbeiter, Schmiedebrücke 42, Bureau der Handels- und Transportarbeiter, Nikolaistrasse 57, Bureau der Maurer, Margaretenstr. 17, Bureau der Bauarbeiter, Nadlergasse, Ecke Stockgasse, Bureau der Metallarbeiter, Schwertstr. 4, ferner bei den Bezirks- und Distriktsführern und in den Distriktslokalen. 177

Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Überraschende Neuheit

garantiert unschädlich — kein Chlor — kein reiben

Persil

vollständig ungefährlich — kein Waschbrett — kein bürsten

Modernes Waschmittel für jede Waschmethode passend

Henkel & Co. Düsseldorf.

Wilhelmsburg. Heute Donnerstag: **Tanzkränzchen** Polonaise 4599
m. Gratispräsentverteilung

Dr. Thompson's Seifenpulver

DR. THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER

bestes, im Gebrauch billigstes und bequemstes
Waschmittel der Welt
½ ℔ Paket **15** Pfg.

Achtung! **Achtung!**

Jeder Leser der „Volkswacht“ erhält bei Vorzeigung dieses Inserats
Grüne Heringe per Pfund 5 Pfg.
12, ERNST HIELSCHER, 12.
Goldene Radegasse
Nur Donnerstag und Freitag soweit Vorrat.

Kinder-Elend

Proletarische Gegenwartsbilder von **Otto Rühle.**
Preis: 75 Pf.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

442

1. Beilage zu Nr. 20 der „Volkswacht“.

Freitag, den 24. Januar 1908.

Politische Uebersicht.

3809 Orden sind beim diesjährigen Ordensfeste in verschwenderischer Fülle ausgestreut worden — mehr als je bei einer früheren gleichen Gelegenheit. Die höchste Ziffer unter den Auszeichnungen erreicht das Allgemeine Ehrenzeichen mit 1455, dann folgt der Rote Adlerorden 4. Klasse mit 1085, der Kronenorden 3. Klasse mit 313, die 4. Klasse dieses Ordens mit 287, das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens mit 199, der Rote Adlerorden 3. Klasse mit 150, der Kronenorden 2. Klasse mit 95, der Rote Adlerorden 2. Klasse mit 85.

Unter den Dekorierten befinden sich 1200 Angehörige der Armee und Marine, 1650 Reichs- und Staatsbeamte, 75 vom Hofstaat, 15 Aerzte, 90 Geistliche und Lehrer, 250 Kommunalbeamte, 28 Rechtsanwälte und 501 Privatpersonen.

Orden genug — nur keine Rechte, kein Brot und keine Freiheit. Von Orden aber wird das Volk nicht satt und nicht frei.

Ein Selbstporträt aus Versehen. In der Schilderung einer „Spritztour nach Chile“ finden sich folgende Sätze:

„Bei schlechtem Bier saßen in kahlem Raum, dessen einziger Schmuck eine Karte des Magellans-Distrikts bildet, auf der sorgfältig [illegible] alle der letzten Wochen verzeichnet sind, einige teure Landsleute und knobelten. Trinken, trinken, viel trinken und knobeln, knobeln, noch mehr knobeln, das sind hier die Freuden arbeitsfreier Stunden. Aber bei patriotischen und Vereinsfesten feiert man sich gegenseitig als Pioniere deutscher Kultur und stolz schwellt die Männerbrust.

Abends versammelte sich an Deck eine lärmende Gesellschaft. In den Salons tanken angesehene deutsche Kaufleute den unvermeidlichen Sekt mit dem ebenso unvermeidlichen Stimmengedröhn. Sie sprachen vom sinkenden Kurs, von steigenden Geschäften, von der Geschicklichkeit, aus dem Adoptivvaterland möglichst viel herauszuschlagen bei möglichst geringer Gegenleistung.“

Diese Kennzeichnung der Pioniere deutscher Kultur, denen Stolz die Männerbrust schwellt, ist enthalten — in der halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“! Freilich im Feuilletonteile. Im politischen Teile sind alle „Pioniere der deutschen Kultur“ zum mindesten Helden. Aber der Feuilletonteil wird wohl im Rechte sein.

Militärische Wünsche. Ueber die Bahnbauten, die im Interesse der Landesverteidigung vorgenommen werden, verhandelt die Budget-Kommission des Reichstages stets vertraulich. Der Präsident der Reichseisenbahnverwaltung gab der Befriedigung der Regierungen darüber Ausdruck, daß bisher über solche Bauten strengste Diskretion geübt worden ist.

Ueber unerhört hohe Profite der Firma Winter u. Sohn, die alle Druckarbeiten der Militärverwaltung ausführt, machte Abg. Erzberger Mitteilung. Es wurde Beseitigung des Monopolvertrages mit dieser Firma gefordert. Nosske betonte nachdrücklich, daß die Verwaltung nach Ablauf des Vertrages, zur Vermeidung der Ringbildung eine vollständig freie Konkurrenz zulassen müsse. Für die Neuuniformierung des Heeres sind 4,665,390 Mark gefordert. Die detaillierten Angaben der Verwaltung über die neue Uniformierung müssen vertraulich behandelt werden. (Warum? Redaktion der Volkswacht.) Für Beschaffung des Bedarfs an Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken für Kriegsformationen sowie für neugebildete Truppenteile werden weiter 2,241,720 Mark neu gefordert. Auch diese Ausgabe wird in der Hauptsache eine Folge der Einführung der neuen Uniform sein. Der Jüterboger Schießplatz soll vergrößert werden. Dafür sollen **2,697,000** Mark ausgegeben werden. Die Besitzer des in Betracht kommenden Geländes stellen wieder so unverschämt hohe Forderungen, daß das Enteignungsverfahren eingeleitet werden muß. Ueber die Zerstörung eines Hauses durch eine auf dem Tegeler Schießplatze abgefeuerte Granate befragt, erklärte ein General, das Resultat der Untersuchung liege ihm noch nicht vor. Der Platz werde wohl bald nicht mehr zum Schießen benützt werden können. Um vor einer weiteren Verkürzung der Dienstzeit graulich zu machen, behauptet die Verwaltung, viele Ausgaben seien eine Folge der zweijährigen Dienstzeit. In den nächsten Jahren sollen durch die kürzere Dienstzeit noch Ausgaben in Höhe von rund 17 Millionen erforderlich sein.

Für Vorspann- und Transportkosten werden 5,623,834 Mk. gefordert, das sind 1106,625 Mark mehr. Die Mehrforderung wird damit begründet, daß häufiger als früher Reiterregimenter mit der Eisenbahn ins Manövergelände befördert werden sollen. Bedeutende Mehrausgaben sind auch bei Artillerie und Waffenwesen vorgesehen. An Gehältern sollen 108,399 Mark mehr gezahlt werden.

Für Munition des preußischen Heeres werden 31,136,274 Mark gefordert. Auch da ist eine Steigerung der Ausgaben um 2,329 670 Mark eingetreten, die damit begründet wird, daß für die Feldartillerie ein Einheitsgeschoß eingeführt werden muß, das heißt, Kartusche und Geschoß sollen zusammengefügt sein. Vor ein paar Jahren hat man das Einheitsgeschoß zerlegt. Man kehrt also jetzt zu der früheren Einrichtung zurück.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages setzte am Dienstag die Prüfung der Wahl des Abg. Fr. Arning-Hannover 7 (Nienburg-Stolzenau) fort, ohne jedoch mit dieser Prüfung zu Ende zu kommen. Ein Beschluß wird erst am Mittwoch gefaßt werden. Ferner wird die Kommission am Mittwoch die Ergebnisse der auf ihren Antrag in Memel-Heydekrug zur Prüfung der Wahl des Abg. Schwabach (natl.) angestellten Erhebungen entgegennehmen.

Das neue Vereinsgesetz. In der Reichstagskommission zur Beratung des Vereinsgesetzes wurde die Debatte über den grundlegenden § 1 zu Ende geführt. Bei der Abstimmung wurden sämtliche Anträge abgelehnt mit Ausnahme des ersten Teiles des Antrages der Freisinnigen. Es wird danach folgende Fassung beantragt: „Die Vereins- und Versammlungsfreiheit unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen sind.“ Dagegen stimmten die Rechte und die Nationalliberalen. Durch die Abstimmung ist die Annahme des § 1 in der Fassung der Regierungsvorlage nicht unmöglich geworden, wie die Freisinnigen sofort tröstend versichern.

Ausland.

Der Stössel-Prozeß bot in den letzten Tagen ein besonders widerwärtiges der russischen Soldateska würdiges Bild. Im Verlaufe des Prozesses wegen Uebergabe Port Arthurs trat die gegenseitige Feindschaft der Angeklagten immer schärfer hervor. Smirnow beschuldigte den mit unserem hohen Orden geschmückten Stössel, er habe niemals an Kämpfen teilgenommen. Stössel entgegnete, Smirnow spreche die Unwahrheit. Fock sagte aus, die Truppen hätten Smirnow mißachtet. So sehen die Helden des russischen Volkes aus, wenn sie sich gegenseitig die Uniformen ausziehen. Gegen das wehrlose Volk Petersburgs erfochten die Helden großartigen „Waffenruhm“, vor dem ebenbürtigen Feinde aber ergriff sie Hasenangst.

General Kuropatkin soll nach einer Meldung des „Slowo“ mit seinem ganzen Stabe dem Militärgericht übergeben werden, da er im Stössel-Prozeß wissentlich falsche Aussagen gemacht hat, welche seinen Berichten an den Zaren widersprechen.

* * *

Reaktion und Presse in Rußland. Die polnische Zeitschrift „Kultura Polska“ bringt interessante Angaben über die Einwirkung der Reaktion auf die polnische Presse.

Im Jahre 1905 wurden in Russisch-Polen 28 Mill. Exemplare Zeitungen durch die Post an die Abonnenten versandt, 1906 waren es bloß 22 Mill. Exemplare, Anfang 1907 trat vorübergehend ein Aufschwung ein, seitdem aber nahm die Zahl der Exemplare mit je 200,000 im Monat ab.

Im Jahre 1907 stellten in Warschau allein 55 Preßorgane aus „unabhängigen Gründen“ ihr Erscheinen ein, darunter 13 nach Erscheinen der ersten Nummer. Von 185 Warschauer Preßorganen mußten mehr als die Hälfte ihren Namen ändern und vorübergehend ihr Erscheinen einstellen.

Partei-Angelegenheiten.

Von den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für den 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Leipzig-Land), einer der größten sozialdemokratischen Vereine Deutschlands, zählte am Jahresschlusse 22,251 Mitglieder, gegen 20,468 am 1. 7. v. J. Die Vereinshauptkasse vereinnahmte im 2. Halbjahr 1907 an Mitgliedsbeiträgen 25,687 Mk. Einschließlich eines Kassenbestandes von 6831 Mk. und sonstiger Einnahmen war eine Gesamteinnahmesumme von 33,077 Mk. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 28,745 Mk. gegenübersteht. An das Agitationskomitee wurden 7250 Mk., an den Parteivorstand 12,000 Mk. abgeliefert. 228 öffentliche Versammlungen wurden im 2. Halbjahr 1907 abgehalten. Für Neuanschaffungen in den Bibliotheken der Ortsvereine wurden 3589 Mk. ausgegeben, für die „Gleichheit“, die den weiblichen Mitgliedern gratis geliefert wird, 2834 Mk. Seit dem 1. Juli v. J. ist für den Kreis ein Parteisekretär angestellt. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. Januar.

Geschichtskalender.

24. Januar.

1679 Der Philosoph Christian Frh. v. Wolf in Breslau *.
1712 Der französische Dramatiker Caron de Beaumarchais *.
1776 Der romantische Schriftsteller Ernst Theodor Amadus Hoffmann *.
1798 Der Dichter Karl von Holtei in Breslau *.
1883 Der Opernkomponist Friedrich v. Flotow in Darmstadt *.

Nichtamtlicher Blödsinn.

Zur Wahlrechtsfrage nehmen auch die sogenannten Kreisblätter Stellung. In welcher Weise dies geschieht, darüber geben wir zum Ergötzen unserer Leser einen Auszug aus einem Artikel im „nichtamtlichen“ Teile des Neumarkter Kreisblättchens hier wieder. Es heißt dort:

Wer sich fürderhin noch über das wahre Wesen und den echten Kern der sozialdemokratischen Bewegung Täuschungen hingibt, der ist entweder von Gott mit ewiger Blindheit geschlagen oder ein infamer Heuchler. Wie mit Riesenlettern steht über den Demonstrationen vom 12. Januar geschrieben: Das Wesen der Sozialdemokratie ist gemeine, brutale Gewalt, Terrorismus, Aufruhr, Empörung, Revolution. In prägnanten Zügen hat der preußische Minister des Innern, von Moltke, im Abgeordnetenhause soeben ein wahrheitsgetreues und lebensvolles Bild der Berliner Vorgänge vom letzten Sonntag entworfen. Wir entnehmen daraus, daß die Sozialdemokratie planmäßig und verabredeterweise Verkehrsstörungen und Tumulte inszeniert (!) hat, die notwendig zu einem Eingreifen der Staatsgewalt und zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei führen mußten. Es wurden Schutzleute mit Steinen beworfen und geschlagen, es fielen Schüsse aus der Menge, ein Omnibuskutscher, also doch auch ein Proletarier im Sinne des „Vorwärts“, wurde, weil er pflichtmäßig seine Fahrt fortsetzen wollte, fast zu Tode gemißhandelt, (!) kurz, es sind alle Merkmale einer echten und unverfälschten Revolte gegeben.

Und solche Leute, die auch nicht einmal den elementarsten Anforderungen genügen, die man an einen Kulturmenschen billigerweise stellen darf, verlangen eine Erweiterung ihrer staatsbürgerlichen Rechte! In der Tat, die Wahrheit des Kröcherschen Wortes, daß die Sozialdemokratie sich nur zum Objekte, aber nicht zum Subjekte der Gesetzgebung eigne, ist wohl niemals lebhafter empfunden worden als gerade im gegenwärtigen Augenblicke. Für derartige Elemente ist der Anteil, den sie bisher schon unter dem Dreiklassenwahlrecht an der Gesetzgebung ausübten, **noch viel zu hoch bemessen.** Eine Regierung, die angesichts der Sprache, die das Vorgehen der Sozialdemokratie am vorigen Sonntag zu uns redet, an eine Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf das preußische Abgeordnetenhaus denken wollte, verdiente wirklich, um mit Herrn von Manteuffel zu sprechen, in den Anklagezustand versetzt zu werden.

Aber auch nach einer anderen Seite hin gilt die Mahnung des Lernens. Sieht denn die noch im Banne der Sozialdemokratie liegende Arbeiterschaft an den Berliner Vorgängen nicht von neuem, daß die sozialdemokratische Leitung sie nur als Kanonenfutter benutzte. Die betörten und verführten Arbeiter müssen auf die Straße steigen und ihre Haut zu Markte tragen, die Hetzapostel aber bleiben wohlweislich zu Hause und lachen sich ins Fäustchen. Deutsche Arbeiter, laßt Euch warnen! Minister von Moltke hat im Namen der Staatsregierung erklärt: „Wir sind fest entschlossen, jedem Versuch, den Verkehr, die Ruhe und Ordnung auf den Straßen ferner zu stören, mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten.“ Wer also den revolutionären Hetzern, die nach der Ankündigung des „Vorwärts“

Jack.

Roman von Alphonse Daudet.

Einzig autorisierte Uebersetzung.

44] (Nachdruck verboten.)

Es war d'Argenton, der mit Charlotte heimkehrte. Sie wollten ursprünglich nicht vor Nacht zurückkommen, aber die Furcht vor dem Gewitter, welchem sie bei großer Eile noch hofften entfliehen zu können, hatte ihre Rückkehr beschleunigt. Sie hatten den vollen Regen abbekommen, und der Dichter war in besonders wütender Laune, da er einen Schnupfen befürchtete.

„Schnell, schnell, Lolotte, Feuer in den Saal!“

„Ja, mein Freund.“

Aber während sie sich schüttelten und trieften, während man auf den Steinplatten der Vorhalle die Regenschirme ganz weit aufspannte, bemerkte d'Argenton mit Entsetzen eine schreckliche Menge aufgeschichteter Strohhüte.

„Was ist das?“ fragte er.

Oh, wenn Jack mit seinem fremden Gaste und der gedeckten Tafel hundert Fuß unter die Erde hätte verschwinden können! Doch dazu hätte er in keinem Fall die Zeit gehabt; denn der Dichter trat sofort ein, ließ sein kaltes Auge über den Saal gleiten und begriff alles. Das Kind stammelte einige Worte der Entschuldigung, der Aufklärung; aber der andere hörte ihn nicht:

„Charlotte, schnell, sieh doch mal! Du hattest mir nicht gesagt, daß Herr Jack heute Besuch hat. Der Herr empfängt, der Herr traktiert seine Freunde.“

„Oh, Jack, Jack!“ sagte die Mutter mit vorwurfsvollem Tone.

„Schelten Sie ihn nicht, gnädige Frau“, sagte Belisar schüchtern. „Ich bin es, der.....“

D'Argenton öffnete wütend die Tür und wies sie dem Unglücklichen mit stolzer Handbewegung:

„Ihr da werdet zunächst gefälligst schweigen und Euch möglichst schnell von dannen trollen, Ihr Landstreicher. Wenn nicht werde ich Euch einsperren und Euch lehren, wie man sich in Häuser einführt.“

Belisar, den sein Hausierergewerbe an jede Demütigung gewöhnt hatte, erhob keinen Einspruch, packte seinen Korb sehr schnell ein, warf einen traurigen Blick auf die triefenden Scheiben, einen zweiten Blick voll Erkenntlichkeit auf den kleinen Jack, neigte sich seitwärts, war unterwürfig, sehr unterwürfig zu grüßen, und bewahrte diese gebeugte Haltung auch, während er die Schwelle überschritt, welche von dem rückprallenden Regen, der auf den Panamahüten wie Hagelschauer prasselte, ganz bespritzt war. Selbst draußen dachte er nicht daran, sich gerade aufzurichten. Man sah, wie er davon ging, den Rücken allen Grausamkeiten des Schicksals, aller Wut der Elemente entgegenstreckte, und mit kläglicher Stimme begann er maschinenmäßig unter dem Platzregen zu rufen:

„Hüte, Hüte, Hüte!“

In dem Saale herrschte einen Augenblick Schweigen, während die Frau des Waldhüters in dem weit hervorspringenden Kamine ein Reisigfeuer anzündete, während Charlotte auf Mittel sann, um die Kleider des Dichters zu trocknen, und letzterer in Hemdsärmeln, feierlich, würdevoll, von dumpfem Zorn ergriffen, auf und ab ging.

Plötzlich bemerkte er, als er an dem Tisch vorbeikam, den Schinken, seinen Schinken, in welchen das von wütigem Appetit geführte Messer des Hausierers tiefe Einschnitte, klaffende Löcher gemacht hatte, nicht unähnlich jenen Höhlen, welche das Meer zur Flutzeit auswühlt, und deren Ende man nie kennt.

Er erblaßte.

Bedenkt, daß dieser Schinken ebenso wie der Wein des Dichters, seine Senfbüchse und sein Mineralwasser nicht berührt werden durfte.

„Oh, oh, das hatte ich ja gar nicht gesehen. Das war ja ein echtes Festgelage. Hm! Sogar der Schinken?“

„Sie haben den Schinken angerührt?“ fragte Charlotte, indem sie sich unwillig hoch richtete, ganz bestürzt von solcher Kühnheit.

Die Frau des Waldhüters versicherte:

„Na, ich hab's gleich gesagt, daß der Herr schelten würde, wenn man ein so schönes Stück Schweinefleisch diesem Zigeuner gäbe. Aber der Kleine weiß das noch nicht. Der ist noch so jung. Nicht wahr?“

Jack, der jetzt nicht mehr unter dem Ansporn seines Mitleides, unter dem Reiz dieses faltenreichen Lächelns stand — oh, dies gute, rührende Lächeln! — Jack war niedergeschlagen über seine verwegene Tat. Erregt, zitternd, stammelte er:

„Verzeihung!“

„Ja wohl, Verzeihung!“

Verwundet in seinem Stolz und seiner Völlerei, ließ d'Argenton alles, was er an Gereiztheit, Groll, Haß gegen dies Kind empfand, ungestüm überfluten und wurde zum geheimnisvollen Ankläger der Frau, die er ein wenig liebte, ohne sie sonderlich zu achten.

Er geriet, was bei ihm nur selten geschah, in einen heftigen Zorn, ergriff Jack am Arm, schüttelte diesen langen Körper des herangewachsenen Knaben und hob ihn in die Höhe, als wollte er ihm deutlich seine Schwäche zeigen.

„Warum hast Du Dich unterstanden, diesen Schinken anzurühren? Mit welchem Recht? Du wußtest sehr gut, daß er Dir nicht gehörte. Ueberhaupt gehört Dir hier nichts. Das Bett, in dem Du schläfst, das Brot, welches Du ißest, alles verdankst Du meiner Güte, meiner Barmherzigkeit. Und wahrhaftig, ich tue sehr unrecht daran, so barmherzig zu sein. Denn im Grunde genommen — kenne ich Dich denn? Wer bist Du? Woher stammst Du? Es gibt Augenblicke, in denen die frühzeitige Verderbtheit Deiner Naturtriebe mich über Deine Herkunft erschreckt...“

Auf einen Wink von Charlotte, die ihm schluchzend die schwarzen, horchenden, fragenden Augen der Mutter Archambauld zeigte, hielt er inne. Auf dem Lande hielt man sie für verheiratet; Jack galt für ein Kind aus erster Ehe der Frau d'Argenton.

Gezwungen, innezuhalten und eine Flut von Beleidigungen zu unterdrücken, die ihn erstickte, stieg d'Argenton erbittert, grotesk, ganz durchnäßt und rauchend wie ein Omnibuspferd, schnell in sein Zimmer hinauf, dessen Türen er heftig zuwarf. Jack blieb bestürzt zurück, gegenüber der Verzweiflung seiner Mutter, welche ihre schönen Arme rang und Gott noch einmal fragte, was sie getan habe, um ein solches Dasein zu verdienen. Das war der einzige Ausweg vor allen Verwickelungen des Lebens. Wie immer blieb die Frage ohne Antwort; aber man muß annehmen, daß sie wohl sehr schwere Fehler müsse begangen haben, für welche Gott sie dazu verdammt, die blinde und stumpfsinnig eingenommene Gattin eines solchen Wesens zu werden und zu bleiben.

Um die schon finstre Laune des Dichters vollends zu erbittern, gesellte sich zu der Langenweile und der Traurigkeit des Alleinseins auch noch die Krankheit. Wie alle Diejenigen, welche lange als Hungerleider gelebt, hatte d'Argenton einen schlechten Magen; überdies verweichlichte er, der zimperliche Zögling, sich noch gründlich, und in der großen Ruhe des Erlenhäuschens wurde ihm nichts leichter als das. Und welch' guter Vorwand, die Unfruchtbarkeit seines Hirns, sein langes Schlafen auf dem Divan, seine lähmende Gleichgiltigkeit zu erklären. Fortan wurde das berühmte „Er arbeitet... der Herr arbeitet durch „der Herr hat seinen Anfall“ ersetzt. Er taufte mit diesem Worte eine vorübergehende Unbehaglichkeit, die ihn nicht verhinderte, mehrmals des Tages in die Vorratskammer zu gehen, sich breite Rinden frischen Brotes abzuschneiden, sie dick mit Sahnenkäse zu bestreichen und mit vollen Backen darauf einzubauen. Abgesehen davon, hatte er alle Anzeichen eines Kranken: die geschwächte Haltung, die schlechte Laune, die fortwährenden Bedürfnisse.

(Fortsetzung folgt.)

sehr trauriges Handwerk fortsetzen wollen und werden, auch weiterhin williges Gehör leiht, der stürzt sich selber freiwillig ins Unglück. (Merkst Du was?) Und wofür? Für eine Forderung, deren utopischer Wahnwitz, Unerfüllbarkeit und zudem schreiendste Ungerechtigkeit bei einigem Nachdenken doch auch dem blödesten Hirn einleuchten muß. Die Verleihung des Wahlrechts an alle über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts würde für die gereiften Männer eine derartig ungeheuerliche Beeinträchtigung und Verkürzung ihres Wahlrechts bedeuten, wie sie bei dem für das preußische Abgeordnetenhaus zur Zeit geltenden Wahlsystem niemals bestanden hat und auch niemals eintreten kann. Also auch den Arbeitern sei es nochmals gesagt: Disciti moniti!

Nein, für so schlecht hätten wir uns selbst nicht einmal gehalten. Nur gut, daß der Kreisblatt-Redakteur in Neumarkt weit ab vom Schusse sitzt, sodaß er hoffentlich sein Leben und seine Weisheit über die Nöte unserer Zeit hinweg wird retten können, und daß er so dem Junkerstaate als getreuer Knecht erhalten bleibt. Freilich haben wir bisher noch nie so prägnanten Blödsinn zu lesen bekommen, daß „für derartige Elemente" der Anteil an der Gesetzgebung unter dem Dreiklassen-Wahlrechte noch viel zu hoch bemessen sei, denn „die Elemente" haben überhaupt keinen Einfluß und keinen Anteil. Aber sonst hat sich der Herr Redakteur in die Gedankengänge der Moltke und Manteuffel ganz gut hineingearbeitet, und wenn er weiter so fortfährt, kann er zu seinem Piepmatz im Kopfe auch noch einmal einen solchen ins Knopfloch bekommen. Unsere Leser sehen aber wieder einmal, auf welcher geistigen Stufe die Handlanger stehen, die von den verschiedenen Regierungsstellen gehalten und besoldet werden, um zwar nicht in „amtlicher" sondern in „nicht amtlicher" Eigenschaft durch allerlei Hintertüren „Aufklärung" ins Volk zu tragen.

---

* **Brandstiftungen durch Kinder.** Das Jahrbuch für die öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten in Deutschland enthält eine Karte mit Darstellung der mittleren Anzahl von Bränden, die in Deutschland während der fünfzehn Jahre von 1887 bis 1901 durch fahrlässiges Umgehen der Kinder mit Streichhölzern entstanden sind. Die Karte gewährt zugleich ein Bild der deutschen Volkskultur. Im allgemeinen nimmt die Zahl dieser Brandstiftungen durch fahrlässiges Umgehen der Kinder mit Streichhölzern in Deutschland von Ost nach West ab. Die stärkste Anzahl solcher Brandfälle, nämlich etwas über 75 auf je tausend Millionen Mark Versicherungssumme hat die Provinz Westpreußen. Dann kommen die beiden Provinzen Posen und Ostpreußen mit 71 und 69 Brandfällen, also immer noch sehr hoch. Ihnen nahe stehen Pommern und Schlesien mit 43 und 39 derartigen Brandfällen. Schlesien ist halb Großgrundbesitz, halb Bauerngutsbesitz. Die anderen vier Provinzen aber sind ganz besonders die Gegenden des Großgrundbesitzes. Die Herzogtümer Sachsen-Koburg-Gotha und Sachsen-Meiningen haben 39, Schleswig-Holstein 37, Lippe-Detmold 35, die Provinz Sachsen mit Schwarzburg und Reuß nur 35 solcher Brandfälle. In der Mitte dieser Statistik stehen Bayern mit 34, Baden mit 72, Waldeck-Pyrmont mit 31 und Anhalt mit 30; dann kommen in absteigender Linie weiter Hannover 29, Brandenburg 28 (hier fällt Berlin sehr ins Gewicht), Sachsen-Altenburg 26, Großherzogtum Hessen 25, Westfalen 24, Hessen-Nassau 22, Mecklenburg (auch ein Land des Großgrundbesitzes) 22, Hamburg 22, Königreich Sachsen 21, Braunschweig 20, Hohenzollern 19, Lübeck 18, Sachsen-Weimar 16, Oldenburg 15; am günstigsten ist Rheinland mit 12 solcher Brandstiftungen durch Kinder. Württemberg hat keine Angabe geliefert, und Elsaß-Lothringen ist das einzige Land, welches keine öffentliche Feuerversicherung besitzt.

Also auch hier gilt der Grundsatz: je höher die Volkskultur, um so geringer die Zahl dieser Unglücksfälle.

* **Die Bewegung im Barbiergewerbe.** Seit geraumer Zeit suchen die organisierte Gehilfenschaft und die Freie Vereinigung der Geschäftsinhaber das in Breslau darniederliegende Gewerbe zu heben, sie werden jedoch einerseits vom Innungsvorstand, andererseits von der interesselosen Gehilfenschaft, die mit dem Innungsvorstand eine Seele und ein Gedanke ist, in dem Vorwärtsstreben gehindert.

Insbesondere ist der Verband, der als sozialdemokratisch verschrien ist, den man unter keiner Bedingung aufkommen läßt, selbst wenn sein Vorgehen als für den Beruf als vorteilhaft angesehen wird. Der Ehrgeiz des Innungsvorstandes läßt es nicht zu, daß andere Beschlüsse als die von der Innung gefaßten bei den Behörden genehmigt werden sollen. Um die ganze Sachlage einmal der Oeffentlichkeit vor Augen zu führen, fand am Dienstag im „Pariser Garten" eine gemeinschaftliche Versammlung von Gehilfen und Meistern statt, in der Kollege Frenzel die Preiserhöhung im Barbiergewerbe sowie die Antwort des Regierungspräsidenten betreffend die Feiertagsruhe eingehend besprach. Durch schweren Kampf sei es den organisierten Gehilfen gelungen, die erbärmlichen Löhne ein klein wenig aufzubessern, aber durch die vor Jahren eingeführte Preiserhöhung für Barbieren usw. wird diese kleine Lohnsteigerung ganz illusorisch gemacht, so daß man sagen könne, die Preiserhöhung sei auf Kosten der Gehilfen erfolgt, denn was sie an Lohn mehr, haben sie an Trinkgeldern weniger. Niemand habe etwas dagegen, wenn die Chefs ihre Lage verbessern wollen, alles steigt im Preise, warum sollen da auch die Friseure und Barbiere beim alten Preise bleiben? Doch auch die Gehilfen wollen ihren Teil dabei haben. Bei dem Bemühen, im Berufe vorwärts zu kommen, trete der Innungsvorstand aber immer hindernd dazwischen. Bezüglich der seit Jahren wieder von den Organisierten gestellten Forderung der Freigabe des zweiten Feiertags übte Frenzel eine herbe Kritik an dem Verhalten des Obermeisters Herrn Müller. Herr Müller sei ein alter Mann, der sich in die heutige Zeit nicht mehr hineinversetzen kann und der nur das für gut und vorteilhaft hält, was er selbst erdenkt. Es sei an der Zeit, daß in den Breslauer Vorstand der Barbierinnung anderes Blut hineinkomme, das mit dem Zeitgeist gleichen Schritt hält und mit anderen Städten wetteifert, auf der Höhe der Zeit zu stehen.

Bei Herrn Müller ist es aber noch etwas anderes, was die Kritik herausfordert, das ist sein glühender Haß gegen alles, was er für sozialdemokratisch hält. Bei den Behörden steht er in Ansehen und darauf stützt er sich. Jetzt sind auch die Meister, die es gewagt, eine freie Vereinigung zu gründen, Sozialdemokraten, weil sie das Vorgehen der organisierten Gehilfen billigen und mit ihnen Hand in Hand gehen.

In einer öffentlichen Versammlung hat Herr Müller erklärt: „Ich stehe der Ruhe am zweiten Feiertag sympathisch gegenüber, doch gegenwärtig können wir es noch nicht erreichen, wenn Sie (zu den Meistern gewendet) die Zweidrittelmehrheit aller haben, dann werde ich der erste sein, der dafür eintritt." Dieses Wort hat Herr Müller gebrochen. Die Zweidrittelmehrheit ist vorhanden, es haben sich 310 Geschäftsinhaber für den zweiten Tag erklärt, aber Herr Müller will davon nichts wissen. Sie haben ihn nicht untertänigst gebeten, das Gesuch zu befürworten. Trotz alledem werde das Ziel erreicht werden, wenn nur die Gehilfenschaft sich geschlossen dem Verbande anschließt. Der Altgeselle, Herr Scholz, suchte das Verhalten des Innungsvorstandes zu rechtfertigen, tat dies jedoch in einer Weise, daß selbst seine Freunde darüber empört waren. Von zwei Prinzipalen, Herren Dörfer und Umlauf, wurde zugegeben, daß das Vorgehen des Gehilfen-Verbandes durchaus geeignet sei, den Beruf vorwärts zu bringen; es müsse in dieser Hinsicht etwas geschehen, denn auf die Innung sei kein Verlaß.

Die Versammlung nahm zwei Resolutionen an, die eine richtet sich an die Obermeister der Barbier- und Friseur-Innungen, und bringt zum Ausdruck, daß die Versammlung das rückschrittliche Verhalten in Sachen des Geschäftsschlusses am zweiten Feiertag aufs schärfste verurteilt. Herr Müller verhöhne die Majorität seiner Kollegen.

Was die Gehilfen von der Freundlichkeit des Obermeisters zu erwarten haben, gehe aus seinem Verhalten deutlich hervor. Die zweite Resolution geht an den Regierungspräsidenten. Unter Bezugnahme auf den § 41 der Gewerbeordnung wird er ersucht, trotz des Einspruchs der beiden Obermeister der hiesigen Barbier- und Friseur-Innungen, dem Antrage der Majorität gerecht zu werden und den Schluß der Geschäfte auf den zweiten Feiertag an den drei hohen Festen anzuordnen. Die Versammlung dauerte bis spät in die Nacht hinein.

* **Aus einer Verhandlung des Breslauer Jugend-Gerichtshofes** weiß die „Schlesische Zeitung" folgende Szene zu berichten, die, wenn sie richtig wiedergegeben ist, uns nur zur schärfsten Verurteilung des angeklagten Fortbildungsschülers veranlassen könnte. Der Bericht lautet folgendermaßen:

Bezeichnend war das Auftreten eines hiesigen siebzehnjährigen Fortbildungsschülers seinem Lehrer gegenüber. Er hatte schon wiederholt die Schule geschwänzt und deshalb schließlich ein Strafmandat in Höhe von 10 Mk. erhalten. Zum nächsten Fortbildungsunterricht war er aber trotzdem auch nicht rechtzeitig erschienen, und bald beim Betreten der Klasse ging er auf den Lehrer zu und machte ihm Vorhaltungen über die erfolgte Bestrafung. „Sie ist ganz zu Recht geschehen," entgegnete jener, indem er gleichzeitig den Burschen zur Ruhe ermahnte und auf seinen Platz verwies, und bei der dringenden Aufforderung, in Zukunft pünktlich und regelmäßig zu kommen, meinte der Schüler zum Lehrer: „Was ich hier bei Ihnen höre, lese ich besser in der „Breslauer Volkswacht". Der Gerichtshof war ganz entsetzt von dieser Schilderung des Verhaltens des Angeschuldigten, der gegen das Strafmandat Einspruch erhoben hatte und deshalb vor Gericht stand. Die Frage des Vorsitzenden, ob er denn auch schon der sozialdemokratischen Partei angehöre, hatte er unbeantwortet gelassen. Da mag es freilich schwer gewesen sein, mit Milde an die Entscheidung herangugehen, aber der Strafbefehl wurde dennoch aufgehoben und eine Geldstrafe von 6 Mark für ausreichend erachtet.

Unser Berichterstatter ist leider bei dieser Verhandlung im Gerichtsraum nicht anwesend gewesen und wir können deshalb aus eigener Wissenschaft weder die Richtigkeit dieses Berichts nachprüfen, noch durch Namens und Berufsfeststellung kontrollieren, ob der naseweise Jüngling überhaupt in irgend einer näheren Beziehung zur Arbeiterbewegung oder zum Arbeiterblatt steht. Wahrscheinlich ist das nicht, denn sonst könnte er nicht den Unsinn schwatzen, daß er beim Lehrer in der Schule ähnliches hört, wie in der „Volkswacht". Er würde aber ferner nicht mit einer solchen Frechheit aufgetreten sein, denn in der „Volkswacht" ist seit ihrem Bestehen stets die Nützlichkeit der Fortbildungsschule und Bescheidenheit gegenüber den Lehrern gepredigt worden. Der Bursche mag sich also gesagt sein lassen, daß er für seine Ungezogenheit bei uns nichts anderes als einen Verweis erhalten kann, dem er auch nicht entgehen soll, wenn seine Persönlichkeit ermittelt wird. Daß ein Fortbildungsschüler Mitglied unserer Partei sei, ist schon nach den bestehenden Gesetzen ganz unmöglich. Jugendliche Leser unseres Blattes aber mögen sich diese unsere Meinung merken!

* **Fürst Hatzfeldt,** Reichstagsabgeordneter für Breslau-Ost hat sich in der Reichstagskommission für Beratung des Vereins-Gesetzentwurfs dagegen erklärt, daß der Entwurf an den Landarbeiter ein Koalitionsrecht gewähre. Von einem reichsparteilichen Abgeordneten ist eine andere als arbeiterfeindliche Haltung nicht zu erwarten.

* **Einwandfreies Flußwasser.** Die Verwaltung des städtischen Wasserwerks macht folgende erfreuliche Nachricht bekannt: Nachdem nunmehr sämtliche neuen Filter in Betrieb genommen sind, ist das Leitungswasser wieder von einer solchen Beschaffenheit, daß es mit Bezug auf die vom Reichsgesundheitsamt erlassenen Bestimmungen über die Filtration von Flußwasser als hygienisch einwandfrei bezeichnet werden kann.

Das Leitungswasser kann im Hauswirtschaftsbetriebe daher wieder in rohem Zustande verwendet werden. — Ach, wenn es doch immer so bliebe!

* **Solisten-Konzert.** Das für Sonntag, den 26. d. M., im Gewerkschaftshause vom Sozialdemokratischen Verein arrangierte Volks-Konzert wird allen Besuchern einen recht hohen musikalischen Genuß bieten. Da in demselben mehrere Solisten auftreten, verspricht derselbe besonders gut zu werden. Eine Anzahl von Programmen ist noch in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Der Anfang des Konzerts ist auf 3½ Uhr festgesetzt.

Stadt-Theater.

„Siegfried".

Vor nur mäßig besuchtem Hause — der Orchesterverein hatte an demselben Abend ein verlockendes Programm — fand am Mittwoch eine fast durchweg sehr gelungene Aufführung des „Siegfried" statt. Einige Neubesetzungen verliehen der Vorstellung einen eigenen Reiz. Vor allem mußte es interessieren, wie sich Herr Schauer mit dem Alberich abfinden würde. Sein profunder Baß hatte am letzten Sonntag eine so einschmeichelnde Weichheit, daß man dem Künstler am liebsten abraten möchte, von Experimenten abzustehen. Wenn ihm auch heute alles nach Wunsch geglückt ist, manches sogar mit überraschender Schärfe herauskam, so dürfte doch das Organ auf die Dauer solchen Exzessen nicht ausgesetzt werden können. Es mag etwas sehr Schönes sein, den Ruf zu genießen, ein universeller Künstler zu sein, aber die Spezialisten sind darum nicht weniger angesehen. Davon, daß Herr Schauer am Donnerstag und Freitag wiederum zwei heterogene Partien zu singen hat, soll dabei gar nicht die Rede sein. — Weniger befriedigt war ich von dem Fafner des Herrn Wittekopf. Es gelang dem Künstler nicht durchweg, sich vermittels des Sprachrohres verständlich zu machen, auch klang die Stimme mitunter recht schwach. — Ganz reizend und voller Frische mit glockenreiner Intonation zwitscherte Fräulein Weiß den Waldvogel. Bei den Wiederholungen wird Fräulein Weiß auf die Deutlichkeit der Textaussprache mehr Wert legen müssen. Vorzüglich disponiert war Frau Rabl-Krieten, die als Brünhilde alle ihre künstlerischen und intellektuellen Qualitäten ins Treffen führte und so ihrer einzigen großen Szene einen langandauernden Sturm von Beifall sicherte, an dem freilich ihr Partner Herr Trostorff seinen vollgemessenen Anteil hatte. Der Begabte wurde speziell nach dem ersten und zweiten Akt lebhaft und sehr oft gerufen. Die anderen Leistungen der Herren Beeg, Lücke und des Fräulein Scherschefsky sind schon oft gewürdigt worden. Das Orchester unter Herrn Prümer leistete Hervorragendes; nur der Hornbläser schien einen hoffentlich vorübergehenden „Blasenkatarrh" zu haben. H. M.

Breslauer Schauspielhaus.

„Der Opernball",

Operette von Viktor Léon und H. von Waldberg.

Wir haben diese Operette schon einmal besprochen, ohne uns zu verhehlen, daß sie z. B. mit dem im Lobe-Theater gespielten „Walzertraum" nicht in Konkurrenz treten kann; doch darauf kommt es ja heute nicht an. Es war uns diesmal darum zu tun, den neuen Gast, Robert Hesse vom Neuen Operetten-Theater in Hamburg zu hören, der den Paul Aubier im „Opernball" zu spielen hatte. Herr Hesse spielte den charmanten Ehemann seiner Frau Angele, die ihn und der sie betrügt, mit viel Grandezza. Freilich, gewisse Bewegungen des neuen Gastes können ein wenig „Oberwasser" in uns erzeugen, aber da wir ihn nun einmal als Ganzes nehmen müssen und das Publikum anscheinend viel Gefallen an ihm fand, so hüllen wir uns in ehrfürchtiges Schweigen und spenden ihm dasselbe Lob. Uebrigens gehört das Neue Operetten-Theater in Hamburg keineswegs zu den besseren Theatern. R.

Aus aller Welt.

Hitze, Dürre und Brände in Australien. In letzter Zeit herrschen im südöstlichen Australien ungewöhnliche Hitze und Trockenheit. In Viktoria kommen viele Todesfälle infolge Hitzschlages vor. Die Hitze ist dort auf eine bis jetzt unerreichte Höhe gestiegen. In allen Teilen Viktorias sind infolge ausgedehnter Wald- und Grasbrände große Verluste an Schafen vorgekommen. Viele Siedelungen, verschiedene Postämter, Kirchen und andere öffentliche Bauten sind zerstört, mehrere Landstädte sind in Gefahr. Am Ederhope-Distrikt wütet ein Waldbrand in einer Längenausdehnung von 40 englischen Meilen. Dazu ist im Südosten eine ganz unerhörte Heuschreckenplage aufgetreten. Ganz abgesehen von dem Schaden, der dadurch der Landwirtschaft entsteht, führen diese unabsehbaren Schwärme häufige Verkehrsstörungen herbei, da sie oft das Bahngleis fußtief bedecken und die Züge zum Stillstand bringen.

Ein flüchtiger Gemeindehirt. Der Pastor Jaack aus Neukirchen im Fürstentum Lübeck ist mit seiner Frau flüchtig, vermutlich hat sich das Paar nach Amerika gewandt. Die Ursache der Flucht ist in Schulden zu suchen.

Ein aufgeregter Bräutigam. Der Verlobte der Miß Vanderbilt, der ungarische Graf Szeadny gab dem Photographen Edmund Reilly, der den Versuch machte, ihn zu photographieren, Stockprügel. Auf Antrag des Photographen wurde der Graf vor Gericht geladen, erschien aber nicht. Der Photograph zog dann seinen Strafantrag zurück.

Bei 30,000 Mark Vermögen freiwillig verhungert! Freiwillig ist dieser Tage in Frankenhausen am Kyffhäuser ein allerstehendes Fräulein namens Krause verhungert. Nach amtlichen Feststellungen verfügte Fräulein Krause über ein Barvermögen von 30,000 Mark, das, mangels Erben, dem Staate zufallen dürfte.

20,000 Mark gestohlen. Gerüchte von einem großen Betrug kursierten seit Weihnachten in Potsdam. Diese Gerüchte haben Dienstag durch die Vernehmung und das Geständnis zweier Frauen eine Bestätigung erfahren. Der Hoftraiteur Fernau, Besitzer des Restaurants Olenicke, stellte vor einiger Zeit fest, daß ihm 20,000 Mark in Wertpapieren abhanden gekommen seien. Als der Tat dringend verdächtig erschienen die Geschwister Eicke, zwei Schneiderinnen, die im Hause Fernaus gearbeitet haben und volles Vertrauen genossen. Sie sind beide verheiratet und fielen seit einiger Zeit durch ihren Aufwand auf. Bei ihrer Vernehmung legten sie ein Geständ-

Raubanfall im Juwelierladen. In den Juwelierladen von Markwald am Steindamm kam Mittwoch in Hamburg ein gut gekleideter Mann und erklärte einen Brillantring kaufen zu wollen. Nach längerem Suchen teilte er der allein im Laden anwesenden Frau mit, daß er sich noch nicht entschließen könne und wiederkommen wolle. Donnerstag Nachmittag kam M. und erklärte der Frau, einen Ring, welcher sich im Schaufenster befand, kaufen zu wollen. Als die Frau das Fenster öffnen wollte, um den bezeichneten Ring herauszuholen, erhielt sie von dem jungen Mann mit einem Instrument einige Schläge auf den Kopf, so daß das Blut floß. Auf das Geschrei der Ueberfallenen sammelte sich auf der Straße eine große Menge von Passanten an, die den Attentäter, als er aus dem Laden kam und flüchtete, verfolgten und einem Schutzmann übergaben, der den Attentäter verhaftete. Hierauf zog der Attentäter einen Revolver und gab mehrere Schüsse ab, die aber fehlgingen. Die Frau des Juweliers ist schwer verletzt. Auch der Attentäter ist verwundet worden, angeblich durch Messerstiche, welche die Tochter der überfallenen Frau ihm beigebracht hat.

Die Eisenbahnkatastrophe in Italien. Wie es möglich war, daß von den Kabinen, die die Bewegung der Züge leiten sollten, falsche Signale gegeben wurden, ist völlig unbegreiflich. Es scheint, daß die Signalapparate nicht funktionierten, oder daß die Beamten den Kopf verloren. Der schuldige Kabinenbeamte ist entflohen. Ebenso merkwürdig ist, daß der zum Halten beorderte Personenzug, der doch von der bevorstehenden Ankunft des römischen Schnellzuges wußte, diesen nicht durch Feuersignale oder Petarden warnte. Dasselbe gilt, nachdem der erste Zusammenstoß geschehen war, auch für den Zug von Rovi, der völlig ahnungslos in die das Gleis bedeckenden Trümmer hineinfuhr. Allerdings war der Nebel so dicht, daß der Führer des letzten Zuges die Signale vielleicht gar nicht bemerkte.

Nach dem Zusammenstoß brach ein Brand aus, der bereits mehrere Wagen ergriffen hatte. Zum Glück eilten aus dem benachbarten geistlichen Erziehungsinstitute die Mönche mit ihren Zöglingen herbei, die bei Fackelschein die erste Hilfe brachten. Namentlich der Vorsteher des Instituts, Don Grigolli, ein herkulisch gebauter Mann, stieg mitten unter die Trümmerhaufen des Zuges und zog mit großer Kraftanstrengung eine Reihe Opfer hervor.

Das erste Opfer, das der Pater birgt, ist der Leichnam einer jungen Frau, die keinerlei Verletzungen zeigt und zu schlafen scheint. Die anderen Toten sind entsetzlich zugerichtet. Einer jungen Amme ist der Schädel zerschmettert, daneben liegt der Säugling, gleichfalls tot. Aus dem Halse sickert ein dünner Blutstreifen heraus. Dann findet man zwei tote Mädchen, die sich im Todeskampfe eng umschlungen halten. Das Schrecklichste sind die einzelnen abgerissenen Gliedmaßen, Arme, Hände und Beine, die man bei den Rettungsarbeiten findet, ohne daß man weiß, zu welchem Rumpfe sie gehören.

* **Ueber einen Preßprozeß** schreibt man uns: Wie groß die Vorsicht eines Redakteurs einer Arbeiterzeitung bei der Aufnahme von Berichten über gewisse Vorfälle sein muß, und mit welcher geradezu unglaublichen Frechheit mancher Mensch ausgerüstet sein kann, bewies eine Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht. Angeklagt war der Redakteur der Schmiedezeitung, Genosse K. Schmidt aus Hamburg, wegen Beleidigung des Schmiedemeisters Greiner von hier. Die Beleidigung soll in einem Artikel der Schmiedezeitung enthalten sein. Der Schmiedegeselle Paul Schmiedel, auf dessen Aussage hin seinerzeit der betreffende Artikel abgefaßt worden war, bekundete vor Gericht, daß er bei Greiner gearbeitet und von diesem bald wieder entlassen worden sei. Er sei dann zur Verbandsleitung gegangen und habe diese „verkohlt", d. h. einen Vorgang erzählt, der vollständig aus der Luft gegriffen war. Der Verbandsleitung gegenüber hatte Schmiedel diese Behauptungen auch aufrecht erhalten, als er auf seine eventuelle Zeugenpflicht vor Gericht hingewiesen worden war. Da Greiner im übrigen der Verbandsleitung nicht als Arbeiterfreund bekannt war, wurden die Aussagen Schmiedels für wahr gehalten und so entstand jener Artikel. Bei der Verhandlung stellte sich nun heraus, daß Schmiedel den Schild der Arbeiterschaft durch elende Lügen mit Schmutz besudelt hatte. Da der Kläger zu einer Einigung nicht bereit war, wurde Genosse Schmidt zu 50 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt; dem Kläger wurde außerdem Publikationsbefugnis zugesprochen.

Unter den vorliegenden Verhältnissen erscheint uns dieses Strafmaß viel zu hoch. Das Urteil würde von uns verstanden werden, wenn an Stelle Schmidt's der Zeuge Schmiedel der Angeklagte gewesen wäre. Der Fall beweist aber auch, daß ein Redakteur bei der größten Vorsicht und Gewissenhaftigkeit strafrechtlichen Verfolgungen preisgegeben ist und braucht sich deshalb auch niemand wundern, wenn ein Redakteur allen an ihn gelangenden Mitteilungen mit Mißtrauen begegnet.

* **Die Pensionsversicherung der Privatangestellten.** Die kaufmännischen und technischen Angestellten sind jetzt nur invalidenversicherungspflichtig, soweit ihr Gehalt nicht 2000 Mark übersteigt. Die Privatangestellten verlangen nun, daß diese Grenze beseitigt wird und daß an Stelle der jetzigen kümmerlichen Leistungen des Invalidenversicherungsgesetzes eine angemessene [illegible], Invaliden-, Witwen- und Waisenfürsorge geschaffen wird. Ueber die Durchführung dieser Wünsche herrschen in den Kreisen der Angestellten Meinungsverschiedenheiten. Die einen wollen den Ausbaudes Invalidenversicherungsgesetzes, damit erstens die Verbesserungen allen Kreisen der erwerbstätigen Bevölkerung zu gute kommen, zweitens aber auch, weil die Begriffe „Arbeiter" und „Angestellte" gar nicht genau abzugrenzen sind. Von diesem Standpunkt aus gehen der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen, der Zentralverein der Bureauangestellten, der Verband der Lagerhalter — die alle drei der Generalkommission angeschlossen sind — und einige bürgerliche Verbände. Eine andere Gruppe bürgerlicher Angestelltenverbände wollen die Schaffung einer Sonderklasse für die Angestellten, weil sie den Arbeitern eine Verbesserung der Alters- und Invalidenversicherung mißgönnen. Diese Angestellten besorgen damit die Geschäfte der bürgerlichen Parteien, die einen Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes zu hintertreiben suchen. Die Regierung hat offiziös den Gedanken verlauten lassen, die Angestellten wie bisher in der Invalidenversicherung zu belassen und für sie daneben eine besondere Zuschußversicherung zu schaffen.

Die Arbeiter treten selbstverständlich auch für die Wünsche der Angestellten ein, nur sind sie nicht für eine Zersplitterung der staatlichen Versicherung, sondern für den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes durch höhere Leistungen und höhere Lohnklassen. Sollten die bürgerlichen Parteien und die Regierung wirklich glauben, daß sie durch Schaffung einer Sonderklasse für Angestellte die Arbeiter um eine Verbesserung der Invalidenversicherung prellen können, so befinden sie sich in einem großen Irrtum. Die Arbeiter werden dann alle Kräfte aufbieten, um das zu erreichen, was man ihnen verweigert.

* **Die Regierung und der neue „Mittelstand".** Die kaufmännischen und technischen Angestellten erfreuen sich seit der letzten Reichstagswahl scheinbar — aber nur scheinbar — der besonderen Aufmerksamkeit der Reichsregierung. Durch Audienzen von Vertretern der Angestellten, durch unverbindliche Redensarten glaubt die Regierung den „neuen Mittelstand" beschwichtigen zu können. Aber sie läßt auf ihre schönen Worte keine Taten folgen, wie sich das bei der Novelle zur Gewerbeordnung zeigt. Dieses Flickwerk bringt weder den technischen noch den kaufmännischen Angestellten die Verwirklichung ihrer Forderungen hinsichtlich des Arbeitsvertrages. Den technischen Angestellten verspricht der vorliegende Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung nur hinsichtlich der Konkurrenzklausel und der Gehaltszahlung im Krankheitsfalle einige geringfügige Verbesserungen. Für die Handlungsgehilfen bringt der Gesetzentwurf auch nicht die allergeringste Verbesserung, von den Handelsangestellten ist darin überhaupt nicht die Rede. Das „Handlungsgehilfen-Blatt", Organ des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, bemerkt dazu:

„Die Erklärung dafür ist leicht gegeben: Die gewerblichen Arbeiter haben ihre großen Gewerkschaften, ihre Kampforganisationen, mit denen die Regierung um so mehr rechnen muß als die gewerblichen Arbeiter auch politisch aufgeklärt sind. Aber die Handlungsgehilfen sind in ihrer Masse wirtschaftlich und politisch so wenig aufgeklärt, daß die Regierung über ihre Wünsche einfach hinwegsieht. Der Gesetzentwurf enthält für uns keine Regelung der Arbeitszeit, keinen reichsgesetzlichen Acht-Uhr-Ladenschluß, keine Regelung der Sonntagsruhe, keine Garantie der Ferien, keine Errichtung der Handelsinspektion, keinen obligatorischen Fortbildungsschulunterricht — der Gesetzentwurf bringt den kaufmännischen Angestellten absolut nichts! Gewissermaßen um die Handlungsgehilfen zu beruhigen, läßt die Reichsregierung — die über den Entwurf, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, bisher geflissentlich geheimnisvolles Dunkel walten lassen ließ — jetzt öffentlich verkünden, daß das Reichsamt des Innern den Landesregierungen Vorschläge über die Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gemacht habe. Also die Regierung hält die Handlungsgehilfen für so dumm, daß sie glaubt, diese mit Versprechungen auf die Zukunft vertrösten zu können."

Das „Handlungsgehilfen-Blatt" kritisiert diese unverbindlichen Vorschläge über die Sonntagsruhe und bemerkt dann: „Also diese Vertröstungen der Regierung auf die Zukunft versprechen nicht einmal das, was in verschiedenen Städten durch örtliche Regelung erreicht ist. Das ist der Dank der Regierung an die „nationalen" und prinzipalstreuen Handlungsgehilfen!"

* **Ein gesundes neues Jahr.** Die Sterblichkeit im neuen Jahre hat fast überall mit verhältnismäßig günstigen Zahlen sich eingeführt. In der Woche vom 29. Dezember 1907 bis zum 4. Januar 1908 starben auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet von den Städten mit mindestens 70,000 Einwohnern in Aachen 14,9, Altona 18,2, Augsburg 23,4, Barmen 18,7, Berlin 15,2, Bielefeld 18,4 Bochum 20,9, Bonn 19,6, Braunschweig 14,4, Bremen 15,4, Breslau 21,2 Cassel 14,7, Charlottenburg 12,4, Chemnitz 19,9 Köln 17,4, Krefeld 23,3, Danzig 24,7, Darmstadt 17,6, Dortmund 21,7, Dresden 16,2, Deutsch-Wilmersdorf 9,7, Duisburg 19,2 Düsseldorf 14,7, Elberfeld 18,2 Erfurt 19,8, Essen 12,1, Frankfurt a. M. 16,2, Freiburg i. B. 12,5, Gelsenkirchen 19,0, Görlitz 20,4, Hagen 12,5, Halle a. S. 18,2, Harburn 22,5, Hamburg 17,2, Hannover 12,7, Karlsruhe 19,7, Kiel 11,2, Königsberg i. Pr. 21,4, Königshütte 17,8, Leipzig 11,8, Lübeck 12,9, Ludwigshafen 18,4, Magdeburg 17,5, Mainz 17,0, Mannheim 11,9, Mülhausen i. E. 15,5, Mülheim a. d. Ruhr 23,3, München 15,3, Nürnberg 18,0, Plauen i. V. 19,9, Posen 23,0, Rixdorf 11,8, Schöneberg 14,6, Spandau 18,5, Stettin 21,6, Straßburg i. E. 15,3, Stuttgart 13,1, Wiesbaden 10,5, Würzburg 21,3, Zwickau 22,1.

* **„Den Gefallenen zum Gedächtnis", „Der Nachwelt zum Vorbilde!"** Vorstehende Widmung trug ein Denkmal, das am Ende der siebziger Jahre den Gefallenen der letzten Kriege zu Ehren in Rothkürben errichtet wurde. Im Frühjahre vorigen Jahres faßte der Kreisausschuß den Beschluß, die Rothkürbener Chausseegeldhebestelle zu verlegen und zwar gerade auf den Platz, auf dem das Denkmal stand. Der Landrat erteilte der Gemeinde die Weisung, das Denkmal binnen vierzehn Tagen zu entfernen. Proteste nützten hiergegen nichts und eines Tages im August erschien unvermutet der Kreisbaumeister mit einer Anzahl von Arbeitern und ordnete den Abbruch des Denkmals an. Dem Gemeindevorsteher, der sich gerade auf dem Felde befand, wurde von dem Vorfalle Mitteilung gemacht und er eilte herbei, um den Abbruch des Denkmals zu untersagen. Zwecklosses Beginnen. Auf telegraphische Beschwerde wurde schließlich durch den Arbeitsminister die Einstellung der Arbeiten verfügt. Aber es war zu spät. Das Denkmal war inzwischen bereits abgebrochen und die Lebensbäume, die es beschattet hatten, zum Teil ausgerodet. In dichter Nähe von dem Ort, wo das Denkmal stand, erhebt sich heute das Chausseehaus und das schöne, von ehrenvollen Tagen kündende Denkmal liegt — in einem Stalle, „der Nachwelt zum Gedächtnis" darüber, wie am Anfang des 20. Jahrhunderts der Verkehr über Denkmäler und andere Hindernisse hinweg durch Errichtung von Chausseegeldhebestellen gefördert worden ist.

* **Verein für fakultative Feuerbestattung.** Am 11. Januar hielt der Verein für fakultative Feuerbestattung seine erste öffentliche Winterversammlung ab, die sich eines guten Besuches, besonders der Frauen, erfreute. Herr Justizrat Marcuse sprach über „Die Feuerbestattung in ästhetischer Beleuchtung". Der Vortragende verstand es, diese Frage in fesselnder Weise zu behandeln, so daß die ganze Versammlung seinen Ausführungen gespannt folgte. Eine Anzahl von Teilnehmern meldete augenblicklich den Beitritt zum Verein an. Es sei hier darauf hingewiesen, daß die Mitgliedschaft durchaus nicht einen Zwang zur dereinstigen Verbrennung enthält. Wie der Vorsitzende im Anschluß an den Vortrag ausführte, besitzen wir in Breslau wohl schon einen Urnenhain, der auch in Benützung genommen werden kann, aber die Leichenverbrennung ist in Breslau, wie in Preußen überhaupt, noch nicht gestattet, obwohl alle umliegenden Staaten sie zugelassen haben und selbst Rußland ihrer Zulassung nicht mehr entgegenzustehen scheint. Das nächste Krematorium befindet sich zurzeit in Chemnitz, so daß die Kosten auch immer geringere werden. Im Anschluß an diese Versammlung wurde die Gründung eines schlesisch-posenschen Verbandes der Feuerbestattungsvereine beschlossen, dem die Vereine Breslau, Liegnitz, Gleiwitz, Hirschberg und Bromberg angehören. Zweck ist insbesondere die Aufklärung der Allgemeinheit über die Vorzüge der Feuerbestattung, die Förderung der Begründung neuer Vereine, gegenseitiger Austausch von Erfahrungen, gemeinsame Beratung interessierender Fragen, einiges Vorgehen in allen Angelegenheiten, die einen Verkehr mit städtischen, staatlichen und kirchlichen Behörden bedingen, Anlegung von Urnenhainen und Bestattungshallen, sowie Erbauung von Krematorien und endlich die Beseitigung landespolizeilicher Beschränkungen bei der Feuer-Bestattung. Besonders soll auch durch Wanderversammlungen Aufklärung in die weitesten Kreise getragen werden. Die einzelnen Vereine selbst sollen ihre Selbständigkeit behalten und nur zu den allgemeinen Unkosten für Mitglied und Jahr 20 Pfennige Beitrag zahlen. Als Vorort, der alljährlich neu gewählt werden soll, wurde für 1908 Breslau bestimmt.

* **Für die, die nicht alle werden.** Der Polizeipräsident erläßt im „Amtsblatt" vor den spanischen Schatzschwindlern folgende Warnung: „Obwohl in den letzten Jahren in der deutschen Presse auf das betrügerische Treiben der sogenannten spanischen Schatzschwindler wiederholt aufmerksam gemacht worden ist, häufen sich in letzter Zeit die Fälle, in welchen immer wieder Leute den äußerst plumpen Betrugsversuchen zum Opfer fallen. Ab und zu wird zwar die Festnahme einzelner Schwindlerbanden durch die spanische Presse bekannt, in den meisten Fällen verlaufen jedoch die eingeleiteten Untersuchungen völlig ergebnislos, da entweder der Führer der Bande spurlos verschwunden ist, oder sonstige Zufälligkeiten die Fortführung des Gerichtsverfahrens unmöglich machen. Unter diesen Umständen kann als einzig wirksames Mittel gegen den Schatzschwindel nur Selbstschutz des Publikums empfohlen werden, indem man solche Anerbietungen unbeantwortet läßt."

* **Der goldene Ochse kommt wieder nach Breslau.** Nach 1½jähriger Dauer ist am Mittwoch vom Landgericht München der angestrengte Prozeß wegen Herausgabe des seiner Zeit ohne Genehmigung des Magistrats verkauften Prunkbechers der hiesigen Fleischer-Innung zu Gunsten der letzteren entschieden worden. Der Becher soll sich im Besitz des Königs von England befinden.

* **Die Generalversammlung der freien Jugendorganisation** findet Sonnabend, den 25. Januar, Abends 8½ Uhr im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses statt. Auf der Tagesordnung steht: Jahres-Rückblick, Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren, sowie sonstige Angelegenheiten. Kollegen, erscheint alle!

* **Achtung, Gauvorsteher, Parteisekretäre, Kartellvorsitzende ꝛc.!** Die unterzeichnete Kommission bittet dringend um recht baldige Uebermittelung der Adressen der Kartellvorsitzenden, Vorsitzenden der örtlichen Verwaltungsstellen oder Vertrauensmänner, Vertrauensmänner oder Vorsitzenden der sozialdemokratischen Vereine und der Versammlungslokale oder Zusammenkunftsorte der Gewerkschaften und der Partei in Schlesien und Posen. Fragebogen können eventuell von dem Unterzeichneten noch eingefordert werden. — Das Verzeichnis wird gratis an die Beteiligten abgegeben.

Zentralstelle der Gewerkschaften Schlesiens und Posens
J. A.:
Hermann Zimmer,
Breslau I., Nikolaistraße Nr. 87, I. Etage.

* **Achtung, Stukkateure!** Durch ein Versehen konnte die für Sonntag Nachmittag angesetzte General-Versammlung nicht stattfinden. Dieselbe findet nunmehr bestimmt am Donnerstag, Nachmittag 5½ Uhr, im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses statt. Da die Tagesordnung eine sehr reichhaltige ist, und unter anderem auch über die Tarifkündigung seitens der Unternehmer beraten werden soll, ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Insbesondere werden diejenigen Kollegen, welche sich noch in Arbeit befinden, ersucht, gleich von der Arbeitsstelle aus in die Versammlung zu kommen.

Der Vorstand.

Achtung, Tapezierer! Bei der Firma W. Heilischka, Ursulinerstraße 7a, sind sechs Kollegen wegen Nichtbezahlung der tarifmäßigen Vereinbarungen (für Bautapezieren) in den Streik getreten. Die Kollegen wollen das beachten und strengste Solidarität üben. Die Tarifkommission gibt später an dieser Stelle das Resultat der Verhandlung bekannt. Die Ortsverwaltung.

* **Achtung, Zimmerer!** Diejenigen Kameraden, welche ihr Mitgliedsbuch noch nicht zur Kontrolle vorgezeigt haben, werden dringend ersucht, dies bis Sonnabend, den 25. Januar zu tun. Alle Kameraden werden ersucht, die Säumigen darauf aufmerksam zu machen. Kontroll-Lokale sind: Für die Schweidnitzer Vorstadt: Herm. Schwarz, Gräbschenerstraße Nr. 73; für die Nikolai-Vorstadt: Zentral-Herberge „Rosenkain", Leuthenstraße Nr. 3; für die Obervorstadt: Hermann Kos, Jägerstraße 2; für die Scheitnigervorstadt Scholz Erben, Kleine Scheitnigerstraße 53; für die Ohlauervorstadt Gewerkschaftshaus; für die Bohrauervorstadt Karl Kipke, Sedanstraße 80.

* **Die Kohlenkönige und der preußische Staat.** Nach den Millionensubventionen, die die preußische Regierung dem Stahlwerksverband und dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat zur Befestigung des Syndikatswuchers bewilligt hat, war es nur folgerichtig, daß auch der Kohlenwucher Oberschlesiens in seinem für die Industrie verhängnisvollen Preistreiben durch Preußen tatkräftig unterstützt wird. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat jetzt ihren Jahresbedarf an oberschlesischen Kohlen in Höhe von etwa 3¾ Millionen Tonnen abgeschlossen. Wie dem Rheinisch-Westfälischen Syndikat im Oktober, wurde auch dem privilegierten Kohlenhandel Oberschlesiens ein für die Tonne um mehr als 1 Mk. erhöhter Preis zugestanden. Die Preiserhöhung wird im Durchschnitt ca. 1.25 Mk. betragen, so daß dem Kohlenkapital Oberschlesiens auf Kosten der preußischen Steuerzahler ein glattes und nettes Geschenk von mindestens 4 Millionen Mark in den Rachen geworfen wird. Seit dem Abschluß mit dem Rheinisch-Westfälischen Syndikat ist die Konjunkturabschwächung auch den preußischen Ministerien amtlich bekannt geworden. Der preußische Finanzminister hat in seiner letzten Etatsrede in seiner Weise sich mit dem wirtschaftlichen Niedergang beschäftigt, er klagte, daß die Neigung zum Sparen zurückgegangen sei. Die preußische Verwaltung selbst hat sich in der Tat der peinlichsten Sparpolitik befleißigt — soweit es sich um die Bezahlung der Staatsarbeiter, der unteren Beamten und um Ausgaben für Kulturaufgaben handelte. Den Anmaßungen der Syndikate gegenüber bewies dieselbe Verwaltung ein offenes Herz und eine noch geöffnetere Hand. Die erhöhten Preise, die dem Stahlwerksverband, den rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Kohlenmagnaten bei dem jetzt abgeschlossenen Lieferungsverträgen gewährt worden sind, sind mit rund 50 Millionen Mark sicher noch zu niedrig veranschlagt. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, das, wie der Stahlwerksverband, einen dreijährigen Abschluß beantragen konnte, liefert der preußischen Verwaltung jährlich etwa 9 Millionen Tonnen, so daß der jährliche Mehrgewinn etwa 10 bis 12 Millionen beträgt. Mit den Oberschlesiern ist, wie man zum Ruhm der preußischen Verwaltung verkündet, der Lieferungsvertrag nur auf ein Jahr abgeschlossen worden. Die wirtschaftliche Wirkung dieses Vertrages wird dadurch nicht abgeschwächt, die Stellung des Kohlenwuchers gegenüber der Industrie und den kleinen Abnehmern ist durch die ihm von der preußischen Verwaltung gemachten Zugeständnisse von neuem befestigt worden. Allen Vorstellungen und Klagen der Verbraucher zum Hohn haben die Kohlenkönige nicht nur keine Preisermäßigung eintreten lassen, sie schritten sogar angesichts der zunehmenden Wirtschaftskrise zu einer weiteren Erhöhung der Kohlenpreise. Die deutschen Verwaltungen und alle privaten Kohlenverbraucher Deutschlands werden der unbeschränkten Ausbeutung der Kohlenwucherer ausgeliefert. Preußen will es.

* **Ethische Gesellschaft.** Am Freitag, den 24. d. M., Abends 8¼ Uhr, findet im Konzerthaus (Portal I, 1. Stock) eine Versammlung statt, in der Justizrat Marcuse über den im Dezember stattgehabten Gesellschaftstag, sowie die darauf in Weimar stattgehabte „Konferenz freiheitlicher Vereinigungen Deutschlands" berichten und im Anschluß daran einen Vortrag über „Kirche, Religion und Jugenderziehung" halten wird. Zutritt für jedermann frei.

† **Raubanfall auf einen Kutscher.** Als ein Kutscher der Selterwasser-Fabrik Braun auf der Sonnenstraße am 21. d. M. eine Landtour machte und Abends gegen 9¾ Uhr das Dorf Krichen in der Richtung nach Wüstendorf passierte, kam ein Mann, der das Aussehen eines Bauhandwerkers hatte, an den Wagen und bat mitfahren zu dürfen, was ihm gestattet wurde. Der Mann setzte sich links neben den Kutscher. Bald nach der Weiterfahrt kam es dem Kutscher so vor, als ob die Laterne nicht mehr richtig brenne. Er beugte sich deshalb zur Seite, erhielt aber in diesem Augenblick einen so wuchtigen Schlag mit einem harten Gegenstand in die linke Schläfe, daß er vom Wagen stürzte und die Besinnung verlor. Als er wieder zu sich kam, sah er den Mann in der Richtung nach Groß-Weigelsdorf davonlaufen. Geraubt hat ihm der Mann die schwarze Umhängetasche mit 40—50 Mk., darunter 4 neue Zweimarkstücke mit dem Bildnis des Königs von Sachsen. Die Pferde waren inzwischen weitergelaufen und in der Nähe der Paßbrücke durch einen Steuerbeamten aufgehalten worden. Der Beraubte wanderte nach Breslau und wurde zunächst in die Unfallstation auf der Elbingstraße geführt.

* **Unglücksfälle.** In das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder wurden eingeliefert: ein Kutscher aus Weigelsdorf, der in eine Malzmaschine geriet und eine Zerquetschung der linken Hand erlitt; ein Schlosser aus Ellguth, der aus einer Höhe von 11 Meter herabgestürzt und eine Quetschung des linken Beines davontrug; ein Arbeiter aus Kriptau, der vom Wagen gefallen war und überfahren wurde.

† **Von Krämpfen befallen.** In der Nacht zum 20. d. M. wurde auf der Antonienstraße eine unbekannte Frau von Wutkrämpfen befallen. Nachdem sie überwältigt worden war, wurde sie der Anstalt an der Einbaumstraße zugeführt.

Die Leichen werden von Mönchen und Karabinieri nach einem nahegelegenen Kloster gebracht und aufgebahrt.

Bei dem Hinwegräumen der Trümmer macht man immer neue, furchtbare Entdeckungen. So fanden Soldaten einen menschlichen Kopf, aber die Augen waren ausgelaufen und der Schädel war gespalten, man hatte eine nur mit Blut und Hirnteilen bedeckte unförmliche Masse vor sich.

Die beiden Linien sind noch nicht freigegeben, obschon mit Aufgebot aller Kräfte gearbeitet wird. Der Lokomotivführer und der Heizer der Schnellzuglokomotive werden vermißt; man fürchtet, daß die beiden Männer unter der Maschine liegen. Bis zur völligen Freilegung der Linien dürften zwei Tage vergehen. Bei dem Aufräumen der zerstörten Wagen wurden auch die Ueberreste des Postwagens aufgefunden, von dessen Wertinhalt nichts fehlte. Der Weichenwärter Cafati, der das ganze Unglück verschuldet haben soll, und nach der Katastrophe entflohen war, wurde festgenommen. Die Zahl der **Toten** beträgt bis jetzt **sieben**, die der Verletzten einige vierzig, wovon vier im Sterben liegen.

Kleine Chronik. Aus **Krefeld** wird berichtet, daß am Sonntag ein Rangierzug mit einem Viehzug zusammengestoßen ist. Dem Begleiter des Viehzuges wurden beide Beine vom Körper getrennt und ein Arm ausgerissen. Er ist nunmehr seinen Verletzungen erlegen. — Ein unglaubliches Vorkommnis hat sich in **Dortmund** ereignet. Dort richtete ein Stadtverordneter an den Stadtrat eine Anfrage, es sei kürzlich ein fremder Mann in die Martins-Schule gekommen, habe eine Stunde in einer Mädchenklasse unterrichtet und die Kinder dabei unsittlich berührt. Die Eltern seien über diesen Vorfall sehr erregt. Der Schulrat Dornhecker bestätigte, daß der Zwischenfall allerdings vorgekommen sei, es liege jedoch nicht der geringste Grund zur Beunruhigung vor. (!) — Auf dem Heimwege von einer Gesellschaft versuchten gestern Abend Leutnant Straube vom Pionierbataillon Nr. 19 in **Straßburg** und ein Fräulein Hille, die Tochter des Gemeindearztes, den Umleitungskanal zu überschreiten, um den Weg zu kürzen. Dabei brachen beide im Eise ein und ertranken. Die Leichen konnten bereits geborgen werden. Leutnant St. ist erst seit 14 Tagen Offizier. — Beim Eisfischen auf dem Werblitz-See bei **Solbin** ertranken drei Fischer. Die Leichen wurden geborgen. — In **Nipperwiese** wollten sich drei junge Mädchen mit einem Schlitten über das Eis der Oder nach Gatow bringen lassen. Das Eis brach unter der Last zusammen; ein Mädchen ertrank; seine Leiche ist noch nicht geborgen. — Der erste Hauptgewinn der Mannheimer Jubiläumsausstellungslotterie, der bisher nicht abgehoben wurde, ist nach **Frankfurt a. M.** gefallen. Der Gewinner ist ein Maschinenmeister einer dortigen Druckerei; er hat aber das Los, weil er glaubte, es sei wertlos, vor mehreren Tagen unter das Makulaturpapier geworfen. Dieses wurde in verschiedenen größeren Posten von einigen auswärtigen Firmen angekauft und abgeholt. Jetzt eilt der Gewinner hinter der wertvollen Makulatur her und glaubt festgestellt zu haben, daß sich das Los in einem Wagen Stampfpapier befand, der am 17. d. M. an die Adresse eines in Eberstadt bei Darmstadt domizilierenden Geschäftshauses abgegangen ist.

* **Ein roher Geselle.** Einen recht rohen Scherz verübte ein deutscher Arbeiter aus Neukirch dadurch, daß er in den Schlafraum einer Fabrik, in welchem polnische Arbeiter schliefen, Petroleum goß und anzündete. Einer der Arbeiter erlitt schwere Brandwunden am Kopf und mußte Hilfe im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder nachsuchen. — Ein wirklicher Halatist.

† **Erhängt.** Ein 51 Jahre alter Böttcher wurde am 22. d. Mts. in seiner Wohnung Sternstraße 132 erhängt aufgefunden.

† **Stubenbrand.** In einer Wohnung Museumstraße 11 gerieten am 22. d. Mts. Nachmittags, beim Anzünden der Gasflammen Gardinen und Vorhänge in Brand. Die Feuerwehr wurde gerufen.

† **Diebisches Dienstmädchen.** Festgenommen wurde ein Dienstmädchen, welches aus einer Wohnung 200 Mark und ein Sparkassenbuch über 50 Mark entwendet hatte. Als das bare Geld zur Neige ging, beauftragte sie einen Schneider, dessen Bekanntschaft sie auf der Straße gemacht hatte, das Geld abzuheben. Das Buch war aber schon gesperrt, so daß der Schneider, der sich als Eigentümer des Buches bezeichnete, in Haft genommen wurde. Das Mädchen mußte nach seiner Festnahme sofort dem Allerheiligen-Hospital zugeführt werden, da es seiner Niederkunft entgegensah.

† **Diebstähle.** Von einem Handwagen wurden acht Stück rotblaukarierte Bettbezüge und zwölf Bettücher gestohlen. Aus einem Hause auf der Rosenthalerstraße wurde ein Fahrrad, Marke Naumanns „Germania", Nr. 402,045 gestohlen. — Aus einem Schrebergarten an der Memelstraße wurden acht Kaninchen gestohlen. — Aus einer Schlachthalle des Schlachthofes wurden zwei Kälber gestohlen, ferner aus einem Lagerraum auf der Reuschestraße 18 Pfund Wolle. Einem Kaufmann wurde aus einem Kontor ein dunkelgrauer Winterüberzieher mit dem Monogramm F. O., und aus einem Wurstgeschäft auf der Klosterstraße anderthalb Pfund Rauchfleisch entwendet.

† **Unterschlagung.** Ein Kutscher stellte sich am 22. d. Mts. zur Festnahme, weil er einem Spediteur in Waldenburg 20 Mark unterschlagen und hier durchgebracht hatte.

† **Gefunden wurden:** ein Spitzenkragen, eine Schulterstickerei, ein Herrenschirm mit silbernem Griff, ein blaues Oberhemd, ein Schaipela, ein Umschlagetuch, ein Pincenez, ein Krimmermuff und eine goldene Damenuhr.

† **Abhanden kamen:** ein silbernes Kettenarmband, ein blauseiner Pompadour und ein Portemonnaie mit 23 Mk.

Versammlungen und Vereine.

* **Der Zentralverband der Schmiede** hielt am 20. d. M. im Gewerkschaftshause eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher die Ortsverwaltung den Jahresbericht erstattete. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme im 1. Quartal von 1376.75 Mk., 2. Quartal 1191.65 Mk., 3. Quartal 1453.70 Mk., 4. Quartal 1512.70 Mk., im ganzen Jahre also 5534.80 Mk. Ausgegeben wurden: An die Hilfskassierer 270.03 Mk., Verwaltungskosten im Gehalt 1062.96 Mk., Reiseunterstützung 42 Mk., Arbeitslosenunterstützung 275 Mk., Krankenunterstützung 447 Mk., Streikunterstützung 15.50 Mk., Gemaßregeltenunterstützung 64 Mk., andere Ausgaben 44.75 Mk., an die Hauptkasse 3846.52 Mk. Zusammen 6067.76 Mark Ausgaben.

Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 1574.87 Mark, der eine Ausgabe von 845.13 Mk. gegenübersteht. In dieser Ausgabe sind enthalten 69.50 Mk. Krankenunterstützung, 25 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 5 Mk. Notfallunterstützung, 241.60 Mk. Gewerkschaftsbaufonds. Die Mitgliederzahl belief sich im 1. Quartal auf 224, im 2. auf 194, im 3. auf 236 und im 4. auf 245. Der Rückgang im 2. Quartal ist also im 3. wieder wett gemacht, ja noch mehr, es war gegen das 1. Quartal noch eine Erhöhung der Mitgliederziffer zu konstatieren, die auch im vierten Quartal noch anhielt. Dabei ist der starke Mitgliederverlust zu beachten, der durch zahlreiche Einberufungen zum Militär erfolgte. Die Fluktuation ist noch eine große, sind doch im Laufe des Jahres 151 Kollegen aufgenommen worden. Im Verhältnis zu der großen Zahl der am Orte beschäftigten Schmiede ist die Zahl der organisierten noch eine geringe. Es ist deshalb auch verständlich, wenn nicht immer das erreicht wurde, was wünschenswert erschien. Es ist aber versucht worden, das Möglichste zu erreichen.

Nach dem Bericht erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Versammlung akzeptierte den Vorschlag der Ortsverwaltung, der dem Geschäftsführer das Amt des Vorsitzenden übertragen wissen wollte. Es folgte dann die Neuwahl eines Kartelldelegierten, sowie einige Mitteilungen.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* **Stadt-Theater.** Donnerstag gelangt Offenbachs Oper „Hoffmanns Erzählungen" zur Darstellung. Freitag findet eine Wiederholung der mit außerordentlichem Erfolge aufgenommenen Lortzingschen Oper „Der Wildschütz" statt. Die Aufführung von Hebbels Trauerspiel „Agnes Bernauer" ist wegen Erkrankung des Herrn Barna verschoben. Sonnabend wird Richard Wagners Oper „Der fliegende Holländer" wiederholt. Herr Berg singt die Titelpartie. Nachmittag zu ermäßigten Preisen Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell" (Anfang 3 Uhr). Sonntag: d'Alberts Oper „Tiefland". Nachmittag Oscar Wills Märchen „Aschenbrödel".

* **Lobe-Theater.** Heute, Donnerstag, wird Oskar Strauß' zugkräftige Operette „Ein Walzertraum" wiederholt. Freitag geht Lehars Operette „Die lustige Witwe" in Szene. Sonnabend und Sonntag wird „Ein Walzertraum" wiederholt. Der zahlreichen Vorbestellungen wegen findet der Vorverkauf für die Sonntag-Aufführung bereits heute, Donnerstag statt.

* **Thalia-Theater.** Sonntag wird Blumenthal-Kadelburgs Lustspiel „Der letzte Funke" aufgeführt. Die Besetzung ist die des Lobe-Theaters. Vorverkauf Freitag und Sonnabend von 10 bis 2 Uhr im Thalia-Theater.

* **Als erste Volksvorstellung** für Gruppe G wird Freitag der Schwank „Eine lustige Doppelehe" wiederholt. An der Abendkasse Billettverkauf.

* **Schauspielhaus.** Hembergers reizende Operette „Der Opernball" übt so große Zugkraft aus, daß dieses Werk die Woche hindurch auf dem Spielplan bleibt. Die Premiere von Arthur Dinters Komödie „Die Schmuggler" wurde daher auf nächste Woche verschoben. Da das in den heimischen Bergen spielende Märchen „Der Berggeist" von Karl Stramp bei seiner letzten Aufführung vor ausverkauftem Hause in Szene ging, wird es am Sonnabend nochmals gegeben. Die Vorstellung findet wiederum bei kleinen Preisen statt. Vorverkauf ohne Vorbestellgebühr am Freitag. Parkett und I. Rang 1 Mk. bezw. 50 Pf., II. Rang 75 Pfennige.

* **Liebichs Etablissement.** Heute beginnt der Vorverkauf zu der Sonnabend, den 25. cr., stattfindenden rauchfreien Nachmittagsvorstellung.

Aus Schlesien und Posen.

Epidemische Krankheiten in Oberschlesien.

Kein Tag vergeht ohne Nachricht aus irgend einem Orte des oberschlesischen Industriebezirks über Fälle epidemischer Erkrankungen. Gegenwärtig sind es die Pocken und zwar die gefährlichste Form dieser furchtbaren epidemischen Krankheit, die sogenannten schwarzen Pocken, die hier auftreten und zwar nicht an einem Orte des Industriebezirks, sondern an verschiedenen, weit auseinanderliegenden Orten. Die ersten Nachrichten über Erkrankungen an schwarzen Pocken kamen aus Karwotz. Jetzt aber werden solche aus Alt-Rayton (nördlich von Tarnowitz) aus Südt. Dambrowa (ganz in der Nähe der Stadt Beuthen) aus Radzionkau, aus Siemianowitz und auch aus Zalenze, also der unmittelbaren Nähe von Kattowitz, gemeldet. Das sind also schon sechs oberschlesische Orte, in welchen Fälle von Erkrankung an unzweifelhaft schwarzen Pocken vorgekommen sind. Die Behörden haben die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen sofort getroffen, Pockenbaracken zur Aufnahme von Kranken bereit gemacht, die Angehörigen Erkrankter isoliert, diese geimpft, auch Impfungen im weiteren Maße angeordnet — eine Ausbreitung der gefährlichen Krankheit ist trotzdem nicht verhindert worden und es ist durchaus zu fürchten, daß die Krankheit weitere Ausdehnung gewinnt. Um das Unglück noch größer zu machen, wird jetzt auch das Wiederauftreten der epidemischen Genickstarre, die vor zwei Jahren erst in Oberschlesien so viele Opfer forderte, gemeldet. Und zwar ist es wiederum, wie damals Königshütte, wo diese Krankheit zuerst auftritt und ihr erstes Opfer ist ein 19jähriger Bergmann.

Die erste Ursache dieser Erscheinung des häufigen Auftretens gefährlicher epidemischer Krankheiten im Industriebezirk ist zu suchen in dem starken Zustrom ausländischer Arbeiter, Russen, Galizier, Ruthenen rc. In zweiter Linie kommt die schlechte Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung hier in Betracht, eine Wirkung der durchgängig niedrigen Löhne wie der Unbildung der Arbeiter. Dann aber sprechen auch die vielfach geradezu ungeheuerlichen öffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens ein gewichtiges Wort mit. Die Armut der großen Arbeitergemeinden — ein greller Kontrast zu den ungeheuren Reichtümern des oberschlesischen Bodenbesitzer — hat diese Zustände verursacht. Hierüber wird im Laufe der nächsten Zeit manch ernstes Wort zu sagen sein, gerade auch in Rücksicht auf die zu erkämpfende Wahlreform in Preußen. Denn im Dreiklassenwahlrecht liegt auch die Wurzel dieser kulturwidrigen Zustände.

Mit tiefer Sorge müssen die Bewohner des oberschlesischen Industriebezirks dem kommenden Sommer entgegensehen. Denn ein anderer furchtbarer Feind, eine Krankheit, die schwarze Pocken und Genickstarre weit in den Schatten stellt, die asiatische Cholera nämlich, droht mit dem Eintritt wärmerer Witterung wieder den Industriebezirk heimzusuchen, als unheimlicher Gast aus dem unglücklichen Nachbarlande Rußland. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Cholera in Rußland gewaltig an Ausdehnung gewonnen hat. Der rege Verkehr des Industriebezirks mit Rußland macht aber ein Uebergreifen auf Oberschlesien trotz der geübten sanitären Maßnahmen unvermeidlich.

Deutsch-Lissa, 23. Januar. Lichtbildervortrag. Sonntag, den 26. Januar, Abends 5 Uhr, findet in Weidners Lokal in Stabelwitz ein Lichtbilder-Vortrag, „Max und Moritz", heitere Gedichte von Wilhelm Busch, statt. Sämtliche Handwerker und Arbeiter nebst ihren Kindern werden hierzu freundlichst eingeladen.

v. **Brieg**, 23. Januar. Tabakarbeiter-Protestversammlung. In der gut besuchten Versammlung referierte Kollege Bänsch über „Die Banderolensteuer und ihre Folgen". Redner führte den Anwesenden in seinem einstündigen Referate klar und deutlich vor Augen, was eine solche Steuer für die gesamte Arbeiterschaft, im besonderen aber für die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen für schädliche Folgen nach sich ziehen wird. Die Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Brieg, 22. Januar. Eisenbahners Tod. Auf der Bahnstrecke Jägerndorf-Lossen wurde der Bahnwärter Julius Hoffmann aus Jägerndorf von einem Güterzuge überfahren. Der Tod trat sofort ein.

v. **Brieg**, 23. Januar. Deckeneinsturz. Am 20. d. M. Mittags stürzte im Neubau auf der Georgstraße die Decke des ersten Stockwerks ein und fiel bis in den Keller, woselbst der Arbeiter Pelsch beschäftigt war. Die herniederstürzenden Massen haben ihm recht schwere Verletzungen gebracht, so daß seine sofortige Ueberführung ins Krankenhaus erfolgen mußte.

— Lebensmüde war die Arbeiterfrau Moses, sie litt seit einiger Zeit an Gemütskrankheit. Als der Mann Abends von der Arbeit nach Hause kam, fand er die Frau an der Türklinke hängend tot vor.

— Eine Diebesbande scheint wiederum in der Stadt und Umgegend ihr Wesen zu treiben; fast jeden Tag kommen Fälle vor, wo eingebrochen wird. Die Diebe scheinen recht gut Bescheid zu wissen, da sie nicht nur in der Nacht, sondern auch am Tage Einbrüche vollführen, ohne daß sie bei ihrem Treiben gestört werden und ohne daß die Polizei ihrer habhaft wird. Ein Kaufmann am Ringe, bei welchem in der Zeit von 2 bis 5 Uhr Nachmittags eingebrochen wurde und wo die Diebe 200 Mk. mitgehen ließen, setzt eine Belohnung von 20 Mk. aus für die Ermittelung der Diebe.

Glatz, 22. Januar. Amputierter Arm. Bei einem Besuch, den ein Sohn des Hauptlehrers in Bischofswitz seinen Angehörigen abstattete, veranlaßte er durch das unachtsame Wegwerfen eines Streichholzes einen Stubenbrand. Bei den Löschversuchen verbrannte sich der junge Mann den rechten Arm so schwer, daß dieser amputiert werden mußte.

Schweidnitz, 22. Januar. Verhaftete Räuber. Drei verwegene Verbrecher sind soeben festgenommen worden. Sie hatten u. a. einen dreisten Straßenraub an dem Direktor Goerisch der Schweidnitzer Gaswerke verübt, ihn bei der Heimkehr von einer Festlichkeit überfallen und eine wertvolle goldene Uhr entrissen. Die Nachforschungen nach der Uhr blieben erfolglos. Dieser Tage ging bei der Schweidnitzer Polizeiinspektion die Meldung ein, daß ein fremder Wanderer in Ströbel eine goldene Uhr, auf welche die veröffentlichten Merkmale zutrafen, veräußern wollte. Zwei Kriminalbeamten von hier gelang es nach kurzer Zeit, die Uhr dort zu ermitteln und die Spur des Verkäufers, welche nach Canth führte, sowie zweier Komplizen zu verfolgen. In Gnichwitz waren inzwischen in einer Wirtschaft Diebstähle verübt worden. In Canth kam es zu einem blutigen Renkonter. Zwei Männer überfielen inmitten der Stadt zur Nachtzeit einen Arbeiter aus Schosnitz. Der Ueberfallene wurde durch einen Stich in den Kopf schwer verletzt. Ein Mädchen, welches von einem Fenster aus den Vorfall gesehen hatte, brach vor Schreck tot zusammen; ein Schlaganfall hatte ihrem Leben ein Ziel gesetzt. Die drei Männer konnten endlich auf dem Bahnhofe in Canth festgenommen werden, als sie mit dem Zuge abfahren wollten. Einer der Verhafteten ist der Görlitzer Schmidt aus Schweidnitz.

Aus den Gerichtssälen.

Nochmals der Friedebergprozeß.

Wegen der bekannten Diebstähle von Eisenbahnaltmaterialien hatte, wie wir seinerzeit berichteten, die Strafkammer in Glogau den Eisengroßkaufmann Viktor Friedeberg aus Breslau unter Einrechnung der in Görlitz gegen ihn erkannten Strafe von 4 Jahren Gefängnis zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf die Revision Friedebergs hin wurde das Urteil vom Reichsgericht aufgehoben und Friedeberg in der neuen Verhandlung zu sechs Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Auf nochmalige Revision Friedebergs wurde auch dieses Urteil aufgehoben und zur Verhandlung an die Glogauer Strafkammer zurückverwiesen, die jetzt den Angeklagten zu vier Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt hat.

Mißhandlung in 280 Fällen.

Aus Königsberg i. Pr. wird gemeldet: Das Divisionsgericht Insterburg verurteilte den Feldwebel Mielke vom vierten Grenadier-Regiment wegen Soldatenmißhandlung in 280 Fällen zu 9 Monaten Gefängnis.

Gegen streikende Arbeiter.

Vor dem Schwurgericht in Erfurt fand Mittwoch die Verhandlung gegen neun am Maurerstreik beteiligte Arbeiter statt, welche wegen Landfriedensbruch, Beteiligung am Aufruhr, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung und Uebertretung der Gewerbeordnung angeklagt waren. Es handelte sich um Vorgänge auf dem Personenbahnhofe gelegentlich der Ankunft italienischer Arbeiter. Nachts gegen 12½ Uhr wurde das Urteil verkündet. Dasselbe lautete gegen einen Arbeiter auf 7 Monate eine Woche Gefängnis, gegen 2 auf je 7 Monate Gefängnis, gegen 2 auf je 3 Monate und gegen 1 auf 2 Wochen Gefängnis. 3 Angeklagte wurden freigesprochen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

E. B., hier. Lassen Sie sich auf solche Geschäfte lieber nicht ein.

Brieg, Hirschberg, Neustadt und andere. Aus Raumgründen mußten eine Reihe von Berichten zurückbleiben.

H. T. in Dittersbach. Wir erhalten eben die Nachricht, daß die Versammlung in Neu-Salzbrunn nicht stattfinden kann wegen der Kaiserfeier. Wie verhält sich das?

J., Parchwitz. Gewerkschaftsversammlungen sind anzumelden, wenn sie sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen.

H., Ober-Herischdorf. Wer vor Gericht den Zeugeneid ohne gesetzliche Gründe verweigert, kann durch Geld- und Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten zur Eidesleistung gezwungen werden; dies gilt auch für Dissidenten.

F. R., Gorkau. Die Naturalisation als Ausländer ist beim Regierungspräsidenten zu Breslau nachzusuchen. Die Kosten betragen mindestens 50 Mk.

Häslicht. Den Grundstückbesitzer halten wir nicht für schadenersatzpflichtig. Wir empfehlen, ein Gesuch an den Gemeindevorstand zu richten.

G., Liegnitz. 1. Die Auskunft der Polizei halten wir für unrichtig; im übrigen aber müssen Sie sich als organisierter Arbeiter über die Sache mit Ruhe hinwegsetzen. 2. Das Mädchen hat Anspruch auf Entschädigung für Kost und Logis; pro Tag ist mindestens eine Mark in Anrechnung zu bringen.

H. S. Kl. Kr. Wenn die Invalidenkarte erneuert wurde, hat sie auch Gültigkeit.

A. K., 200. Nur der Schrank ist gepfändet, nicht auch die in ihm befindlichen Kleidungsstücke, wenn er dies nicht ausdrücklich erklärte und im Pfändungs-Protokoll vermerkte.

H. Gr., Sagan. A. ist zur Zeit im Gefängnis und kann deshalb nicht kommen.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Die Gewerkschaften, Gesang-, Turn-, Radfahrer- und sonstige Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß der große Saal des Gewerkschaftshauses noch frei ist für folgende Sonnabende und Sonntage des ersten Quartals 1908:

2. und 9. Februar,
8., 15., 22. März.

Sonnabend, den 25. Januar:
Zimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An die Bezirksführer!

Montag, den 27. Januar, Abends 8 Uhr findet in den Distriktslokalen die monatliche Abrechnung statt. Kontrollkarten und unverkaufte Beitragsmarken sind mitzubringen. Die Bezirksführer werden ersucht, in jedem Falle vollzählig und pünktlich zu erscheinen; auch diejenigen, die vorher abgerechnet haben, wollen zur Stelle sein, da wichtige Dinge zu besprechen sind.

Distrikt 10 (Sandtor).

Sonntag, den 26. Januar, pünktlich 11 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder in Spittlers Restaurant, Oelsnerstraße 8, pt. Neuwahl des Distriktsführers, des Stellvertreters, der Revisoren und mehrerer Bezirksführer. Mitteilungen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 1.

Rosenthal. Donnerstag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft. Erscheinen aller ist Pflicht.

Land-Distrikt 8.

Dürrgoy und Herdain. Donnerstag, den 23. Januar cr., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Klogner, Cretiusstraße 39. Stellungnahme zu einem Lichtbildervortrage.

Land-Distrikt 9 (Tschansch).

Freitag, den 24. Januar, Abends 8 Uhr ersuche ich sämtliche Mitglieder, da es sich um eine wichtige Sache handelt, zu einer Aussprache bei Gohlitz zu erscheinen. Der Distriktsführer.

Land-Distrikt 11 (Deutsch-Lissa und Umgegend).

Sonntag, den 26. Januar, Vormittags 10½ Uhr: Zusammenkunft aller Mitglieder im bekannten Lokal.

Land-Distrikt 13 (Bezirk Gräbschen).

Sonnabend, den 25. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Ruprecht. Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu erscheinen.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Donnerstag, den 23. Januar.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Stärke	Max.	Min.	
Bresl. Sternw.	1	NW 3	gering	3	0	wollig
Rosenthal b. Br.	1	NW 3	„	3	0	„
Beuthen OS.	0	NW 3	—	1	—1	bedeckt
Habelschwerdt	0	N 2	—	4	0	wolkig
Zillertal	—1	S 1	—	4	—2	Dunst
Görlitz	0	N 1	—	2	0	bedeckt
Grünberg	0	W 1	gering	1	0	Nebel
Ostrowo	0	W 3	„	1	0	bedeckt

Parteigenossen!

Agitiert unablässig für die Parteiorganisation, den Sozialdemokratischen Verein.

Aufnahmescheine sind bei den Distrikts- und Bezirksführern und im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstrasse 5, 2 Treppen, zu haben.

Aus der Geschäftswelt.

Die Firma Ernst Hielscher, Goldene Radegasse 12, hat sich entschlossen, grüne Heringe in ganzen Waggonladungen zu beziehen und an die Leser der „Volkswacht" unterm Selbstkostenpreise mit 5 Pf. pro Pfund abzugeben. Der Preis ist sonst 8 Pf. pro Pfund. Es ist jedoch unbedingt notwendig, daß bei jedem Einkauf die „Volkswacht" bei der Bezahlung vorgezeigt wird.

2. Beilage zu Nr. 20 der „Volkswacht".

Freitag, den 24. Januar 1908.

Polizeikampf gegen Arbeitslose.

Ueber die Vorgänge in den Straßen Berlins, die sich bei der blutigen Verfolgung armer Arbeitsloser abspielten, enthalten die dortigen Blätter noch ausführliche Mitteilungen. Wir geben zunächst einige empörende Einzelheiten nach dem „Vorwärts" wieder:

Polizeiattacke im Hause der Metallarbeiter.

Im Verbandshause der Metallarbeiter, in der Charitéstraße 3, haben sich am Dienstag Ereignisse abgespielt, die man im friedlichen Berlin für unmöglich halten sollte. Polizeibeamte, oder wenigstens Personen, die man ihren Uniformen nach dafür halten mußte, sind in das Haus eingedrungen und haben Menschen, die dort auf Eröffnung des Bureaus warteten oder sonst zu tun hatten, attackiert und mißhandelt. Vom Karlsplatz her kam der Trupp Uniformierter mit blanker Waffe angestürmt. Ein Berittener kam mit seinem Pferde durchs Tor auf den Hof und hielt dort Wacht. Die anderen sechs oder acht Mann stürmten mit einem Leutnant voran die Treppen hinauf, immer mit gezogenem Säbel. Der erste, den sie niederschlugen, war ein junger, aber erst zugereister Metallarbeiter aus Posen, der gekommen war, um sich beim Verbande anzumelden. Der Verbandsbeamte Genosse Blumenthal machte dem Leutnant Vorhaltungen. „Wie können Sie den Mann so schlagen! Er hat ja nicht das Geringste verbrochen!" „Wenn Sie nicht ruhig sind, kriegen Sie auch noch Ihre [illegible]", war die Antwort. Blumenthal gab jedoch den Versuch nicht auf, dem Polizeileutnant die Situation klar zu machen. Da wurde er plötzlich an der Gurgel gepackt, hingeworfen, geschlagen und schließlich zur Wache gebracht. Ein zweiter Verbandsbeamter, Genosse Wücke, der gesehen, wie sein Kollege mißhandelt wurde, versuchte nun seinerseits den Leutnant von der Torheit des polizeilichen Vorgehens zu überzeugen. Da zückte der Leutnant den Degen auf ihn, zwei Schutzleute taten desgleichen, und man hätte ihn vielleicht niedergestochen, wenn er sich nicht ins Arbeitsnachweisbureau geflüchtet hätte. Die eiserne Tür, die sie schleunigst schlossen, schützten die Beamten und Arbeitslosen des Verbandes vor weiteren Angriffen!

Andere Personen hatten sich wo anders hin geflüchtet. In den Setzersaal kamen zwei Arbeiter und eine Frau, die im Hause war, um für ihren Mann Beiträge zu zahlen, gestürzt. Die Frau war totenbleich vor Schreck. Die Setzer schlossen natürlich ihren Saal ab. — Als die Polizei in der geschilderten Weise eine Weile für Ordnung gesorgt hatte, zog sie von dannen.

Gegen Abend sah es im Arbeitsnachweisbureau aus wie in einem Lazarett. Vier junge Leute mit verbundenem Kopfe, andere mit anderen Verwundungen saßen da herum und erhielten Kaffee und Butterbrot zu ihrer Stärkung. — Elf seien in der Charitee verbunden worden, sagte man, die teils auf der Straße verwundet worden waren.

* * *

Als wir später am Schiffbauerdamm entlang gingen, hörten wir heftiges, entrüstetes Schelten in einem Grünkramkeller. Es war der Besitzer des Geschäfts. Am Nachmittag, so erzählte er uns, habe seine Tochter ihm gesagt, es kämen so viele Menschen daher. Der Mann ging hinaus, um seine Aepfelkiepe hereinzuholen, damit sie nicht etwa von der Menge umgestoßen werde. Kaum hatte er draußen den Korb angefaßt, stürzten Schutzleute mit blankem Säbel auf ihn, schlugen ihn in den Nacken, daß er die Treppe hinunterfiel. 70 ist es nicht so zugegangen, meinte der Mann. Er hatte den Krieg mitgemacht, aber bei allen Grausamkeiten des Krieges nicht gesehen, daß man wehrlose Menschen niederschlug.

* * *

Ein anderer Zeuge berichtet, daß ein junger Mensch, der einen Schutzmann anflehte, ihn doch gehen zu lassen, mit dem Säbel bearbeitet wurde. Schätzungsweise wird die Zahl der Verletzten auf dreißig bis vierzig angegeben. Dem einen der Bauarbeiter wurde der Arm durch Bluse und Hemd hindurch blutig geschlagen. Auf einen Hof hatten sich vor der Polizei etwa fünf Leute geflüchtet; die doppelte Zahl von Schutzleuten stürmte den Hof und trieb sie mit Säbelhieben hinaus. Dieser Angriff war um so widersinniger, als niemand der Aufforderung, sich zu entfernen, Widerstand leistete. Die Regierung säet Wind — Sturm wird sie ernten.

Ein Augenzeuge

meldet dem „Berliner Tageblatt":

Als ich gestern Nachmittag gegen 1/2 4 Uhr am Lessing-Theater vorbeiging, begegnete mir ein Trupp Arbeitsloser von etwa 1500 Mann, der von einer Arbeitslosenversammlung kam und zum Zwecke einer Demonstration durch die Straßen zog. Man hat mir mitgeteilt, daß die Polizei bereits anderwärts, solange die Arbeiter niemanden provozierten, diese ruhig ziehen ließ. An der Brücke, dicht am Theater, stand ein Polizeihauptmann mit etwa 30 Schutzleuten zu Pferde und zu Fuß. Als die Arbeiter, die stets an Schutzmannsketten vorbeigezogen waren, auch an der Reichstagsbrücke und ihrer Polizeikette vorbeizogen, wobei sie allerdings das übliche „Halloh" und „Nieder mit Bülow!" riefen, setzte der wachhabende Polizeioffizier plötzlich mit gezogenem Säbel hinterdrein. Mit ihm kamen im Sturmschritt sämtliche Polizisten mit blankem Säbel, auch die reitenden. Ich war mit in das Gedränge gekommen. So wurde ich Augenzeuge des blutigen Zusammenstoßes und kam selbst in Gefahr, verwundet zu werden. Die Polizei hieb auf die Arbeiter ein. Am schlimmsten ging es in meiner Ecke zu, in die ich gedrängt wurde. Ich entrann zum Glück dem Gemetzel. Während der Attacke machte ich die Beobachtung, daß der Revolver eines der berittenen Schutzleute explodierte.

Das Kaiserblatt über die Arbeitslosen-Versammlungen.

Die „Tägl. Rundsch." schreibt:

Die Demonstrationsversammlungen der Berliner Arbeitslosen, die heute Vormittag von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Verband sozialdemokratischer Wahlvereine in fünf Lokalen veranstaltet wurden, sind ohne Zwischenfall verlaufen. Die Zahl der Teilnehmer wird auf etwa 12,000 geschätzt, während die Gesamtzahl der Arbeitslosen für Groß-Berlin auf 60,000, für die innere Stadt auf 40,000 beziffert wird. Der Versammlungsbeginn war auf 10 1/2 Uhr festgesetzt, aber schon eine Stunde früher mußten alle Lokale bis auf das Moabiter Gesellschaftshaus wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden. Diejenigen, die nicht Einlaß finden konnten, marschierten zusammen nach den übrigen Lokalen, wo sich ihnen die dort Zurückgewiesenen anschlossen. So gab es zeitweise Züge von 500 bis 600 Teilnehmern in der Alexander- und Prinzenstraße. Die Demonstranten bewahrten diesmal jedoch Ruhe, jeder lärmende Ruf wurde von den Ordnern zurückgewiesen. Die Polizei ging mit großer Zurückhaltung vor und hatte nirgends Anlaß zum Einschreiten. In den einzelnen Lokalen fanden meist zwei Versammlungen in verschiedenen Sälen statt. Redner waren die Abgg. Albrecht, Brühne, Emmel, Frank, Lehmann, Scheidemann, Singer, Stücklen und Zubeil.

In allen Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, in der folgende Forderungen zur Beschränkung der Arbeitslosigkeit aufgestellt werden:

1. An den Staat:

a) Aufnahme aller Bauten und sonstigen Arbeiten in eigener Regie unter voller Innehaltung der von den Gewerkschaften festgesetzten Lohntarife; b) Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Lebensmittel; c) Ausbau der sozialen Gesetzgebung unter Vermeidung aller Bevormundung durch die Behörden.

2. An die Gemeinden:

a) Sofortige Inangriffnahme der geplanten Bauten; b) sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten; c) Erleichterung der kommunalen Verpflichtungen den Arbeitslosen gegenüber.

Da die Not in der Tat groß und zu allermeist nicht durch die betroffenen Arbeiterkategorien selbst, sondern durch die ungünstige Konjunktur, namentlich im Baugewerbe veranlaßt ist, täten Staat und Gemeinde gut, das Ihrige zur Abhilfe zu tun. Allerdings ist in den vorstehenden Forderungen nach alter sozialdemokratischer Manier Erfüllbares und Unerfüllbares durcheinander gemengt. Aber es könnte doch durch die Beschleunigung gewisser staatlicher und städtischer Arbeiten viel Not beseitigt werden. Für etwaige Etatsüberschreitungen werden die in Frage kommenden Körperschaften um so bereitwilliger Indemnität erteilen, als sich die Kundgebungen der Arbeitslosen in ruhiger Ordnung und in zulässiger Form vollzogen haben.

Wenn es in Breslau noch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gibt, die den „Generalanzeiger" lesen, so mögen sie diesen Bericht eines ausgesprochen konservativen Blattes mit der feindseligen Haltung des „Unparteiischen" vergleichen und die nötigen Schlüsse daraus ziehen.

Arbeitslosen-Kundgebungen.

Zwei Arbeitslosenversammlungen waren zu Dienstag, den 21. Januar, Vormittags 10 Uhr in Königsberg i. Pr. einberufen. Die Versammlungen waren überfüllt, ca. 1500 Arbeitslose waren erschienen. Die Polizei war in Massen aufgeboten. Vor und in der Nähe der Versammlungslokale standen sie zu Zweien und Dreien. In den Nebenhäusern waren in Privatwohnungen ganze Trupps von Schutzleuten untergebracht. Vor dem Lokal „Felsenkrug" standen nach Schluß der Versammlung über **50 Schutzleute**, welche die Zugänge zu den belebten Straßen absperrten. Vor dem Pohlmann'schen Lokal standen ca. 20 Schutzleute, außerdem waren zwei nach der inneren Stadt führende Brücken abgesperrt. Die Polizei versuchte mit allen Mitteln, ein geschlossenes Fortgehen der Arbeitslosen zu verhindern. Sie hat auch diesmal durch ihre außerordentlichen Maßnahmen erreicht, daß weitere Bevölkerungskreise auf die Arbeitslosenversammlungen aufmerksam wurden. So muß es kommen! Die herrschenden Kreise müssen sich in ständiger Furcht vor Massendemonstrationen der Arbeiter befinden, dann werden sie mit der Zeit lernen, den Forderungen der Arbeiter Respekt entgegenzubringen.

Der Auslieferungsprozeß des „Vorwärts".

In Nr. 225 des „Vorwärts" vom 26. September war mitgeteilt worden, daß der Russe Josef Jabrzewski von der Polizei in Königshütte „entgegen richterlichen Beschlusses an Rußland ausgeliefert sei, von wo er wegen politischer Vergehen verfolgt wurde". Diese durch eine Privatdepesche übermittelte Nachricht wurde kritisiert. In Nr. 227 fand dann eine Zuschrift des Oberbürgermeisters von Königshütte Aufnahme, in der mitgeteilt war, daß eine Auslieferung des Jabrzewski „bisher nicht verfügt ist. Hieran war unter anderem die Bemerkung geknüpft, daß der sonst sehr zuverlässige Gewährsmann in diesem Falle irregeführt worden sei. Das Bedauern, eine falsche Nachricht gebracht zu haben, würde von der Freude über die Tatsache, daß Jabrzewski nicht ausgeliefert ist, überwogen werden, wenn nicht aus der Berichtigung selbst sich ergebe, daß die Polizeiverwaltung es nicht für ausgeschlossen hält, daß eine Auslieferung noch erfolge. In der Nummer vom 1. Oktober endlich war mitgeteilt, daß Jabrzewski den russischen Schergen nicht ausgeliefert ist, daß aber die Ausweisung Jabrzewskis erfolgt sei. Wegen des ersten dieser Artikel stellte der Oberbürgermeister Stolle von Königshütte Strafantrag wegen Beleidigung gegen den „Vorwärts".

Am Dienstag hatte sich deshalb vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I, unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Lehmann, unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Hans Weber, zu verantworten.

Die Verhandlung entrollte ein trauriges Bild preußischer Liebedienerei gegenüber der russischen Polizei.

Der Angeklagte legte dar, die Mitteilung sei von einem sehr zuverlässigen Korrespondenten aus Breslau zugegangen, es sei notwendig, gegen die berichtete Auslieferung wegen politischer Vergehen zu protestieren. Er bekennt auf Befragen des Vorsitzenden, daß ihm bei Eintreffen der Depesche nicht bekannt gewesen ist, daß das Gericht Auslieferungen nicht zu beschließen habe, sondern daß dies allein Sache des Regierungs-Präsidenten sei.

Die Frage des Präsidenten, ob er den Gewährsmann nennen wollte, verneinte natürlich Weber.

Präsident: Jedem Angeklagten ist es nicht verwehrt, die Unwahrheit zu sagen. Das ist zwar nicht sein Recht, aber man kann es nicht verwehren. Wir müssen ihm alles beweisen. Ja, wie sollen wir denn aber nach der Richtung Klarheit schaffen, wenn Sie sagen, ich nenne den Gewährsmann nicht.

Weber: Es wird wohl dem Gericht bekannt sein, daß im allgemeinen die anständige Presse es ablehnt, ihre Gewährsmänner zu nennen.

Präsident: Sie können tun, was Sie wollen. Wir sind aber dann nicht in der Lage, Nachprüfungen anstellen zu lassen!

Weber legt dar, daß der Zweck der Notiz im „Vorwärts" gewesen ist, die Schmach der Möglichkeit einer Auslieferung wegen politischer Vergehen zu geißeln.

Staatsanwalt: Weshalb war es notwendig, die Worte Schmach und Schande zu bringen?

Weber: Ich halte es freilich für eine Schmach und Schande, wenn jemand wegen politischer Vergehen ausgeliefert wird, und speziell an das Russische Reich, wo ihm Sibirien und andere Annehmlichkeiten, auch wenn er unschuldig ist, in Aussicht stehen.

Präsident: Sie konnten gegen die Gesetze eifern, aber doch nicht gegen die Behörde, die nichts weiter tut, als die Gesetze anzuwenden.

Weber: Wenn in dem Artikel der Ausdruck deutsche Schande gebraucht ist, so ist klar damit ausgedrückt, die Möglichkeit einer solchen Auslieferung ist eine Schande für Deutschland.

Präsident: Sie wollten doch aber der Königshütter Polizei etwas am Zeuge flicken, die treffen?

Weber verneint dies. Die Polizei in Königshütte war ja doch nur ausführendes Organ, event. des Regierungspräsidenten.

Mit Rücksicht auf eine Bemerkung des Vorsitzenden, alle anderen Zeitungen hätten sofort gemerkt, daß die Nachricht unrichtig sein müsse, legt der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, eine Kattowitzer, eine Breslauer und eine Leipziger Zeitung vom 25. September vor, die alle drei die angeblich bereits erfolgte Auslieferung melden.

Der Oberbürgermeister Dr. **Stolle** aus Königshütte bekundet als Zeuge: Jabrzewski war des Mordes an einem russischen Obersten beschuldigt. Er hatte wohl in der Angetrunkenheit sich selbst dessen gerühmt. Aus dieser Beschuldigung ergab sich nichts. Es ergab sich aber, daß er mehrere Monate unangemeldet im Grenzbezirk gelebt hatt, und deshalb wurde gegen ihn prozessiert. Die Polizeiverwaltung wurde beauftragt, sobald die Sache erledigt sei, ihn in Haft zu nehmen. Am 23. September wurde dann das Urteil, das auf sechs Mark Geldstrafe, die durch die Haft als verbüßt erachtet wurde, gefällt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Czapla, kam zu mir und bat, dafür zu sorgen daß J. nicht ausgeliefert, sondern nur ausgewiesen würde. Ich gab eine ausweichende Antwort, da ich nicht selbst befugt bin, die Entscheidung zu treffen, sondern der Regierungspräsident. Nach einigen Tagen entschied der Regierungspräsident: J. ist auszuweisen, es ist ihm die Wahl zu lassen, wohin er wolle, nur nicht nach Oesterreich-Ungarn.

Am 30. wurden die Kosten für ihn nach Lindau hinterlegt und er reiste dahin. Veranlassung zum Strafantrage hat mir eigentlich der zweite Artikel der nicht unter Anklage steht, gegeben. Ich habe mich aber auch durch den ersten Artikel beleidigt gefühlt. Den „Vorwärts" lese ich und habe infolgedessen die Berichtigung, die Aufnahme gefunden hat, an denselben eingesandt.

Rechtsanwalt **Czapla** aus Königshütte wird hierauf als Zeuge vernommen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß aus den Königshütter Akten zu erhellen scheine, daß der Mitangeklagte des Jabrzewskis, sein Vermieter Czapla, mit dem Zeugen verwandt sei!

Zeuge Rechtsanwalt **Czapla:** Mit diesem Czapla bin ich nicht im geringsten verwandt oder verschwägert, die solche Bekundung ist wahrscheinlich auf die Vermutung eines Polizeibeamten in die Akten gekommen.

Präsident: Sie sind aber auch in Langenalza geboren.

Zeuge: Nein, in Kulm in Westpreußen. Mitte August erhielt ich den Auftrag, Jabrzewski zu verteidigen. Mir wurde mitgeteilt, er sei in Untersuchungshaft genommen und befinde sich in Königshütte. Die Beschuldigung, die dem J. gemacht wurde, erschien mir recht absurd. Er sollte nämlich bei einem Ablaßfest einen Obersten der russischen Spitzel mit der Browningpistole ermordet haben, und zwar in einem Orte unmittelbar an der Grenze! Daß die Sache völlig haltlos war, war mir sofort klar, als ich J. zu sehen bekam. Mit dem Untersuchungsrichter und Amtsanwalt sprach ich, machte sie darauf aufmerksam, daß jedenfalls das deutsche Gericht nicht zuständig sei, da ja ein Ausländer im Auslande das Verbrechen begangen haben sollte. Es bleibe da nur die unterlassene Meldung und ich bat um Beschleunigung. Mein Hauptbestreben war, die bestehende Gefahr, auf die ich aufmerksam gemacht worden war, zu beseitigen, daß J. ausgeliefert würde. Dem Minister des Innern teilte ich den Sachverhalt mit und ersuchte auch, J. nicht nach der russischen Grenze auszuweisen. Es lag ja die Befürchtung vor, daß dem Manne, auch wenn er völlig unschuldig war, dort Unannehmlichkeiten gemacht würden. In der Uebertretungssache fanden zunächst zwei Verhandlungen statt, zu denen ich nicht geladen war, wiewohl meine Legitimation bei den Akten war. Zu dem 23. September war ich geladen. Der Termin endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 6 Mark, die durch die erlittene 5wöchentliche Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. In der Verhandlung machte ich den Versuch, zu verhindern, daß J. ausgeliefert würde. Das Gericht erklärte, das gehe das Gericht nichts an, das sei Sache der Verwaltungsbehörde. Ich sprach dann mit dem Oberbürgermeister mit der Bitte, gegen die Auslieferung zu wirken. Etwa nach einer Woche wurde ich antelephoniert. Es wurde mir dann mitgeteilt, J. könne hinfahren, wohin er wolle. Ich meinte, die österreichische Grenze ist etwa 30 Kilometer entfernt, eine andere Grenze 600 bis 800 Kilometer. Mir wurde entgegnet, nach den bestehenden Vorschriften sei gerade die Route nach Oesterreich untersagt. Ich kaufte dann ein Billett und sorgte dafür, daß J. nach der Schweiz kam. Ich befürchtete, es könnte die Auslieferung erfolgen, das glaubte ich aus den Bemerkungen des Untersuchungsrichters entnehmen zu müssen, daß nach Erledigung dieser Sache eine Ablieferung an den Polizeirat Mädler erfolgen würde, den Chef der sogenannten Grenzpolizei. Mir war ferner von einem Kollegen aus Königshütte die vertrauliche Mitteilung gemacht, er sei im Gefängnis gewesen. Da sei ihm gesagt worden, daß **russische Beamte im Gefängnis gewesen seien, um sich J. anzusehen.**

Präsident: J. hat nach dem Protokoll vom 23. September selbst erklärt, er wolle nach Rußland zurückkehren.

Zeuge: Das ist mir nicht bekannt. Am 30. September fragte ich ihn, der kein Wort deutsch verstand, ob er nach Rußland gehen wolle. Da wurde sein Gesicht ganz blaß; er bekam einen furchtbaren Schreck, unter keinen Umständen wollte er nach Rußland. Den Auftrag zur Verteidigung erhielt ich von dem Parteisekretär Bruhns aus Kattowitz. Von derselben Seite wurde mir das Reisegeld für J. zur Verfügung gestellt. Der Zeuge legt wiederholt dar, daß der Eindruck für ihn gewesen sei: sobald die Sache erledigt sei, würde J. an Mädler ausgeliefert, der dann das weitere besorgen solle. Die Auslieferung nach Rußland zu verhindern, sei sein Hauptbestreben gewesen. Zu meiner Befürchtung hatte ich Anlaß. Der Amtsrichter sagte mir, wenn die Sache hier erledigt ist, dann wird der Mann dem Mädler ausgeliefert. Eine ähnliche Bemerkung machte der Amtsanwalt mir gegenüber. Auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld wird festgestellt, daß der Polizeirat Mädler unterm 6. September berichtete:

„Der Kreischef Menzin hat durch seinen Polizeimeister, der persönlich hier vorsprach, um seine Ausweisung gebeten."

Am 4. September berichtete Mädler:

„Gestern war der Polizeiwachtmeister da. Für den Fall der Haftentlassung wird um polizeiliche Zuführung gebeten."

Der Verteidiger nimmt ferner auf eine Verfügung des Staatsanwalts in Königshütte Bezug, in der dieser an Polizeirat Mädler die Nachricht gibt, der Auslieferung des J. stehen keine Bedenken entgegen.

Erster Staatsanwalt **Steinbrecht** hält eine schwere Beleidigung für vorliegend. Angeklagter sei wiederholt leider nur

mit Geldstrafen bestraft. Im vorliegenden Falle könne von einer Geldstrafe keine Rede sein. Er beantrage eine Gefängnisstrafe von **4 Monaten**.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. **Rosenfeld** beantragt die **Freisprechung**. Der Artikel geißelt lediglich das Auslieferungssystem und die Schmach der Möglichkeit einer Auslieferung. Der Auslieferungsvertrag wird als des preußischen Volkes unwürdig gegeißelt. In ähnlicher Weise sei im Reichstage noch im Jahre 1904 von den Abgeordneten Bebel und Müller-Meiningen der preußisch-russische Auslieferungs-Vertrag kritisiert. Dort sei auch vom Reichskanzler Bülow ausgeführt, daß Auslieferungen möglich sind, und daß auch Bismarck die Auslieferung von Mendelsohn und Deutsch angeordnet habe. Das Deutsche Reich hat **abgelehnt**, einen solchen Auslieferungsvertrag zu beschließen, für **Preußen** besteht er. Daß das möglich, wird im Artikel als Schmach erklärt, die nur durch die **Junkerherrschaft in Preußen** möglich sei. Die Kritik richtet sich gegen das System, nicht gegen den Bürgermeister, der ja nur als ausführendes Organ der höheren Behörden eventuell in Betracht komme. Die Auslieferung ist allerdings tatsächlich **nicht** erfolgt. Aber nach der heutigen Verhandlung läßt sich **nicht bezweifeln**, daß allerdings die Auslieferung **zu befürchten** war. Wahrscheinlich ist sie **gehindert auch mit durch diesen Artikel**. Aus den verlesenen Aktenstücken ergibt sich klar, daß der Staatsanwalt in Königshütte von Auslieferung, nicht von Ausweisung geschrieben hat, die Nachricht nicht dem Regierungs-Präsidenten, sondern dem Polizeirat Mäßler zugehen ließ. R. hätte am 23. September entlassen werden müssen. Das ist aber nicht geschehen. Außer dem Inhalt der Akten spricht für die Absicht der Auslieferung die Aussage des Rechtsanwalts Czapla, seine Darlegungen über die Aeußerung des Amtsrichters und des Amtsanwalts und die vertrauliche Kunde, die ihm sonst zu Ohren gekommen ist. Aus derselben Aussage ergibt sich die Tatsache, die gar nicht scharf genug gegeißelt werden kann, daß **russische Beamten in preußischen Gefängnissen zugelassen wurden**, um sich Leute vorführen zu lassen und sie eventuell zu rekognoszieren. Der Vorwurf deutscher Schande und der Dienstbeflissenheit deutscher Polizei gegenüber dem russischen Regiment sei auch hierdurch erwiesen. Die Absicht der Auslieferung hat zweifellos bestanden. Der Angeklagte kann nicht bestraft werden, weil der Artikel das System geißelt, die Mißstände, unter denen alle leiden, beseitigen wollte. **Auf Beseitigung von Mißständen hinzuarbeiten, ist das gute Recht der Presse.** Wenn das Reichsgericht zurzeit noch auf einem anderen Standpunkt steht so ist nicht ausgeschlossen, daß es allmählich den richtigen Standpunkt einnehmen wird. Es handelt sich aber hier auch um ein individuelles Interesse im Sinne des Reichsgerichts. Der Verteidiger tritt mit Wärme für **Freisprechung** des Angeklagten ein. Das beantragte Strafmaß sei geradezu ein horrendes.

Weber legt in seinem Schlußwort dar, der Bürgermeister ist nicht persönlich beleidigt. Will man durchaus einige Worte des Artikels, die das bestehende Auslieferungs- und Ausweisungssystem geißeln, auf die Polizei beziehen, so käme doch nur der für **eine Ausweisung verantwortliche** Regierungspräsident in Betracht, dessen ausführendes Organ der Oberbürgermeister von Königshütte sei, den zu beleidigen dem Angeklagten fern gelegen habe.

Nach ½stündiger Beratung macht das Gericht den Angeklagten darauf aufmerksam daß eventuell **auch aus § 186** (Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen) Bestrafung erfolgen könne. Es wird dann das Urteil dahin verkündet: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung durch die Presse zu **sechs Wochen Gefängnis** verurteilt. Der Artikel enthalte Beleidigungen im Sinne der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches. Dem „Vorwärts" solle nicht verwehrt werden, von seinem politischen Standpunkte aus **so scharf er will**, seine Gegner zu bekämpfen. Er dürfe das aber nicht in einer beleidigenden Form tun. Gerade weil der „Vorwärts" so verbreitet ist und auf ihn ein solcher Wert gelegt wird, habe er eine besondere Pflicht, besonders vorsichtig darin zu sein, nur aufzunehmen was bare Münze ist. Der Angeklagte habe im guten Glauben gehandelt, aber leichtfertig, weil er die Behauptung geglaubt habe, daß eine Auslieferung und zwar entgegen einem richterlichen Beschluß erfolgt sei.

Auf die durch die Verhandlung enthüllten Eigenartigkeiten ging die mündliche Begründung des Urteils nicht ein. Durch diese Verhandlung ist aber, wie die Leser ersehen, Schlimmes genug enthüllt worden. Russische Polizeibeamte sind danach in ein preußisches Gefängnis hineingekommen, um dort Amtshandlungen vorzunehmen.

Graf Hohenau und Graf Lynar vor dem Kriegsgericht.

Berlin, den 22. Januar 1908.

Vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division begann heute früh die Verhandlung gegen Generalleutnant à la suite und Generaladjutant zur Disposition Graf **Wilhelm v. Hohenau** und gegen Major a. D. Graf **Johannes Lynar**.

Die Verhandlung findet in dem neuen Militärgerichtsgebäude in der Lehrterstraße statt. Die sonst so stille Straße ist heute früh durch Autos, Droschken und eine große Menschenmenge, die zum Gebäude strömt, belebt. Das Gerichtsgebäude liegt ziemlich weit draußen. Der Weg führt vorbei an dem Moabiter Zuchthaus (Zellengefängnis), an einer Reihe von Kasernen und Militärdienstgebäuden, hinter denen sich weite Exerzierplätze ausdehnen. Der kleine, schmucklose Verhandlungsraum bietet nur für wenige Personen Platz. Der Zuschauerraum ist fast leer. Die Zahl der Zeugen beträgt etwa 40, jedoch kann der kleine Raum auch diese nicht ganz fassen, ein Teil der als Zeugen geladenen Soldaten nimmt daher im Zuschauerraum Platz.

Den Vorsitz im Gerichtshof führt Generalleutnant von Pfuel, als Beisitzer fungiert Generalleutnant von Höpfner, Generalleutnant **Kehrer** und Kriegsgerichtsrat Dr. **Ullmann**. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Dr. **Grünwald**. Zwei Offiziere wohnen im Auftrage der 1. Garde-Division als Stenographen der Verhandlung bei.

Kurz vor Eröffnung der Verhandlung erscheinen die Angeklagten, zuerst Graf **Lynar**, der sich in **Untersuchungshaft** befindet und von dem Major von Bandemer vom 1. Garde-Feld-Artillerieregiment zur Anklagebank geführt wird. Graf Lynar ist ein großer, breitschultriger Mann mit stark gerötetem gutmütigem und freundlichem Gesicht. Er trägt einen schön gepflegten Spitzbart, sein Haupthaar ist stark ergraut. Mit seinem Kneifer, dem Aktenbündel unterm Arm und im Gehrock macht er den Eindruck eines schneidigen Verteidigers.

Der zweite Angeklagte, Graf **Wilhelm v. Hohenau**, erscheint ebenfalls im schwarzen Gehrock und in Begleitung seines Verteidigers Justizrats Dr. **Sello** im Saal. Er verbeugt sich vor dem Gerichtshof und nimmt dann auf der Anklagebank Platz. Er ist noch ein Stück größer als sein Mitangeklagter Graf Lynar, eine große elegante Erscheinung mit scharf geschnittenem Gesicht und einem Anflug von Schnurrbart. Der Verteidiger des Grafen Lynar ist Rechtsanwalt **v. Glasenapp**.

Nach Eröffnung der Sitzung bemerkt der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat **Matschke**, zu den Angeklagten, er mache sie auf die Bestimmungen der Militärstrafprozeßordnung aufmerksam, wonach sie einen Richter wegen Befangenheit ablehnen können. Die Ablehnung sei jedoch nur statthaft bis zur Verlesung des Eröffnungsbeschlusses. Die Angeklagten bemerken dazu nichts. Es erfolgt hierauf die Vereidigung der militärischen Richter. Sodann werden die Zeugen aufgerufen.

Unter den Zeugen

befindet sich Maximilian **Harden**, der Herausgeber der „Militärpolitischen Korrespondenz", Kapitän a. D. Otto **v. Löebberg**, gegen den bekanntlich ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet ist, weil er sich geweigert hatte, in der Voruntersuchung seine Gewährsmänner anzugeben. Außerdem ist auch der aus dem ersten Moltke-Hardenprozeß bekannte Herr **Bollhardt** da, der merkwürdigerweise als „Redakteur aus Tegel" aufgerufen wird. Weitere Zeugen sind Oberst **v. Richthofen** und einige Offiziere. Die große Mehrzahl der Zeugen setzt sich zusammen aus Zivilpersonen, Postboten, Museumsaufsehern, Landwirten, Schutzleuten, Kohlenhändlern, Restaurateuren, Dienern, Arbeitern, ferner befinden sich unter den Zeugen mehrere Wachtmeister, ein Trompeter und einige Mannschaften. Förmlich wie ein fremdes Element nimmt sich unter dieser Zeugenschar eine **Frau Erdmann** aus. Maximilian **Harden** und zwei weitere Zeugen melden sich auf den Zeugenaufruf nicht.

Der Verhandlungsleiter Kriegsgerichtsrat **Matschke** verliest ein schriftlich eingegangenes Attest des Hausarztes von Maximilian Harden, Professor Eisenberg, in welchem er bescheinigt, daß Harden noch immer an den Folgen der Rippenfellaffektion leide. Er huste stark, sei durch Aufregungen geschwächt und habe das Zimmer seit Wochen nicht verlassen. Er sei unfähig zu erscheinen.

Hierauf werden die Personalien der Angeklagten verlesen. Graf Wilhelm v. **Hohenau** ist am 25. April 1854 geboren. 1872 trat er als Offizier beim 1. Garde-Dragonerregiment ein, wurde später Oberleutnant beim Regiment der Garde du Corps und rückte 1892 zum Major auf. Er wurde dann 1897 **Flügel-Adjutant des Kaisers** und bald darauf Chef des Garde-Kürassierregiments. 1899 kam er zum Regiment der Gardes du Corps, im März 1900 wurde er zum Oberst ernannt. Am 22. April 1902 erhielt er die erste Garde-Kavalleriebrigade, 1903 wurde er Generalmajor und am 27. Januar 1904 dienttuender **General à la suite des Kaisers** mit dem Range eines Generalleutnants. Er wurde am 2. Juni 1907 in Genehmigung seines Abschiedsgesuches **unter Belassung der Pension** zur Disposition gestellt. Verhandlungsführer: Sind diese Angaben richtig, Exzellenz Generalleutnant Graf Hohenau? Angekl. Graf Hohenau: Jawohl. — Graf Hohenau ist in erster Ehe mit Laura Freiin von **Saurma-Jeltsch** verheiratet gewesen. Nach dem 1884 erfolgten Tode hat er sich zum zweiten Male mit der Prinzessin von Hohenlohe-Oehringen vermählt. Er hat einen Sohn und 8 Töchter.

Es folgt eine Verlesung der Personalien des zweiten Angeklagten Graf zu **Lynar**, der am 3. Dezember 1859 geboren ist. Er ist seit 1889 verheiratet mit Prinzessin Anna Elisabeth v. Solms-Sonnenwalde. Der Ehe sind 2 Söhne entsprossen. Er ist am 1. Oktober 1881 als Fahnenjunker eingetreten und hat 1907 den Abschied erhalten.

Der Anklagevertreter

verliest sodann den Anklagebeschluß.

Graf Hohenau ist danach hinreichend verdächtig, mit einem Manne **widernatürlichen Umgang** gehabt zu haben.

Graf Lynar, gegen den die Untersuchungshaft angeordnet ist, wird drei selbständiger Handlungen beschuldigt. Er soll im Jahre 1904 einen Untergebenen unter Mißbrauch der Dienstgewalt zu einer Forderung gezwungen haben, die in keiner Beziehung zu dienstlichen Angelegenheiten stand, nämlich ihm ein **Bein zu massieren**. Im Jahre 1906 soll er seinen Burschen **tätlich beleidigt** haben, indem er ihn zu **wollüstigen Zwecken berührte**, im Jahre 1907 soll er unter Anwendung seiner Dienstgewalt einen Untergebenen aufgefordert haben, seinen **Vorgesetzten zu beleidigen**. Außerdem ist am 13. Januar 1908 gegen Graf Lynar noch eine Ergänzungsanklage erhoben worden. Danach soll er 1903 oder 1904 seinem Burschen gegenüber seine **Dienstgewalt** mißbraucht haben, indem er denselben unter verdächtigen Umständen **umarmte**.

Im Anschluß an die Verlesung des Anklagebeschlusses beantragte der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Grünwald den

Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Die **Begründung** für den Antrag wolle er in **nicht öffentlicher Sitzung** geben. Der Gerichtssaal muß hierauf geräumt werden von Publikum und Presse. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung verkündet der Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Matschke: Das Gericht hat beschlossen, die Oeffentlichkeit während der **ganzen Verhandlung auszuschließen** und zwar wegen **Gefährdung militärdienstlicher Interessen** und wegen **Gefährdung der Sittlichkeit**. Das Gericht hat beschlossen, den Wirkl. Geh. Kriegsgerichtsrat Wolff vom Kriegsministerium, den Kriegsgerichtsrat Dr. Selle und einen weiteren militärischen Vertreter zuzulassen, ebenso die beiden Stenographen.

Das weitere Publikum muß darauf den Gerichtssaal räumen. Die Verhandlungen werden 3 Tage dauern. Da der Ausschluß der Oeffentlichkeit auch begründet ist mit Gefährdung militärdienstlicher Interessen, so verbietet sich nach der neueren Auslegung der Gesetzesbestimmungen jede Mitteilung aus dem Gang der Verhandlung.

Der Kölner Peters-Prozeß.

Köln, den 22. Januar 1908.

Im Schöffengerichtssaal in der Glockengasse wird heute Nachmittag von dem Vorsitzenden Amtsgerichtsrat **Kuhl** das Urteil des Schöffengerichts in der Beleidigungsklage des früheren Reichskommissars Dr. Karl **Peters** gegen den Redakteur der „Kölnischen Zeitung" **Brüggemann** und den Berliner Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung", Gouverneur **Bennigsen**, verkündet.

Als Vertreter der Parteien sind erschienen für Dr. Karl Peters Rechtsanwalt **Jäger** (Köln), für die beiden Beklagten Rechtsanwalt Dr. **Falk** (Köln). Vor dem Gerichtsgebäude hatte sich schon mehr denn 1 Stunde vor der festgesetzten Zeit eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt, die mit Spannung das Urteil erwartete.

Das Urteil lautete: **Der Angeklagte Gustav Brüggemann wird freigesprochen, der Angeklagte Gouverneur v. Bennigsen wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von hundert Mark verurteilt.**

In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß Peters in dem Briefe an den Bischof Smithies geschlechtliche Motive für die Hinrichtung des Mabruk und der Kagadja **zugestanden** habe, **mißlungen** sei, Peters habe im Gegenteil das bestritten. Auf Grund der Behauptungen der Zeugen und Sachverständigen kommt das Gericht zu der Ansicht, daß die geschlechtlichen Motive bei den Hinrichtungen **nicht erwiesen** seien. Auf Grund der §§ 186 und 200 des Strafgesetzbuches sei der Angeklagte v. Bennigsen daher zu bestrafen. Der Schutz des § 193 könne ihm nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts **nicht zugebilligt werden**. Als strafmildernd komme jedoch in Betracht, daß v. Bennigsen nicht aus unedlen Motiven gehandelt habe. Deshalb sei der Angeklagte wegen übler Nachrede zu bestrafen. Das Gericht sei der Ueberzeugung, daß Bennigsen bei der Abfassung der Behauptungen von deren Wahrheit überzeugt gewesen sei.

Partei-Angelegenheiten.

Quittung.

Im Monat **Dezember** gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Groß-Berlin auf Konto seiner acht Wahlkreise 12.000,— Mk. Berlin, diverse Beiträge: 430,—. Bremen W. M. 7,—. Bernburg, 3. u. 4. Quartal 07 245,40. Bochum-Gelsenkirchen, Kreisverein, 1. Quart. 07/08 800,—. Kant, 2. sächs. u. 2. hannov. Wahlkr., 4. Quart. 07 452,—. Biberach (Riß), 16. württemb. Wahlkreis, 3 Quartal 12,60. Bern 50,—. Dresden „Aus Unverstand und Bosheit" 150. Fallersleben-Oberlesingen 3,—. Greiz, soz. Verein Reuß ä. L. 3. Quart. 07 130,—. Goldbeck-Altmark, freier Parteigenosse 10,—. Hamburg 28.000,— (darunter 1. Wahlkr. 5000,—, 2. Wahlkr. 5000,—, 3. Wahlkr. 18 000,—). Hanau-Gelnhausen-Orb 100,—. Hamburg, eingegangen bei der Expedition des „Hamburger Echo" 147,75. Jena, Kreiswahlverein Weimar III für 3. und 4. Quart. 07 165,90. Köln a. Rh., Reg. W. 20,—. Königsberg in Preußen, Gr. Rabn 22,50. Königsberg in Preußen, sozialdemokratischer Verein 3. Quart. 07 351,40. Karlsruhe 10. bad. Reichstagswahlkreis 941,15. Luckenwalde, 3. Quartal 07 162,72. Leipzig, 13. sächs. Reichstagswahlkreis 6000,—. Luckenwalde, Rufus 5,—. Mühlhausen-Langensalza-Weißensee, Freiverein, 3. Quart. 07 59,80. Magdeburg, soz. Verein, 4. Quart. 07 800,—. Meiningen I, 2. Quart. 29,05. Meiningen II, 2. Quart 265,04. Meerane i. S., 17. sächs. Wahlkreis 100,—. Nürnberg, Gau Nordbayern für Juli bis September 07 9214,18 (darunter: Regensburg 29,61, Amberg 4,92, Neumarkt i. O. 2,31, Nienburg a. M. 7,41, Neustadt a. W.-N. 14,25, Hof a. S. 118,74, Bayreuth 283,46, Kornsheim-Kulmbach 28,65, Kronach-Lichtenfels 53,82, Bamberg 24,08, Nürnberg 995,07, Erlangen-Forch 437,55, Ansbach-Schwabach 84,06, Eichstätt 12,78, Dinkelsbühl 18,14, Rothenburg o. T. 19,77, Kitzingen 9,57, Neustadt a. S. 9,84, Schweinfurth 54,66, Würzburg 60,54), Niederamönitz, 19. sächsischer Wahlkreis 150,—. Nürnberg, G. E., Beitrag für 1907 6,—. Ohlau-Strehlen-Nimptsch 2. Quartal 07 26,—. Mannsbach b. Stockstadt, 2. Quart. 07 147,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Stettin, Provinz Pommern, 2. und 3. Quart. 07 1128,— (darunter: Stettin 177,86, Randow-Greifenhagen 406,76, Ueckermünde-Usedom-Wollin 80,—, Greifswald-Grimmen 99,80, Stralsund-Rügen 231,52, Anklam-Demmin 92,40, Köslin-Kolberg 64,12, Stolp-Lauenburg 5,12, Naugard-Regenwalde 9,08, Greifenberg-Kammin 8,80, Neustettin 8,—, Dramburg 2,—, Bütow-Schlawe-Rummelsburg 13,04). Schwäbisch-Hall, 11. württ. Wahlkreis, 3. Quart. 34,28. Straßburg-Land 77,40.

Berlin, den 14. Januar 1908.

Für den Parteivorstand: i. A.: Fr. **Ebert**, Lindenstr. 69.

Arbeiterbewegung.

Sturm!

Die schon lange drohende **Aussperrung in Guben** ist eine **Tatsache** geworden. Der Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe der Niederlausitz in Kottbus, dem der Gubener Arbeitgeberverband angeschlossen ist, hat die **Aussperrung sämtlicher in den Zentralverbänden organisierten Maurer und Zimmerer angeordnet**. Diese ist am letzten Montag perfekt geworden. Der Kampf im deutschen Baugewerbe ist damit eröffnet.

Die Arbeitgeber beabsichtigen nun arbeitslose Maurer und Zimmerer aus anderen Orten, z. B. **Berlin, Kottbus, Breslau** usw., **zu arbeitswilligen Diensten** heranzuziehen. Es wird deshalb das Bestreben der Freunde der Arbeitersache sein müssen, dahin zu wirken, daß Arbeiter, die zu Arbeitswilligendiensten angeworben werden sollen, aufgeklärt und von Guben **ferngehalten** werden.

Zum Maurerstreik in der Döhlener Gußstahlhütte. Seit nunmehr sechs Wochen streiken die Bauarbeiter bei der Gußstahlfabrik in **Döhlen** bei Dresden. Das Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen. Die Ursache hierzu ist ein Lohnabzug von 5 Pf. pro Stunde. Dieser Abzug mußte selbstverständlich zurückgewiesen werden, denn wäre es gelungen, den Lohn zu kürzen, so wären weitere Lohnabzüge die Folge gewesen.

Im Arbeitswilligenfang hat die Firma schon einiges Stück gehabt. Es sei deshalb auf die Agenten dieser Firma aufmerksam gemacht. Sobald sich solche irgendwo an Arbeiter heranmachen, möge ihnen die richtige Antwort zuteil werden. Wie wenig ein Grund zur Lohnkürzung für diese Firma vorliegt, zeigt die Tatsache, daß sie ihren Aktionären für das verflossene Geschäftsjahr 20 Prozent Dividende zahlen kann.

Ausstand der englischen Schiffbauer. In **Nordostengland** wurden Dienstag 7000 im Schiffsbau auf Wochenlohn beschäftigte Arbeiter **ausständig**, nachdem sie durch Abstimmung die von den Arbeitgebern verlangte und von den Wortführern des Gewerkvereins gebilligte Lohnherabsetzung um einen Schilling sofort und sechs Pence im März verworfen hatten.

Von der General-Versammlung des Landesverbandes der Landarbeiter Ungarns wird uns aus **Budapest** geschrieben: In Anwesenheit von 37 Delegierten aus 7 Gemeinden konstituierte sich vor kaum zwei Jahren der Verband der Landarbeiter Ungarns. Wie schnell sich aber der Verband entwickelte, das zeigt die Zahl der Ortsgruppenbildungen. Es konstituierten sich:

bis 15. Februar	1906	. . .	100 Ortsgruppen
„ 31. März	„	. . .	168 „
„ 30. Juni	„	. . .	284 „
„ 30. Sept.	„	. . .	363 „
„ 31. Dezemb.	„	. . .	463 „
„ 31. März	1907	. . .	562 „
„ 30. Juni	„	. . .	587 „
„ 31. Dez.	„	. . .	597 „

Selbstverständlich war dieses gewaltige Anwachsen der organisierten Landarbeiter den Agrariern höchst unangenehm und so äußerte sich zum Beispiel der Abgeordnete Buza-Barna, ein Bannerträger der Feudal-Agrarier, im Parlamente folgendermaßen: „Im Lande mußten die Arbeitslöhne zufolge der furchtbaren Agitation durchschnittlich mit **20 Prozent erhöht werden**."

Nach den Berichten der Provinz-Rechtsanwälte wurden zusammen 698 Mitglieder zu 6147 Tagen und 29.772 Kronen Geldstrafe verurteilt. Als Beispiel über die fürchterlichen Zustände, welche in Bezug auf das Koalitionsrecht in Ungarns Provinzen herrschen, führen wir folgendes an: der Abonyer Stuhlrichter verurteilte in einem Urteile 32 Menschen zu zusammen 443 Tagen und 1620 Kr. Geldstrafe. Der Törökbecser Stuhlrichter verurteilte 85 Menschen zu 1645 Tagen, der Naszkiskinder Stuhlrichter 51 Menschen zu 450 Tagen und 6011 Kronen. Der Vizegespan des Pester Komitates löste 24, derjenige des Temeser Komitates 17 und der Vizegespan des Torontaler Komitates 18 Ortsgruppen auf. Auch sonst wurde das Versammlungs- und Vereinigungsrecht mit Füßen getreten. In Dolowa allein hat der Stuhlrichter 23 Volksversammlungen verboten. Auch die Auswanderung hat die Arbeiten des Verbandes sehr erschwert. In Grabacz wanderten von 250 Mitgliedern der Ortsgruppe 70, und von vielen anderen Ortsgruppen fehlt überhaupt jede Spur, nachdem sämtliche Mitglieder der Ortsgruppen auswanderten. Suspendiert wurden etwa 100 Ortsgruppen. So ist es zu verstehen, wenn die Fluktuation der Mitglieder im Verhältnisse zu den Verbänden der gewerblichen Arbeiter geradezu staunende regend ist. Ende Juni 1907 betrug die Zahl der berechtigten Mitglieder 376,45, während mit Ende desselben Jahres die Zahl der berechtigten Mitglieder kaum 12,000 beträgt.

Der Kassenbericht weist trotz des Mißjahres erfreuliche Tatsachen auf. Und zwar konnte der Verband trotz des geschilderten Rückganges in der Mitgliederzahl

für Agitation	17.923 Kronen
für Unterstützungen	8,000 „
für Flugschriften, Drucksachen .	22,000 „

ausgeben. Zu bemerken ist, daß die Einnahmen aus Wochenbeiträgen von 10 Hellern bestehen.

Wegen Aufreizung zum Klassenhaß, begangen in der „Vilegszabadság" und „Weltfreiheit", den Fachblättern der Landarbeiter, verurteilte das Budapester Geschworenengericht unter anderthalb Monaten 26 Genossen zu insgesamt 50 Monaten Staatsgefängnis, 1 Monat und 8 Tage Gefängnis und 4300 Kronen Geldstrafe.

Diese Daten beweisen, welche Kulturmission dem Landarbeiterverbande unter der verwahrlosten Provinzbevölkerung Ungarns zukommt. Die Tagungen des Kongresses und der Generalversammlung waren im Grunde genommen furchtbare Anklagen gegen die Klassenherrschaft der Feudalen und Agrarier, die das Land, „wo Milch und Honig fließt", aussaugen und das Gros der arbeitenden Bevölkerung lieber auswandern lassen, bevor es seine Lage verbessert.